

D
1
H5
no. 170-
172

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, H. Holtzmann,
P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, H. Reinke-Bloch,
R. Sternfeld, F. Vigener, A. Wahl, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.

herausgegeben von Dr. E. Ebering.

Heft 170

Reichstag und Außenpolitik

von 1871—1879

Von

Dr. Detlef Albers

BERLIN

1927

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhalt.

	Seite
Einleitung	
Das Problem parlamentarischer Aussenpolitik. Die Zeit von 1871 bis 1879	
I. Teil: Die grundsätzliche Stellung der Parteien zur Frage parlamentarischer Beratungen der Außenpolitik.	
1. Die verfassungsmäßigen Grundlagen	7
2. Bismarck	12
3. Die Nationalliberalen	17
4. Die Fortschrittspartei	26
5. Die Freikonservativen	31
6. Die Konservativen	37
7. Das Zentrum	38
8. Die Sozialdemokratie	46
II. Teil: Die Außenpolitik der siebziger Jahre und die Parteien.	
1. Das Verhältnis in Italien	49
2. Die Annexion von Elsaß-Lothringen	57
3. Das Verhältnis zu Frankreich	63
4. Militäretat. Pazifismus	84
5. Marineetat. Kolonialpolitik, Zollpolitik	96
6. Das Verhältnis zu Oesterreich und Rußland.	
Dreikaiserbündnis	105
Balkankrisis	118
Deutsch-österreichischer Zweibund	142
Literaturverzeichnis	148

Einleitung.

Als 1871 nach dem deutsch-französischen Kriege aus Mitteln der französischen Kriegsentschädigung ein Reichskriegsschatz errichtet werden sollte, brachte die Fortschrittspartei einen Antrag ein dahingehend, daß die jeweilige Verwendung dieser zurückgelegten Summe von der Entscheidung des Reichstags abhängig gemacht werden sollte. Bismarck lehnte das ab, denn, wie er im Reichstage sagte: „Die ganze schwierige und gefährliche Operation einer Politik kurz vor Ausbruch eines Krieges, der vielleicht noch verhindert werden kann, würde gelähmt durch die Nötigung der Regierung zu einer öffentlichen Darlegung und Diskutierung der Frage, daß sie entweder glaubt in die Lage zu kommen, Krieg führen zu müssen oder fürchte, daß sie angegriffen würde“. (Kohl V. S. 156.) Darauf erwiderte Freiherr von Hoverbeck, der Führer der antragstellenden Partei: „Ich will das auch nicht leugnen; das alles aber erledigt sich für mich durch die Betrachtung, daß diese Ausführung eigentlich nur eine Variation über das Thema ist, daß der Absolutismus die bequemere Regierungsform für den Krieg sei.“ (RV. 4. 11. 71.) In diesen beiden Sätzen ist, an dem Einzelfall der Kriegserklärung sich ausdrückend, das ganze Problem einer parlamentarischen Außenpolitik enthalten und der Gegensatz zwischen dem Leiter der Außenpolitik einerseits, der im Interesse seines Amtes sich die Hand frei halten möchte, und andererseits der parlamentarischen Forderung, daß auch einzelne Vorgänge der auswärtigen Politik in möglichst weitgehendem Maße vor das Forum des Reichstages gehören. Es soll die Aufgabe dieser Arbeit sein, darzustellen, welche Gestalt diese ganze Frage in der Zeit von 1871 — 1879 unter dem Einfluß der historischen Lage annahm und welchen Inhalt die Stellung der damaligen Parteien zu Bismarcks Außenpolitik hatte.

1871 bis 1879 sind die Jahre nach der Reichsgründung, mit der das Ziel der Bismarckschen deutschen Politik erreicht wurde, und es sind die Jahre, in denen der Eindruck und Glanz dieser Erfolge Bismarcks die nationalliberale Partei, die hinter seiner, der kleindeutschen Lösung der deutschen Einheitsfrage

stand, zur stärksten Partei in der Volksvertretung des neuen Reiches machte. Es ist zugleich die Zeit des Kulturkampfes, in dem, wenn auch aus teilweise verschiedenen Motiven, Bismarck und die Liberalen zusammengingen, während gleichzeitig ein mehr oder weniger verdeckter, aber scharfer Kampf um die maßgebende Macht ausgekämpft wurde zwischen der liberalen Partei und Bismarck, der mit der Niederlage der Liberalen endete. Am Sozialistengesetz (1878) und in der Wendung vom Freihandel zum Schutzzoll (1879) entschied sich diese Niederlage und fand ihren weiteren Ausdruck unter anderem auch im Abbau der Kulturkampfgesetzgebung. Außenpolitisch ist die Zeit von 1871 bis 1879 die Zeit des Druckes der französischen Revanche und des Bestrebens der deutschen Politik, mit allen anderen Mächten auf gutem Fuß zu stehen, um keine oder nicht gar mehrere von ihnen zu Bundesgenossen dieses Frankreich zu machen. Auch hier bedeuten die Jahre 1878/79 einen Einschnitt: Die Balkanfrage, vor die 1875 die europäischen Mächte wieder einmal gestellt wurden, ergab für Deutschland die Unmöglichkeit, es Rußland und Oesterreich, den beiden dabei interessierten Freunden gleich recht zu machen. Rußland war enttäuscht durch das Ergebnis des Berliner Kongresses (1878), und Bismarck vollzog die vorläufige „Option“ für Oesterreich (Herbst 1879). Zugleich kündeten sich 1878/79, mit hineinspielend in den Niedergang der nationalliberalen Partei, die Kolonialpolitik, der Imperialismus im deutschen Reichstage zum ersten Male deutlicher an.

Erster Teil.

Die grundsätzliche Stellung der Parteien zur Frage parlamentarischer Beratungen der Außenpolitik.

1. Die verfassungsmäßigen Grundlagen.

Welches waren nun die in der Verfassung gegebenen Grundlagen, auf denen es zu einer Besprechung auswärtiger Fragen im Reichstage kommen konnte? Es ist zwar gewiß, daß Verfassungen zunächst tote Buchstaben sind und wenig darüber entscheiden, wer in Wahrheit den maßgebenden Einfluß im Staatsleben oder einem Teil des Staatslebens ausübt, und die öffentliche Meinung, Hofeinfüsse, Geldmächte sind Imponderabilia, die mit Verfassungsparagraphen jedenfalls nicht gewogen werden können. Kann man doch z. B. fast sagen, daß kein Staat so abhängig war von der Stimmung im Volk, wie das damalige absolutistische Rußland, das den Panslavismus der Volksbewegung zur kaiserlichen Politik machen mußte. Immerhin waren es im deutschen Reich ganz bestimmte Punkte, an denen die Verfassung den Reichstag notwendig auch vor außenpolitische Fragen stellte, an denen vor allem auch die ansetzten, die ihm und sich größeren Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik verschaffen wollten.

Die Verfassung des deutschen Reichs bzw. schon die des Norddeutschen Bundes räumte dem Reichstag in dieser Hinsicht verhältnismäßig wenig Rechte ein. Während in England Verträge mit auswärtigen Mächten der Genehmigung des Parlaments bedurften, während nach der neuen deutschen Reichsverfassung jedenfalls Kriegserklärung und Friedensschluß nur durch Reichsgesetz erfolgen, unterlagen nach der alten Reichsverfassung nur solche Verträge der Zustimmung des Reichstags, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung bezogen, und auch dies war schon eine erst vom Reichstage vorgenommene Abänderung des Bismarckschen Verfassungsentwurfs. Auf Grund dieser Bestimmungen kamen denn Gebietsveränderungen wie die Annexion Elsaß-Lothringens vor den Reichstag; ferner Handels-, Schiffahrts-, Konsular-, Auslieferungs-, Postverträge oder eine internationale Konvention betr. Maßregeln gegen die Reblaus, Verträge, die für die höhere Politik meistens von untergeordneter Bedeutung waren. Waren ausnahmsweise einmal einzelne solcher Verträge bestimmt, eine größere politische Rolle zu spielen, wie ein Freundschafts-

und Handelsvertrag mit Persien im Juni 1873, der wegen der dortigen englisch-russischen Spannung wichtig werden konnte und gerade wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit im Reichstag mit einigem Spott empfangen wurde, oder ein Handelsvertrag mit Rumänien (Mai 1878), der mit dem russisch-türkischen Krieg in Zusammenhang stand, ein Handelsvertrag mit Oesterreich (1879), oder die Freundschaftsverträge mit den Tonga- und den Samoa-Inseln (1877 bzw. 1879), die die ersten Anzeichen der späteren Kolonialpolitik waren, so wurden sie von Vertretern des Auswärtigen Amts dem Reichstag vorgelegt, nicht, wie gewöhnlich, vom Reichskanzleramt, eine Abweichung, die bei manchen Reichstagsmitgliedern (Eugen Richter) auf Mißbilligung stieß, als eine unsachliche Einnengung der Politik in rein wirtschaftliche Fragen. Verträge mit anderen Staaten, die die deutsche Gesetzgebung nicht berührten, wurden wohl, soweit sie öffentlich waren, dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt, so der Vertrag, der das Ergebnis des Berliner Kongresses war (1878), und der Vertrag über die Aufhebung des Artikels V des Prager Friedens von 1866 (betr. Schleswig Holstein) (1879).

Die auswärtige Politik von der Genehmigung ihrer einzelnen Schritte durch den Reichstag abhängig zu machen, verbietet sich aus ihrem Wesen heraus. Der Leiter der Politik kann nicht frei mit einem anderen Staat verhandeln, wenn er unter dem Drucke eines dritten Faktors im eigenen Rücken steht; der ganze Gang der Verhandlungen würde schwerfällig werden und die oft notwendige Geheimhaltung unmöglich, die notwendig ist umso mehr, als die Verhandlung gleichzeitig auch „Eigentum“ des anderen Staates ist und schon mit Rücksicht auf diesen nicht so ohne weiteres preisgegeben werden darf. Diese eine parlamentarische Außenpolitik hindernden Momente machten sich auch bei den tatsächlich noch der Genehmigung des Reichstags unterliegenden Verträgen bemerkbar: Es hätten schon sehr schwerwiegende Gründe vorliegen müssen, ehe man sich entschloß, durch Ablehnung eines bereits geschlossenen Vertrages die eigene Regierung vor dem Verhandlungspartner zu kompromittieren oder ihr und dem anderen Staat wegen einzelner nicht genehmer Punkte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zuzumuten. Diese Rücksicht überwog auf lange Zeit alle anderen Bedenken und Unzufriedenheiten, deren Beachtung man der Regierung lediglich für das nächstmal empfahl, um im übrigen den Vertrag anzunehmen.

Erst 1880 wurde zum erstenmal tatsächlich ein Vertrag, die Samoa-Vorlage, zurückgewiesen.¹

Eine weitere Gelegenheit für den Reichstag, seine Meinung über die auswärtige Politik auszusprechen, bot naturgemäß, dadurch, daß er der Genehmigung bedurfte, der Etat des Auswärtigen Amts, an Umfang der größte nach den Etats für Heer und Marine. Hier mußte es vor allem in Erscheinung treten, daß der Reichskanzler für seine Politik dem Reichstage verantwortlich war, und es konnte die Stellungnahme dem ganzen Etat oder einzelnen Forderungen gegenüber je nach dem Gefallen oder Mißfallen an der Bismarckschen Außenpolitik getroffen werden. Neben der allgemeinen Aussprache über den Etat waren es besonders die Botschafterposten oder bei ihnen angesetzte Gehaltserhöhungen, die die Möglichkeit zu außenpolitischen Exkursen boten, so der in Frage gestellte Gesandtenposten beim Vatikan, die Ernennung des römischen Gesandten zum Botschafter (Januar 1876), die beantragten Gehaltserhöhungen für die Botschafter in Petersburg und London (1877/78). Beim Kapitel Konsularwesen wurden die Wünsche der überseeisch Interessierten ausgesprochen oder überhaupt Wünsche betr. Berücksichtigung der deutschen Interessen im Auslande, z. B. in den Fahrplänen der oberitalienischen Eisenbahnen; oder es wurde Vermehrung der Konsulate in Deutschrußland und Nordamerika gefordert, wobei sich im besonderen der Drang zeigte nach Bevorzugung der Berufskonsulate statt der Wahlkonsulate. In der allgemeinen Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amts geschah es auch, mehrmals, daß der Zentrumsführer August Reichensperger (Krefeld) die Forderung aussprach, das Auswärtige Amt möge durch Vorlage eines „Blaubuchs“, wie er es nach dem englischen Vorbild nannte, also durch aktenmäßige Darstellung der Verhandlungen seine Politik jeweils zur Kenntnis des Reichstags bringen.

Als dritte Möglichkeit, unmittelbar die auswärtige Lage zur Sprache zu bringen, boten sich die Interpellationen. Aber wie ihre Einrichtung den Gedanken enthielt, daß der Leiter der Außenpolitik durch die Interpellation aufgefordert werden solle, seine Tätigkeit vor dem Parlament zu verantworten, so lag in der Stellung einer Interpellation immer leicht der Anschein des Mißtrauens, daß eine besondere Verantwortung wünschenswert sei, und es

1. Vergl. v. Hagen, Bismarcks Kolonialpolitik S. 77 ff. und S. 245 ff.

war daher ein Gebot der Solidarität, der Regierung nicht durch ihr vielleicht unbequeme Fragen im unbequemen Augenblick die Stellung dem Auslande gegenüber zu erschweren. So wurde nur selten vom Rechte der Interpellation Gebrauch gemacht. Aber auch die andere Möglichkeit, die sich aus den Interpellationen ergab und die in den Augen der unparlamentarischen Parteien der Rechten die wertvollste oder gar die einzige wertvolle Seite einer Interpellation war, die Möglichkeit nämlich, daß der Reichskanzler selbst die Beantwortung einer solchen Interpellation in den Dienst seiner Außenpolitik stellen konnte, hat in der Zeit von 1871 bis 1879 keinmal dazu geführt, daß eine Interpellation vom Reichskanzler angeregt oder mit Parlamentariern vereinbart wurde, und auch die Interpellation Bennigsen am 19. Februar 1878 über die Orientfrage war trotz Windthorsts dahingehender Vermutung nicht auf diese Weise zustande gekommen (vgl. S. 32). Wollte der Reichskanzler öffentlich über seine Politik reden, so boten sich ihm auch andere Gelegenheiten, oder sie wurden nötigenfalls geschaffen, wie bei der dritten Beratung der Strafgesetznovelle am 9. Februar 1876, wo sich Bismarck über die Krieg-in-Sicht-Krisis des vergangenen Frühjahrs aussprach, anläßlich eines Paragraphen über staatsgefährliche Presseartikel.

Näher aber als bei dieser Vorlage lag die mittelbare Berührung der auswärtigen Politik noch an drei anderen Punkten: beim Militäretat, beim Marineetat und bei zollpolitischen Beratungen. Beim Militäretat und auch beim Marineetat ergab sich natürlich die Notwendigkeit, die zur Sicherung des Reichs wünschenswerte Rüstungsstärke nach Maßgabe der außenpolitischen Lage zu erwägen, der Marineetat berührte die Frage einer Entwicklung des Reichs zur See-, Kolonial- und Weltmacht mit den daraus sich ergebenden außenpolitischen Vor- und Nachteilen, und gleichfalls wurde die koloniale Frage angerührt bei zollpolitischen Erörterungen (Einfuhr und Absatz). Darüber hinaus berührte die Zollpolitik allgemein das mehr oder weniger freundschaftliche Verhältnis zu anderen Mächten, z. B. durch Aufwerfung der Frage, ob politische und wirtschaftliche Freundschaft notwendig zusammengehen müssen. Im übrigen lag auch bei der Strafgesetznovelle von 1875 die auswärtige Politik nicht fern, da sie den Paragraphen betr. Unterschlagung von Urkunden durch Beamte des auswärtigen Dienstes (Arnim-Paragraph), den aus den Verhandlungen mit Belgien hervorgegangenen Duchesne-Paragraphen

betr. Anerbieten eines Verbrechens und die mit durch die Vorgänge in Spanien (Ermordung des deutschen Hauptmanns Schmidt, deutsche Waffenlieferungen an die aufständischen Carlisten) veranlaßten Paragraphen über die im Auslande an Deutschen oder von Deutschen gegen auswärtige Regierungen begangenen strafbaren Handlungen enthielt. Die Errichtung des Invalidenfonds (Mai 1873) brachte Debatten über die Anlage des Geldes in auswärtigen Staatspapieren; die Frage des deutschen Münzsystems verwickelte sich mit der Hinneigung verschiedener Randgebiete Deutschlands zu den Münzsystemen der ihnen nächsten Nachbarländer. Starken außenpolitischen Gehalt hatten dann vor allem noch die Frage der Verwaltung Elsaß-Lothringens und die Zugehörigkeit von vierzehn Polen zum deutschen Reichstage.

Wie im einzelnen in diesen Fällen die Außenpolitik Gegenstand der Beratungen wurde oder in sie hineinspielte, wird später darzustellen sein. Im allgemeinen war die auswärtige Politik ein Fremdkörper im Reichstage. Die Thronreden enthielten zwar jedesmal am Schluß einen Ueberblick über die auswärtige Lage; der sagte aber nicht allzuviel, da er konventionell fast stets nur von Sicherheit, Frieden und Freundschaft sprach. Und Blau- oder vielmehr Weißbücher wurden nur über untergeordnete Vorgänge zusammengestellt und vorgelegt, wie über einen Zwischenfall mit Nicaragua oder über die Entsendung eines deutschen Geschwaders nach Saloniki während der Balkanwirren. „Das tiefe Gefühl der bescheidenen Stellung, welche die deutsche Volksvertretung noch heute einnimmt“ (Hänel RV. 13. 4. 77), war, was diesen Punkt betrifft, allgemein, und nichts ist bezeichnender, als daß jedesmal, wenn jemand anfang über Außenpolitik zu sprechen, lange Debatten sich anschlossen, ob man im Reichstag über auswärtige Politik sprechen solle. Und wenn auch der Andrang zu einer außenpolitischen Interpellation bei den Reichtagsmitgliedern wie auf der Tribüne stark war — über den verhältnismäßig geringen Nutzen einer solchen Sensation konnte das nicht hinwegtäuschen, und bis in die oppositionellen Parteien hinein entschuldigte man sich gelegentlich, wenn man auf das Gebiet der Außenpolitik geraten war.² Wo, wie eben im konstitutionellen Staat,

2. Schröder (Lippstadt) (Zentrum): „Nach dieser kurzen Abschweifung, aus der ich bitte, durchaus nicht folgern zu wollen, daß es sonst meine besondere Liebhaberei sei, hier an diesem Orte über auswärtige Politik zu reden . . .“ (R. V. 25. I. 76).

der Leiter der auswärtigen Politik nicht ein vorgeschobener Posten des Parlaments war, sondern ihm unabhängig gegenüberstand, da konnten die Parteien nur entweder seiner Politik sich unterwerfen, wobei jede eigene Mitwirkung ausgeschlossen war, oder, da die einzige Möglichkeit, Wirksamkeit zu beanspruchen, in negativer Kritik, in Opposition bestand, den Verdacht der „Reichsfeindlichkeit“ auf sich laden.

Eine besondere Verschärfung dieser in der Verfassung schon begründeten Situation entstand aber dadurch, daß der damalige Leiter der Außenpolitik Fürst Bismarck war.

2. Bismarck.

Daß ein Reichstag gerade unter Bismarck sowohl überhaupt wie besonders für die Außenpolitik geringe Bedeutung hatte, lag in starkem Maße an Bismarcks Persönlichkeit. Sein Gefühl für den Wert realer Macht, sein starkes staatliches wie persönliches Selbstständigkeitsbedürfnis machte ihm einmal die auswärtige Politik zu seinem eigensten Gebiet und hinderte ihn ferner daran, ein parlamentarischer Minister zu werden. Das Interesse der staatlichen Macht stand ihm an erster Stelle, „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienst meines Landes nicht zu rechtfertigen . . . ; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient.“ (An L. v. Gerlach, 2. 5. 1857, Ged. u. Er. I, S. 179). Und zu Twisten, dem Führer der Liberalen, sagte er 1866: „Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen“ (im Abgeordnetenhaus 3. 2. 1866, zit. nach: v. Hagen, S. 282). Außenpolitische Machtfragen waren es, um derentwillen er 1862 den französischen Handelsvertrag abschloß; die Schöpfung des Reichstags mit gleichem allgemeinem Wahlrecht war unter anderem auch Kampfmittel gegen Oesterreich, und vorwiegend außenpolitisch waren Bismarcks Gründe zum Kulturkampf. Die Ohnmacht des Parlaments ließ ihn während der Konfliktzeit das Abgeordnetenhaus mit der größten Geringschätzung behandeln. Verächtlich machte ihm das Fehlen jedes starken, gesunden, erdhaften Egoismus die Parlamentarier, „das gelehrte Proletariat“, „die studierten und hochgebildeten Herren, ohne Besitz, ohne Industrie, ohne Erwerb, welche entweder vom Gehalt im Staats- und Gemeindedienst oder von der Presse, häufig von beiden leben und welche

im Reichstage erheblich mehr als die Hälfte der Abgeordneten stellen“. (An König Ludwig von Bayern, 4. Aug. 1879, Ged. u. Er. II, S. 399). Und gereizt entgegnete er einmal Lasker, der dazu gehörte: „Mit juristischen Theorien läßt sich auswärtige Politik nicht treiben“. (2. Dez. 75, Horst Kohl VI S. 320.) In großartiger Einsamkeit hatte er seine deutsche Politik geführt bis zum Ziel, der Einheit des Reichs. Er allein war es, der lenkte und durchführte, und allen anderen, die dasselbe wollten, blieb nur übrig, sich von ihm führen zu lassen. Es kennzeichnete die einsame, alleinherrschende Stellung Bismarcks, wenn Delbrück, der Präsident des Reichskanzleramts, im Reichstage in Abwesenheit des Reichskanzlers seine Ausführungen begann: „Ich werde versuchen, die Gedanken, die er hier ausgesprochen haben würde, so gut ich kann wiederzugeben“ (RV. 30. 11. 71), oder wenn der diplomatische Ausschuß des Bundesrats erst kurz vor dem Abschluß des deutsch-österreichischen Zweibundes einmal einberufen und über die stattgehabten Verhandlungen unterrichtet wurde, zur Beruhigung der Bundesfürsten und zur Stärkung der eigenen Position (Radowitz II S. 107).

Zu dem im Wesen beider Teile begründeten Gegensatz zwischen dem Großen, Einzelnen, dem Außenpolitiker auf der einen, den Vielen, der Volksvertretung auf der anderen Seite kam aber noch hinzu, daß Bismarck auf das Verhältnis der Regierung zum Parlament in starkem Maße die Methoden seiner Außenpolitik übertrug, dadurch die Eigentümlichkeit des konstitutionellen Systems, wo an sich schon Regierung und Volksvertretung einander gegenüber stehen, noch verschärfend. Bismarck behandelte den Reichstag wie eine auswärtige Macht, verhandelte mit den Parteien, schloß Bündnisse mit ihnen und ließ sie wieder fallen, ein Verfahren, das von den Betroffenen teils prinzipiell, teils weil es eben sie traf, scharf verurteilt wurde. Bismarcks Unwille über die Schäden des Parlaments erklärt sich nicht nur aus dem wesentlichen und weltanschaulichen Gegensatz, sondern auch daraus, daß dieser Faktor, den er selbst zu einem mit außenpolitischen Methoden arbeitenden und zu behandelnden gemacht hatte, ihm nicht unbedingt Gefolgschaft leistete. Es gehörte zu Bismarcks Eigenschaften, daß er hinter jedem Widerstand bösen Willen und Schlechtigkeit sah. Und wenn Bismarck an Andrassy schrieb: „Nachdem die Halskrankheit überstanden ist, gehe ich nun in wenigen Tagen dem chronischen Leiden parlamentarischer Tätig-

keit entgegen und bitte Gott, daß er mich mit dem Panzer der Geringschätzung gegen die Ansichten meiner Mitmenschen redlich ausrüste, dessen ein konstitutioneller Minister zu seinem Gewerbe bedarf“ (Wertheimer II 107) — so wird darin sichtbar, wie diese Geringschätzung entstand aus dem Interesse der Durchsetzung des eigenen Willens.

Der weltanschauliche Gegensatz gegen das parlamentarische Wesen und die selbstherrliche Eigenart Bismarcks verbanden sich nun mit dem Bedürfnisse des außenpolitischen Dienstes, wenn er sich das Dreinreden in den Aufgabenbereich des Auswärtigen Amtes verbat. Bismarcks Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung hatte von Genehmigung von Verträgen mit auswärtigen Staaten durch den Reichstag nichts enthalten, und erst der Reichstag hatte diese Bestimmung hineingebracht. Bismarck hatte es hingenommen. Aber gegen den Antrag der Fortschrittspartei wandte er sich unter Berufung auf das Interesse der außenpolitischen Verhandlungen. Er wies die Volksvertretung darauf hin, daß sie die Kontrolle der Verwaltung ihr alleiniges Amt sein lassen möge (Poschinger I S. 60), ein Gedanke, den diejenigen unter den Liberalen, die ihm auf keinen Fall Schwierigkeiten machen mochten, aufgriffen (Treitschke, Hist. u. Pol. Aufs. 3. Bd. S. 633). Als im Reichstag einmal der Wunsch nach baldigem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland geäußert wurde (RV. 9. 6. 73), erwiderte Bismarck: „Vor allen Dingen aber, wenn wir diesen Verhandlungen einen Erfolg sichern wollen, so üben wir in allen öffentlichen Besprechungen die sorgfältigste Schonung vor dem Selbstbestimmungsrechte des Nachbarreichs.“ Und am liebsten sähe er es, wenn sich die Zeitungen möglichst gar nicht mit auswärtigen Dingen befaßten. „Die deutschen Leser mögen ernste, sachlich geschriebene, belehrende Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächst interessieren, nicht lesen Deutsche Zeitungen sollen politische Unterhaltungslektüre sein, die man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet und von der man eine anregende Unterhaltung, vor allen Dingen etwas Neues weit aus dem Auslande erwartet. Die übertriebene Ausdehnung der ausländischen Artikel und der leichtgläubige Hunger nach fremden diplomatischen Nachrichten entschuldigt die Zeitungsredaktionen; es ist der Fehler des lesenden Publikums. Unsere parlamentarischen Einrichtungen sind noch neu: hoffen wir, daß sie die Wirkung haben, das Interesse der deutschen Zeitungsleser

mehr als bisher den inneren deutschen Angelegenheiten zuzuwenden.“ (Horst Kohl VI S. 341).

Die Aeußerung über die Handelsvertragsverhandlung mit Rußland entsprang dem Bestreben, der Unpopularität des russischen Bündnisses entgegen zu wirken, und die Mahnung an die sensationshungrigen Zeitungen und ihre Leser geschah bei der nachträglichen Besprechung der Krieg-in-Sicht-Krisis, in der ja Zeitungsartikel eine große Rolle gespielt hatten, und die demokratische Frankfurter Zeitung bezog sie außerdem auch auf sich (Gesch. d. Frankf. Zeitg. S. 337/38). In stärkerem Maße also, als es die prinzipielle Form solcher Aeußerungen selbst sagte, entsprangen sie dem Bedürfnis eines Einzelfalles. Und dementsprechend konnte ein anderes praktisches Bedürfnis auch wohl zu einer anderen Behandlung des Reichstags und der öffentlichen Meinung führen, freilich immer nur so, daß sie Bismarcks Zwecken dienen mußte. Zunächst einmal konnten außenpolitische Erörterungen im Reichstage ihm für seine auswärtige Politik dienlich sein. Seine dort gehaltenen Reden galten naturgemäß auch der Adresse der anderen Regierungen, und im Gespräch mit deren Leitern oder Vertretern nahmen die deutschen Diplomaten häufig Bezug auf Bismarcks im Reichstag abgegebene Erklärungen. In ihnen konnte er auch wohl den fremden Regierungen Dinge sagen, die es nicht tunlich war, im amtlichen Verkehr auszusprechen. So war Bismarcks Antwort auf die Richtersche Interpellation betreffend die russischen Goldzölle (5. Dez. 76) eine deutlichere Ergänzung zu seiner diplomatischen Zurückweisung der russischen Anfrage, wie sich Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges verhalten würde. Mehr als einmal sprach Bismarck selbst die Erwartung und den Wunsch aus, bald im Reichstage über die auswärtige Lage sprechen zu können (D. A. I Nr. 149 10. 2. 74; Parl. Diner 1. 12. 76 Poschinger I, S. 110). Im Interesse seiner Außenpolitik, die ja auf Bewahrung des Friedens und des guten Verhältnisses zu allen Mächten beruhte, geschah es auch, daß er im Reichstage stets beruhigend sprach, in den Thronreden die bestimmte Erwartung auf Erhaltung des Friedens ausdrückte, Gefahren oft leugnete und, manchmal unter Verhüllung von Differenzen, mit allen Mächten in gutem Einvernehmen zu sein erklärte. Von dem Dreikaiserbündnis sagte Bismarck einmal, daß die Freundschaft auch beruhe „auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnisse der leitenden Mi-

nister in allen drei Reichen“ (Horst Kohl VII, S. 93), was doch in Wirklichkeit auf Rußland und Gortschakow keineswegs zutraf. In den diplomatischen Verhandlungen über den Ort des bevorstehenden Berliner Kongresse hieß es in einem Briefe Bismarcks an Bülow vom 6. Febr. 1878: „Jeder Ort im deutschen Reich außerhalb Berlin und namentlich Dresden ist für uns schon um deshalb unannehmbar, weil dabei die völkerrechtliche Stellung des Reichs mit sächsischen Partikularansprüchen in formellen Konflikt geraten würde ...“ (D. A. II, Nr. 314). Und etwa zwei Wochen später erzählte Bismarck im Reichstage in der eben schon zitierten Rede: „Wir haben uns mit den Lokalen, die überhaupt in Frage gekommen sind, einverstanden erklärt, es sind das Wien, Brüssel, Baden-Baden, Wiesbaden, Wildbad' Aber es ist auch Stuttgart genannt, alle diese Orte wären uns genehm gewesen.“ (Horst Kohl VII S. 90.) Derselben Tendenz, die Versöhnlichkeit und vermittelnde Stellung Deutschlands, entgegen jeder Bevorzugung der einen oder der anderen Macht zu betonen, entsprach es auch, wenn Bismarck im Reichstage gegenüber der meist österreichfreundlichen Stimmung die Freundschaft Rußlands umso stärker hervorhob.

Ebenso, wie Bismarck den Reichstag in den Dienst seiner Außenpolitik stellte, geschah es auch mit der öffentlichen Meinung. Die Bearbeitungen der Zeitungen spielte ja in seinem politischen Apparat eine große Rolle. Eine Verwertung der öffentlichen Meinung war es auch, wenn Bismarck Rußland gegenüber darauf hinwies, daß es ihm gelungen sei, die öffentliche Meinung „bis in die liberalen Blätter hinein“ rußlandfreundlicher zu stimmen, und es davor warnte, diese junge, kaum beginnende Freundschaft des deutschen Volkes zu verscherzen (D. A. II. Nr. 273, 24. 1. 1877).

Ob und wie weit die „öffentliche Meinung“ Einfluß auf Bismarck gehabt, das zu untersuchen ist hier nicht die Aufgabe. Daß er sie als ein mächtiges, real wirksames Imponderabile in Betracht zog, gehört zu seiner Außenpolitik, und lag auch darin, daß er im Reichstage im Zusammenhang mit der Frage des deutschen Balkaninteresses aussprach: „Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrates, sondern auch die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg bin

ich bereit, Sr. Majestät dem Kaiser anzuraten“ (Horst Kohl VII, S. 96/97). In zwei Fällen von Bismarcks Außenpolitik spielte die öffentliche Meinung eine besondere Rolle. Einmal hat Bismarck lange mit dem Einsetzen der Kolonialpolitik auf eine starke, sie tragende Volksbewegung gewartet (vgl. M. v. Hagen Bismarcks Kolonialpolitik). Und vor allem betonte er auch die Stimmung des Volkes bei dem Entschluß zum deutsch-österreichischen Zweibund, betonte sie nicht nur als Argument dem zögernden Kaiser gegenüber — denn hier wäre das kein so besonders wirksames Argument gewesen — sondern in vollem Ernst. Und außerdem nun schlug er Andrassy vor, das zu schließende Bündnis in der Gesetzgebung beider Reiche zu verankern, indem seine Kündigung nur auf dem Wege der Gesetzgebung sollte erfolgen können, also mit Zustimmung der Volksvertretungen, um es dadurch gegenüber vorübergehenden ministeriellen Verstimmungen zu schützen. Der Vorschlag scheiterte an der Ablehnung Andrassys, worauf Bismarck hinterher wiederholt mit etwas Gereiztheit zurückkam. In erster Linie war dieser Gedanke wohl hervorgerufen durch das Bestreben, die beiden Länder fest aneinander zu binden. Doch erwartete Bismarck das gewiß weniger durch die Entscheidung der Volksvertretungen selbst, als schon durch den Druck, den die Unannehmlichkeit einer öffentlichen Besprechung des Vertrages auf beide Regierungen ausüben mußte, daß sie den Schritt der Kündigung schon um deswillen lieber vermieden.

3. Die Nationalliberalen.

Es geschah aus einer gewissen schiefen Stellung heraus, daß die Nationalliberalen das Moment des Einflusses der öffentlichen Meinung auf Bismarcks Politik gerne betonten. Daß diese Stellung schief war, lag im konstitutionellen System begründet, darin, daß die Volksvertretung den Anspruch auf Mitwirksamkeit im wesentlichen nur negativ geltend machen konnte. Die Nationalliberalen, in der Zeit von 1871 bis 1878 die herrschende Partei, hatten Vertrauen zu Bismarcks Außenpolitik, die ja die deutsche Frage mit überragender Kraft in ihrem Sinne gelöst hatte; ja es war die Popularität, die Bismarcks außenpolitische Erfolge ihm errungen hatten, die die hinter ihm stehende nationalliberale Partei zur stärksten des neuen Reichstags machte. Sie waren „auf seinen Namen gewählt“, wie Bismarck es ausdrückte. Sie unterstützten

ihn, aber sie konnten nun andererseits doch niemals behaupten, daß er ihr Minister gewesen wäre. Die Freikonservativen, die im Gegensatz zu den Nationalliberalen keine eigentlich parlamentarische Partei waren, sondern denen andere Einflußmöglichkeiten zur Verfügung standen, konnten den Leiter der Außenpolitik allenfalls als zu ihnen gehörig betrachten, die Nationalliberalen waren nur Bekehrte, bezwungen und überzeugt von der Richtigkeit einer Politik, die ohne sie begonnen und durchgeführt wurde. Es war der Sinn der Parteigründung gewesen, daß sie, im Gegensatz zur Fortschrittspartei die für richtig erkannten außenpolitischen Ziele dieser überraschend großen und überragenden Politik unterstützte, auch wenn dabei von dem innerpolitischen Programm des Liberalismus manches geopfert werden mußte. Man mochte nicht Opposition machen, um der Außenpolitik willen,³ und konnte doch in der Innenpolitik nicht mehr erreichen als ein gelegentliches Bündnis unter Einräumung von Konzessionen. Mißbilligten die Liberalen etwas in der inneren Verwaltung, so mußten sie sich an den allein verantwortlichen Reichskanzler halten, und diesen zu stürzen konnte man den Versuch nicht machen, weil man seine Leitung der auswärtigen Stellung Deutschlands nicht missen mochte (Lasker RV. 13. 3. 77). So wurden die Nationalliberalen das „Opfer des Primates der auswärtigen Politik“ (Rothfels Marxismus und auswärtige Politik, Deutscher Staat und deutsche Parteien S. 312). Dies Verhältnis zeichnete Hänel, der Führer der Fortschrittspartei, nach der Erkenntnis der Niederlage folgendermaßen: „Es gab eine Reihe von Parteien, die Nationalliberalen, und ich spreche die Fortschrittspartei auch nicht davon frei, welche meinten, sie könnten diese Machtstellung des Reichskanzlers respektieren, sie könnten die großen Vorteile, die seine Leitung der Angelegenheiten für unser deutsches Vaterland mit sich brachte, einheimsen und doch noch daneben liberale Politik treiben. Sie meinten, dieser Reichskanzler ließe doch gewissen Einfluß parlamentarischer Art zu. Meine Herren, das ist eine vollständige Enttäuschung auf allen Seiten, auf unserer Seite will ich wenigstens sagen, gewesen Er spielt mit den Parteien, er

3. „Wir müssen dem Auslande gegenüber auch den Schein vermeiden, als ob wir nur im Entferntesten das erkünstelte Mißtrauen fremder Mächte und einzelner einheimischer Parteien gegenüber den ehrlichen friedlichen Absichten der Reichsregierung teilen“. (Treitschke, Reden S. 97/98.)

würfelt mit ihnen, er legt die Keime der Zerspaltung in sie hinein, er regt sie gegeneinander auf, er verbindet sie ganz nach seinem eigenen Belieben und nach seinen eigenen Gesichtspunkten. Er hat auch keine Faser eines parlamentarischen Staatsmannes“ (RV. 10. 7. 79). Den Verlust, den der eigne Einfluß dadurch erlitt, daß dieser mit Vertrauen beehrte Minister kein parlamentarischer Minister war, suchte man dadurch zu bemänteln, daß man gelegentlich hervorhob, wie wichtig die Stimmung der Völker doch sei. (Preuß. Jahrb. 31, 1873 S. 580; 40, 1877 S. 20). Mehr konnte man nicht tun. Bennigsens Italienreise im Mai und Juni 1877 ist trotz aller Berührungen mit den dortigen politischen Kreisen und Regierungsvertretern und trotz parlamentarischer für die Außenpolitik belanglos,⁴ und wenn Bennigsen später den italienischen Minister Crispi in Berlin begrüßte, so fungierte er nur „als Gehilfe der auswärtigen Politik Bismarcks“ (Oncken, Bennigsen II S. 316).

Doch hatte die Nichteinmischung in die Außenpolitik noch mehr Gründe als das Vertrauen in ihren Leiter und die Erkenntnis der eigenen Einflußlosigkeit. Denn schon hierin war das Eingeständnis enthalten, daß man selbst nicht viel davon verstehe, ein Eingeständnis, das ebenfalls ein Erbstück der 1866 erfolgten Bekehrung war. Tatsächlich hatte auch kaum ein Nationalliberaler — im Unterschied von den Freikonservativen — ein wirkliches Verhältnis zur auswärtigen Politik, Bennigsen etwa ausgenommen, der z. B. in einem von Bismarck nicht sehr gern gesehenen Briefwechsel mit dem Londoner Botschafter Graf Münster, seinem Landsmann, stand. Theoretische Sympathien und Antipathien waren es, die die Stellung zu auswärtigen Ländern bedingten; alte liberale Tradition war die Vorliebe für England, für Griechenland, für die Vereinigten Staaten von Amerika, und die Zusammengehörigkeit von Deutschland und Italien erschien den Liberalen im Lichte der parallelen Einheitsentwicklung von einer der Wirklichkeit nicht entsprechenden Bedeutung. Der Kulturkampf, der bei den Liberalen weniger außenpolitische Gründe hatte, wurde zum Schema in der Beurteilung der fremden Mächte; ob Freund, ob Feind entschied sich einfach nach der Gegenüberstellung: hie klerikal, hie liberal (oder protestantisch), hie Romanismus, hie

4. Es liegt jedenfalls keine positive Angabe vor, daß er an den damaligen diplomatischen Verhandlungen Crispis mit Bismarck beteiligt gewesen sei.

Germanentum. Neben dem Gegensatz von Kleindeutsch und Großdeutsch waren es prinzipielle, weltanschauliche Bestandteile des Liberalismus, die in den Motiven zum Kulturkampf auf seiten der Liberalen eine Hauptrolle spielten, und auch die Forderung auf den Erwerb von Elsaß-Lothringen entsprang mehr nationalen Ideen und historischen Reminiscenzen als dem Bedürfnis nach Machterweiterung und Sicherung. Und während noch bis 1871 das nationale Ziel, die Einheit Deutschlands, eine Frage gewesen war, auf deren reale außenpolitische Zusammenhänge man gerade durch Bismarck aufmerksam gemacht worden war — mit der Reichsgründung riß dieser Zusammenhang mit der Außenpolitik ab, und man glaubte, nun sei nur im Inneren etwas zu tun, die neue Machtstellung erlaube Deutschland, daß es sich um das Ausland wenig mehr zu kümmern brauche. „Die Fülle der inneren legislatorischen und organisatorischen Arbeit, welche Deutschland obliegt, seitdem es auf neuen Grundlagen sich seine neue nationale Existenz errungen und gesichert hat, nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich in Anspruch. Während bis zum Jahre 1870 das Interesse der Nation vorzugsweise auf das Verhältnis Deutschlands zum Ausland gerichtet war, ist sie heute in der glücklichen Lage, ihre hauptsächliche Sorge und Tätigkeit ihren inneren Angelegenheiten widmen zu können und für die Vorgänge jenseits der deutschen Grenzen mehr Neugier als Teilnahme übrig zu haben“ (Pr. Jahrb. 31, 1873 S. 464). „In gelassener Ruhe können wir erwarten, ob wir von neuem vom Auslande zum Kriege herausgefordert werden“ (Bennigsen 30. 3. 71, Reden I, S. 274). Je nachdem das Gewicht mehr gelegt wurde auf Deutschlands Macht und Ehre dem Ausland gegenüber oder mehr auf die innere Arbeit, bestand ein Schattierungsunterschied zwischen dem rechten und dem linken Flügel der nationalliberalen Partei, zwischen Treitschke und Lasker, ein Schwanken in der verschiedenen Betonung der beiden Bestandteile des Parteinamens.

In den von Treitschke und Wehrenpfennig herausgegebenen Preußischen Jahrbüchern hieß es (in einem Aufsatz „Deutsche und italienische Einheit“ von Wilhelm Lang, Bd. 27, 1871 S. 208 ff.): „Das Jahr 1866 hat endlich den letzten Rest jener übergreifenden Politik vergangener Jahrhunderte zerstört, die so lange für das eine wie für das andere Volk verderblich war; — ein glänzender Triumph der modernen Ueberzeugung, daß die möglichst klare Scheidung der Völker einer der vornehmsten Hebel der wahren

Zivilisation, weil das beste Mittel zur Sicherung eines friedlichen Verkehrs unter ihnen ist; entgegen nicht bloß dem barbarischen Grundsatz der Eroberung, sondern auch entgegen jenem falsch sentimentalischen Gerede von dem nahenden Zeitalter der Völker-
verbrüderung“ (S. 220). National sollte die Wissenschaft sein, national das Recht, national die Münze. Deutschlands Macht und Ehre in der Welt zu wahren, sei die Aufgabe der Flotte, das Strafrecht solle den Grundsatz des „civis Romanus sum“ für die Deutschen im Ausland zur Geltung bringen, mit ungeheurer Verachtung sprachen die Preußischen Jahrbücher von dem geschlagenen Frankreich, dem „bösen Nachbarn“ und seiner „ruchlosen Rachgier“, und mit einem an Hybris grenzenden Stolz auf die ungewohnte Macht des neuen Vaterlandes hieß es in einer Besprechung des Flottengründungsplanes: daß sich die Deutschen in aller Welt zusammengehörig fühlen, „verdanken wir... unserer militärischen Organisation, unserer Landarmee, unserer Einigkeit und unseren Führern, und damit ist unsere Stellung unter den Großmächten gegeben. Den barbarischen Völkerschaften gegenüber genügen zweckmäßig zusammengesetzte kleinere Flottenabteilungen in den geeigneten Meeren mit der Weisung, jeden zu Boden zu schlagen, der einem Deutschen ein Haar krümmt“ (Pr. J. B. Bd. 27 1871 S. 338 ff. Der Friede und die deutsche Marine).

Dieses nationale Einspannertum, dieser „Größenkitzel“ war es, was das Zentrum am Liberalismus mit Schärfe verurteilte. Aber auch innerhalb der Liberalen kam es hierüber zu Gegensätzen zwischen dem nationalen Machtgedanken und dem liberalen Prinzip der Gerechtigkeit. „Immer die Ehre!“ war ein höhnischer Zwischenruf auf der linken Seite der Liberalen bei einer Rede Mosle's (Bremen) zum Marineetat (RV. 27. 5. 1873). Die Verkörperung dieser linken Seite der nationalliberalen Partei, zugleich aber in stärkerem Maße als Treitschke und Gneist der Ausdruck der ganzen Partei war die Persönlichkeit Laskers. Niemand fand so starken Ausdruck für das Vertrauen, das man in Bismarck setzte, niemand zugleich auch so starken Ausdruck für das Geständnis der eigenen Einflußlosigkeit. Lasker war es, der als Sprecher der Nationalliberalen auftrat, wenn von der Opposition Bismarcks Außenpolitik verdächtigt worden war. „Wenn ich in auswärtigen Angelegenheiten die Herren drüben sich rüsten sehe, um auf die Tribüne zu steigen und den Herrn Reichskanzler anzugreifen, bin ich der Regel nach sehr ruhig und humoristisch ge-

stimmt. Ich denke mir, daß diese Angriffe, wenn versucht wird, an die Höhe hinan zu klettern, um dort oben eine Beschädigung zuzufügen, die richtige Abfertigung finden und verhalte mich gleichmütig, ... Aber ... in öffentlicher Versammlung die Regierung Deutschlands der Anreizung zum Kriege anzuschuldigen, das ganze Ausland auf diese Weise gegen Deutschland zu hetzen, das ist eines Vertreters unwürdig, und, meine Herren, ich will diese Politik kennzeichnen, damit fortan alle Angriffe dieser Herren als das erscheinen, was sie sind ... als Verbrechen gegen das Vaterland!“ (RV. 4. 12. 74)⁵ Ein anderes Mal trat das Geständnis der eigenen Einflußlosigkeit in den Vordergrund: „In meiner langen parlamentarischen Praxis ... habe ich mich gehütet, über auswärtige Angelegenheiten und über Krieg und Frieden zu sprechen, weil ich gefunden habe, daß sämtliche Redner, sowohl die im Hause als die, welche am Tisch des Bundesrats sitzen, mit Ausnahme von einem oder zweien nicht wissen, wie es mit Krieg und Frieden steht.“ (RV. 29. 11. 71). Vorläufig verzichtete Lasker darauf, dem Parlament die Mitwirkung in der auswärtigen Politik verschaffen zu wollen. „Nicht aus Mangel an Teilnahme, nicht weil die auswärtigen Angelegenheiten uns weniger interessierten, als dies in den Nachbarländern der Fall ist, sondern in der vollen Erkenntnis des jetzigen gesellschaftlichen und Regierungszustandes, welcher dem Volke noch nicht vergönnt, außer in einzelnen ganz brennenden und völlig klar liegenden Situationen in den Gang der öffentlichen Ereignisse unmittelbar einzugreifen, in dem Bewußtsein, daß wir diesem Zustande nicht durch noch so wohl gelungene Reden abzuhelpen imstande sind. Sondern wir müssen eine ganze Kulturentwicklung abwarten, ehe dies anders werden wird“ (RV. 6. 11. 76).

Es geschehe, sagte Lasker in derselben Rede, dieser Verzicht auf außenpolitische Debatten nicht aus „Mangel an Kenntnis“, „wie wichtig die Vorgänge sind, welche häufig den Verkehr der Völker stören...“ Vor allem als Störung im Verkehr der Völker sah Lasker also nicht nur kriegerrische Unruhen, sondern diplomatische Verwicklungen, und das ist der für Nationalliberale wie Fortschrittler in gleicher Weise kennzeichnende Gedanke, der sie

5. Derselbe Lasker sprach ein anderes Mal die Bitte aus, man möge doch im Reichstage nicht in die Methoden der französischen Kammer verfallen, die Thiers das Wort „Prussien“ zugerufen hatte, als er vor dem Kriege warnte. (R. V. 1. 12. 71.)

der Außenpolitik entfremdete: alle Außenpolitik und Politik überhaupt bringt unsachliche Gesichtspunkte in sachliche, juristische oder wirtschaftliche Arbeit hinein. Und es hatte der ganze Rigorismus des Juristen Lasker dazu gehört, um ihn jenes Wort vom „Verbrechen gegen das Vaterland“ aussprechen zu lassen. Wie Lasker, als einer der „Idealisten der Nation, welche genau wissen, was das Rechtsleben für die Nation bedeutet, daß es gleich hinter der Sprache kommt in Einigung der nationalen Gefühle und Gedanken“ (RV. 18. 12. 76) die Reichskompetenz für das gesamte bürgerliche Recht aus juristischen, nicht aus politischen Gründen gefordert zu haben behauptete, wie er bat, doch die Frage des Sitzes des Reichsgerichts ohne politische Motive zu entscheiden, so erschien es ihm in hohem Maße unglücklich, daß das Strafgesetzbuch in Verfolg außenpolitischer Verhandlungen und Bedürfnisse, also nach heteronomen Gesichtspunkten abgeändert werden sollte (RV. 22. 1. 76). Und scharf verwahrte er sich dagegen, daß das Recht um außenpolitischer Machtideen willen verfälscht würde. Hier war der Punkt, wo Lasker trotz allen sonstigen Vertrauens zu Bismarcks politischer Leitung mit diesem in Widerspruch geriet, weil ihm eben „das Verständnis für Realpolitik“ fehlte, das Bismarck auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen in erfreulichem Wachstum begriffen sah (D. A. I Nr. 151 28. 2. 74).⁶

Diese Abneigung gegen die Einmischung rein politischer Zwecke, die sich bei Lasker auf juristischem Gebiete zeigte, war ein grundsätzliches Stück des Liberalismus, das eng zusammenhing mit dem Freihandelsprinzip, dessen Anhänger die Nationalliberalen mit Ausnahme weniger rechtsstehender, meist süddeutscher Mitglieder waren. Auch dem Freihändlertum erschien allgemein das Eingreifen des Staates als verderblich, unproduktiv, unsachlich, und daher erklärte es sich auch, daß selbst diejenigen unter den Nationalliberalen, die eigne Beziehungen und Interessen im Auslande hatten, wenig davon wissen wollten, daß der Staat sich da hineinmengte, anders als allenfalls zum Zweck des Rechts-

6. Einmal war auch Lasker persönlich außenpolitisch interessiert, als es sich nämlich um Schutz der Juden in Rumänien handelte. Sowie er aber merkte, daß ein Befolgen des Bamberger'schen Antrages und der von ihm selbst vertretenen Petitionen größere außenpolitische Schwierigkeiten haben würde, trat er den Rückzug an (R. V. 22. 5. 72), ähnlich wie im Norddeutschen Reichstage bei seinem Antrag auf Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund.

schutzes der Auslandsdeutschen. Ihnen handelte es sich um wirtschaftliche und Handelsverhältnisse, die am besten standen, wenn sie von jeder Politik ungestört blieben. Mit der Freiheit im Handeln und Handel des Einzelnen waren sie zu ihren Erfolgen in Handel und Schifffahrt gekommen. So waren sie es, die sich am längsten gegen Kolonialpolitik sträubten.

Wenn im Reichstage Konsularverträge, Handels- und Schifffahrtsverträge mit fremden Staaten zur Genehmigung vorgelegt wurden, so waren es stets solche Angehörige der nationalliberalen Partei, meist aus den Seestädten, die, zum Teil selbst im Ausland gewesen (Mosle - Bremen, Schmidt - Stettin, Rickert - Danzig, Dr. Kapp, der in New-York staatlicher Einwanderungskommissar gewesen war), aus eigener Erfahrung heraus und im Sinne der Interessen ihrer Wähler oder ihrer eigenen Kritik übten und Verbesserungsvorschläge machten. Aber auch hier zeigte sich wieder die Grenze, über die die Wirksamkeit des Parlaments in auswärtigen Verhandlungen nicht hinauskam: nie wurde ein solcher Vertrag auf Grund von Beanstandungen zurückgewiesen, mit Rücksicht auf das *fait accompli* und auf die schwierige Lage der Regierung im Falle einer Ablehnung. Ein wirkliches Verhältnis zu den Hauptfragen der Bismarckschen Außenpolitik entstand auf dem Umweg über solche überseeische Interessen nicht, zumal das damalige Deutschland noch keine Welt- und Kolonialpolitik trieb.

Vertrauen zu Bismarck und Fremdheit in außenpolitischen Dingen waren also die beiden Gründe, die die Nationalliberalen von der Besprechung außenpolitischer Fragen nicht vollständig, aber doch meistens zurückhielten, und nur außenpolitische Angriffe der Opposition boten ihnen Grund, sich auch auf das Gebiet der Außenpolitik zu begeben. Der Grundsatz „*cuique in arte sua credendum est*“ (Marquardsen RV. 29. 1. 76) leitete sie, wenn das Auswärtige Amt zur Erfüllung seiner Aufgaben die Festlegung der Heerespräsenzstärke oder den Arnim-Paragraphen für nötig erklärte, ließ sie die Weisungen und Richtlinien für das Verhalten in der Presse, die von dorthier kamen, beachten, ließ sie zurückweichen, sobald sie fürchten mußten, der Tätigkeit des Auswärtigen Amtes Schwierigkeiten zu bereiten. Interpellationen, die doch meistens als Mißtrauensvoten angesehen wurden, besonders von dem interpellierten Teil, überließen die Nationalliberalen der Fortschrittspartei und dem Zentrum. Erst im Februar 1878 brachte Bennigsen wieder einmal, zusammen mit dem Fortschritt und den

konservativen Parteien, eine Interpellation ein (über die orientalische Frage, 19. Febr. 1878), in einer Zeit also, wo das Vertrauen zu Bismarck wankend geworden war, wo der Versuch, die Regierung durch Eintritt liberaler Minister zu parlamentarisieren, zu scheitern drohte, wo also die Einsicht kam, daß es eine Täuschung war, wenn man glaubte, durch Bismarck selbst regieren zu können. Zwar sprach selbstverständlich Bennigsen in der Begründung der Interpellation (Reden I S. 270/75) nicht davon, daß sie aus Mißtrauen geboren sei, aber er brauchte viele Worte, um ihre Einbringung zu entschuldigen und tat es unter anderem mit der Andeutung, daß sie nicht zuerst von seiner Partei aus angeregt worden sei. Eugen Richter erzählt (Im alten Reichstag II S. 38), die Anregung sei von der Fortschrittspartei ausgegangen und die Interpellation hätte ursprünglich von Hänel gestellt werden sollen. Der Nationalliberale Stephani dagegen berichtet (Böttcher, Stephani S. 191/92) von einer Besprechung der nationalliberalen Führer Bennigsen, Bamberger, Lasker, Stauffenberg, Forckenbeck und Stephani, in der beschlossen worden sei — es war die Zeit, in der die Nationalliberalen auf den endgültigen Entscheid über ihren Eintritt in die Regierung warteten — „durch Besprechung sowohl der äußeren wie der inneren Politik die Situation nach Möglichkeit zu klären“⁷ und zu diesem Zweck eine Interpellation über die orientalische Frage einzubringen. Nachdem Bennigsen sich mit Bülow, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, in Verbindung gesetzt hatte, ist dies geschehen, obwohl Bismarck die Interpellation nicht gerne sah (Bismarck im Reichstag 19. 2. 78, Kohl VII, S. 99, dgl. Tiedemann S. 227, Lucius S. 127, Radowitz II S. 2).⁸ Gleichviel nun, ob das Klärungsbedürfnis der Nationalliberalen das Ursprungsmotiv zu der Interpellation war oder ihnen nur eine Anregung von anderer Seite angenehm erscheinen ließ,⁹ es war geboren aus dem Gefühl, daß eben nicht mehr alles klar war

7. Diese Darstellung hat Richter (II 1896) fast wörtlich von Stephani (Böttcher, Stephani 1887) übernommen, nur unter Weglassung der Worte: „Sowohl der äußeren wie . . .“

8. Selbst wenn, wie Tiedemann erzählt (Tiedemann S. 474, Oncken, Bennigsen II S. 350), im Dezember 1877 in Varzin zwischen Bismarck und Bennigsen von einer Interpellation die Rede war, so war das für die Entstehung dieser Interpellation belanglos.

9. Oncken (Bennigsen II S. 349/51) stellt die Darstellung Stephanis und Bennigsens eigne Erklärung unvermittelt nebeneinander.

zwischen ihnen und Bismarck. Und wenn nicht doch äußerlich die vollständige Uebereinstimmung zwischen den Nationalliberalen und Bismarck gewahrt geblieben wäre, dann hätte Windthorst noch größere Freude gehabt, als der Triumph war, mit dem er konstatierte, daß endlich auch von anderen Parteien der Grundsatz anerkannt sei, daß Außenpolitik in den Reichstag gehöre, anerkannt auch von Bismarck, indem er die Interpellation beantwortete.

4. Die Fortschrittspartei.

Lasker stand auf der Grenze von der nationalliberalen zur Fortschrittspartei, und wie der Uebergang überhaupt nicht scharf war, so gilt vieles, was von den Nationalliberalen gesagt wurde, auch von ihrer mehr links stehenden Schwesterpartei. Auch hier finden wir die Ueberzeugung von der Größe und Richtigkeit der Bismarckschen deutschen Politik — wenn auch nicht gleichmäßig bei allen Parteimitgliedern —, auch hier die Fremdheit in außenpolitischen Dingen, auch hier das Ueberwiegen juristischer, finanzieller, wirtschaftlicher Gesichtspunkte. Aber im Unterschied von den Nationalliberalen war die Fortschrittspartei nicht geneigt, der Unterstützung dieser auswärtigen Politik so viel von den ursprünglichen Zielen des Liberalismus zum Opfer zu bringen, sie blieb bei der Behauptung des parlamentarischen Prinzips, wie sie aus parlamentarischen Rücksichten die Verfassung des Norddeutschen Bundes abgelehnt hatte. Dieser Standpunkt des parlamentarischen Prinzips wurde naturgemäß durch die taktische Lage, durch die Oppositionsstellung noch verschärft. Ferner waren die Fortschrittler viel skeptischer gegenüber den Versuchen, Bismarck dadurch, daß die Liberalen seine Außenpolitik unterstützten, in die Bahnen einer zuverlässig liberalen Politik zu bringen (vgl. Hänel auf Seite 18 f.). Wie Richter im Kulturkampf die Ausnahmegesetze in konsequenter Aufrechterhaltung des alten liberalen Standpunktes ablehnte, so stand die Partei auch in der Behandlung des Militäretats auf dem Standpunkt, den der Führer der Liberalen, Twesten, bei der Beratung des Verfassungsentwurfs des Norddeutschen Bundes, der die jährliche Beratung des Militäretats der Volksvertretung vorenthalten wollte, im Reichstag vertreten hatte: „Man darf uns nicht zumuten, daß wir unbedingt allem zustimmen sollen, was in dem vorliegenden Verfassungsentwurf gefordert wird, und darauf hinweisen, wir sollten nicht der Regierung Schwierigkeiten bereiten, nicht Uneinigkeiten vor Europa bloß-

legen. . . Es handelt sich bei der gegenwärtigen Stelle des Entwurfs nicht um die auswärtige Politik, sondern um eine konstitutionelle Frage von dem höchsten Gewicht, und die darf nicht nach den Rücksichten des Augenblicks entschieden werden. Wir glauben nicht befugt zu sein, die Rechte, welche dem Volke unbedingt gesichert sind, so lange es Verfassungen gibt, aufzuopfern um augenblicklicher politischer Rücksichten willen.“ (Zit. nach Parisius, Die polit. Part. u. d. Minist. Bism. S. 181). In Verfolg des parlamentarischen Prinzips geschahen die scharfen Angriffe Richters auf die Alleinherrschaft Bismarcks und die damit zusammenhängende Gewohnheit, alle, die ihm nicht unbedingt Gefolgschaft leisteten, als Reichsfeinde anzusehen. „Und wie gelangt man zum Beweise der Staatsgefährlichkeit? Indem man als Notwendigkeit für das Bestehen des Staates hinstellt die Notwendigkeit, daß eine bestimmte Richtung das Staatsruder in der Hand behält. . . Es ist der Gegensatz zwischen dem Bestreben nach einer wirklichen parlamentarischen Regierung und einem Scheinkonstitutionalismus. . . . Es mag ja sein, daß die große persönliche Autorität, deren die gegenwärtigen Machthaber und Staatslenker genießen, imstande ist, die Entscheidung dieses Kampfes in das nächste Dezennium hinauszuschieben — uns Jüngeren wird dieser Kampf nicht erspart werden“. (RV. 25. 11. 71). In einer wirklich parlamentarischen Regierung müsse das Parlament auch die Mitwirkung in der auswärtigen Politik besitzen. Darum jener Antrag, die Verwendung des Reichskriegsschatzes der Entscheidung des Reichstages zu unterwerfen, darum auch die Forderung, daß Bismarck über seine Außenpolitik dem Reichstage genaue Rechenschaft ablegen müsse. „Ich glaube (Hänel RV. 5. 12. 76), der Minister muß auch dem Dilettanten gegenüber in der Begründung seiner Politik eine überzeugende Kraft entwickeln, und die habe ich in seiner Deduktion entschieden vermißt“. Hänel unterstützte in diesem Sinn auch die Forderung, die A. Reichensperger und andere Zentrumsmitglieder wiederholt stellten: auf Vorlage von „Blaubüchern“, „denn wer jemals englische Blaubücher gerade auch in der auswärtigen Politik der jüngsten orientalischen Krisis wirklich studiert hat, muß zugehen, daß darin eine Fundgrube von Kenntnissen, ein gewichtiges Material nicht nur der allgemeinen, großen europäischen Konstellation, sondern insbesondere auch zur sachgemäßen(!) Beurteilung von Spezialfragen, selbst von ethnographischen Fragen

... aufgehäuft ist.“ (RV. 8. 3. 79.) Auch Richter wünschte Darlegungen der politischen Verhältnisse, „auf die Form, ob Blaubuch oder dergleichen, käme es uns weniger an“ (RV. 10. 4. 78). Auch das war Betonung des parlamentarischen Standpunkts, daß Hänel nicht stillschweigend daran vorüberging, wenn tatsächlich einmal die Vorlage diplomatischer Akten erfolgt war. (So betr. einen Konflikt mit Nicaragua, Berliner Vertrag, Vertrag betr. Aufhebung des Art. V des Prager Friedens). Er sagte der Regierung seinen Dank dafür: „Ich würde es für Unrecht halten, wenn wir nicht bemerkten, daß wir über einen ... allerdings untergeordneten Punkt, der immerhin zu einer Komplikation hätte führen können, sehr ausführliche und sehr dankenswerte Mitteilungen erhalten haben“ (RV. 10. 4. 78).

Es lag aber nicht nur Betonung des parlamentarischen Standpunktes darin, wenn Hänel so sprach. Es war auch die Hoffnung darin enthalten, daß sich vielleicht doch mit der gegenwärtigen Regierung auch das parlamentarische Prinzip vereinen ließe. Die „Autorität der gegenwärtigen Staatslenker“ übte ihre Wirkung auch auf Hänel. Mehrmals scheuten er und andere sich mit Rücksicht auf die außenpolitische Bedeutung einer Entscheidung gegen die Regierung zu stimmen. So, als die Erhebung der Gesandtschaft in Rom zur Botschaft zu einem großen politischen Gegensatz sich entwickelte durch die Opposition des Zentrums gegen diese Begünstigung Italiens; „In diesem Augenblick, wo man die Frage der hohen Politik hineinwirft, da gibt man uns auch nicht den mindesten Anlaß in kalkulatorischer Weise einem derartigen Posten gegenüber zu treten“ (Hänel RV. 25. 1. 76). Und als die Regierung für das Strafgesetzbuch den Duchesne-Paragraphen forderte, wollte Klöppel nicht durch vollständige Ablehnung „die auswärtige Politik unserer Regierung in einem ganz hervorragenden Falle desavouieren, während wir in der Tat mit ihr übereinstimmen“ (RV. 24. 1. 76).¹⁰ Und ganz ähnlich begründete Franz Duncker die schließliche Annahme des Landsturmgesetzes, trotz aller Bedenken gegen den darin enthaltenen Militarismus: „Denn allzu leicht kann man im Auslande aus dem Umstande, daß das Gesetz nicht mit großer Majorität hier im Hause angenommen wird, auch einen Rückschluß machen..., daß das deutsche

10. Klöppel ist freilich im Laufe der Legislaturperiode (1874—1877) aus der Fraktion ausgetreten.

Volk im gegebenen Augenblicke nicht bereit sein würde, die Cadres des Landsturms zu füllen“ (RV. 21. 1. 75).

Für das Vertrauen in Bismarcks auswärtige Politik fand Hänel oft ebenso starken Ausdruck wie Lasker. Während er einerseits das Urlaubsgesuch Bismarcks, das an die Stelle des abgelehnten Entlassungsgesuchs getreten war, um des parlamentarischen Einflusses willen im April 1877 im Reichstag zur Sprache brachte und dabei mißbilligend auf die bescheidene Stellung der Volksvertretung hinwies, die sich ihre Anschauungen über die auswärtige Politik nicht auf Grund eigener amtlicher Informationen, sondern nur auf Grund von Zeitungsnachrichten und fremden Parlamenten gegebenen Mitteilungen bilden und daraus Rückschlüsse machen könne „auf die Politik, die in den europäischen Angelegenheiten von seiten des Herrn Reichskanzlers geführt wurde und geführt wird“, fuhr er fort: „Der Schluß ist unsicher, aber wenn ich ihn machen darf nach dem Maße meiner dilettantischen Eindrücke, so gestehe ich gerne, daß ich ein volles Anerkennung für die Tatsache habe, daß der Herr Reichskanzler vor allen Dingen in der Gesamthaltung unserer Politik es zu starkem Ausdruck bringt, daß, so jung unser Reich auch sei, es eine volle und in sich berechnete, eine machtvolle Potenz sei.“ „Es war ein Zeichen hoher Regentenweisheit, daß das Abschiedsgesuch des Herrn Reichskanzlers nicht angenommen wurde“ (RV. 13. 4. 77).

Ueber diese „Lobrede auf Bismarck“ war aber der gerade abwesende andere Führer der Partei, Eugen Richter, entrüstet, als er wieder nach Berlin zurückkam, und viele Parteifreunde mit ihm (Richter, Im alten Reichstag I S. 15/16). Richter besaß dieses Vertrauen zu Bismarcks Außenpolitik nicht, weil er „Störungen im Verkehr der Völker“ von ihm besorgte, und er war selbst viel zu sehr einseitig finanzpolitischer Fachmann, als daß er sich als Dilettant Bismarcks Leitung vertrauensvoll unterworfen hätte. Nein, ihm war Bismarck der Dilettant (RV. 5. 12. 76), der mit seinen außenpolitischen Zwecken Verwirrung in die viel wichtigeren wirtschaftlichen Verhältnisse brachte. Es war dasselbe Moment, das auch bei den Nationalliberalen sich schon zeigte, nur noch verstärkt. So hatte Richter Bedenken gegen eine Reichsbank; „besonders fürchte ich von seiten des Reichskanzlers und des Reichstages bei einer Reichsbank die Beeinflussung der Bank zu Zwecken, die nicht geschäftlicher Natur, sondern politischer Natur sind“ (RV. 17. 11. 74); und ebenso warnte der Professor

der Rechte Hänel vor einer Verfälschung des Strafrechts: „Man darf nicht das Gefühl der Würde (des deutschen Reiches) dadurch in Gefahr bringen, in Konflikt zu treten mit dem Gefühl der Gerechtigkeit, und dies kann unter Umständen geschehen“ (RV. 14. 12. 75). Schulze-Delitzsch sah in einem Wettkampf in Bildung und Gesittung der Völker das Ziel eines festen Fundaments für das deutsche Reich und „die wahre Reichsfreundlichkeit“ (RV. 20. 4. 74 bei der Beratung des Militärgesetzes). Und wiederum zu Bismarcks Zollvorlagen 1879 bemerkte Richter mißbilligend: „Dieses Voranstellen der Machtfrage ... ist für ihn bestimmend: die Steuer und Finanzfrage überall zu benutzen zur Kürzung der politischen Bedeutung des Reichstages und der Einzelstaaten“ (RV. 5. 5. 79), wobei hier allerdings die Mißbilligung verschärft und in ihrer prinzipiellen Reinheit getrübt wurde dadurch, daß eben Richter zu dem unterliegenden Teil gehörte.

Wo bei der Fortschrittspartei ein Verhältnis zu auswärtigen Mächten bestand, beruhte es wie bei den Nationalliberalen im wesentlichen auf Sympathie oder Antipathie, so die Freundschaft für England, dessen parlamentarische Einrichtungen immer wieder als Muster hingestellt wurden, und vor allem die scharfe Gegnerschaft gegen Rußland, das Land des Absolutismus, das früher hemmend in die Entwicklung der deutschen Einheit eingegriffen hatte und in dessen Bundesgenossenschaft man Deutschland höchst ungerne sah. So griff denn auch Richter in einer Interpellation über die russischen Goldzölle am 5. Dez. 1876 dieses Bündnis an, in charakteristischer Weise an einem wirtschaftspolitischen Punkte ansetzend. Das Vorrücken Rußlands war es auch, was ihn im russisch-türkischen Kriege beunruhigte, daneben aber ganz allgemein die Störung des wirtschaftlichen Friedens, die durch die Unsicherheit der Lage, durch die Rüstungen und das Hin und Her der Verhandlungen hervorgerufen wurde.

Was die Fortschrittspartei zu den ständigen Angriffen auf den Militäretat, nicht nur gegen seine gesetzmäßige Festlegung bestimmte, waren ebenfalls wirtschaftliche Rücksichten. Hinzu kam demokratische Abneigung gegen die militärische Kaste, gegen das Offizierkorps und alle Erziehung in seinem Geiste. Außenpolitische Gesichtspunkte, die in der Bekämpfung des Militäretats beim Zentrum eine Rolle spielten, fielen hier fast ganz fort, und nur dadurch, daß die Notwendigkeit eines starken Heeres mit dem Hinweis auf die Gefahren der außenpolitischen

Lage begründet wurde, waren auch die Gegner der hohen Heeresausgaben gezwungen, sich diese auswärtige Lage anzusehen, um entweder die Gefahr zu bestreiten oder starke Rüstungen für ein schlechtes Abwehrmittel zu erklären. Während die Nationalliberalen, besonders ihr rechter Flügel, in scharfer Betonung der deutschen Machtstellung das Heer möglichst stark und Deutschland möglichst gerüstet wünschten, sah die Fortschrittspartei in den hohen Militärlasten eine höchst unproduktive Ausgabe, die letzten Endes die Stellung des Landes nicht stärken, sondern schwächen mußte.

In der Stellung zum Militäretat waren sich Richter und Hänel einig. Dagegen trat an diesem Punkte die Lostrennung der Gruppe Löwe-Berger von der Fortschrittspartei ein, da diese Gruppe 1874 für das Septennat stimmte. Doch war dies nur ein Differenzpunkt, denn diese Gruppe, die vor allem mehrere westfälische Industriebezirke vertrat (Löwe: Bochum, Berger: Dortmund, Kreutz: Altena), war schutzzöllnerisch, und wie der ihnen nahestehende, aber vor dem Austritt aus der Partei gestorbene Friedrich Harkort (Hagen)¹¹ koloniale Interessen und Interesse für eine starke Flotte hatte, so auch sie, beides Dinge, an denen die übrige Fortschrittspartei wenig oder gar keinen Anteil nahm.

5. Die Freikonservativen.

Gleichheit der schutzzöllnerischen Interessen verband die Gruppe Löwe-Berger mit der Deutschen Reichspartei, in deren Reihe die neben Löwe hauptsächlichsten Vorkämpfer des Schutzzolls standen: Freiherr von Varnbüler, von Kardorff, Stumm. Stumm war gleichfalls, wie die Wähler jener Gruppe, Industrieller und als solcher am Schutzzoll interessiert, ferner gehörten der Deutschen Reichspartei sehr viele Vertreter des schutzzöllnerischen Süddeutschland, insbesondere Württemberger an, und schließlich schlesischer Adel, der zugleich landwirtschaftliche und industrielle Interessen hatte. Und die Wendung zum Schutzzoll nun, die, von seinen Anhängern lange erstrebt, 1879 eintrat, geschah unter der Flagge der Realpolitik, unter der man gegen die freihändlerische Doktrin zu Felde zog. Realpolitik, so nannte man die offene

11. Berger (Witten) war Harkorts Schwiegersohn und ging politisch in seinen Fußtapfen.

Vertretung eigener Interessen, wie Männer wie Kardorff und Stumm sie betrieben. Realpolitik war es, wenn Kardorff, der als schlesischer Großgrundbesitzer natürlich auch Brennereibetrieb hatte, darauf drang, daß Italien mit seiner vertragswidrigen Bevorzugung der inländischen Spritfabrikation ein Ende machen solle, wenn anders ihm an Deutschlands Freundschaft gelegen sei (RV. 26. 4. 71), Realpolitik war es, was Stumm vertrat, wenn er in der Aussprache über eine Interpellation betreffend eine Reform der Gewerbeordnung (März 1877) als letzter Redner begann: „Meine Herren, entschuldigen Sie, wenn ich in dieser späten Stunde in etwas nüchterner und sachlicherer Weise auf die Interpellation eingehe, als dies bisher von den meisten Vorrednern geschehen ist. Verzeihen Sie mir das aus dem Gesichtspunkte, daß ich der einzige Gewerbetreibende bin, der überhaupt über diese Angelegenheit heute zu Worte kommt“ (RV. 12. 3. 77). Realpolitik war auch der „Schutz der nationalen Arbeit“, durch den das Interesse der deutschen Industrie und Landwirtschaft gewahrt werden sollte ohne Rücksicht auf freihändlerische Lehrmeinungen.¹²

Und schließlich war man realpolitisch in der Außenpolitik, ließ keine von irgend einer Doktrin bestimmte Sympathie oder Antipathie gelten, ganz in Bismarcks Sinne. Die Vertretung jener Interessen freilich war alles andere als Staatsraison und hatte mit staatlicher Realpolitik nur Einstellung und Methode gemein. Wichtiger waren hier andere Momente im Bestande der Partei. Freikonservativ waren die ehemaligen Reichsfürsten und die schlesischen Magnaten, Grandseigneurs, die vom Ertrage ihrer Güter lebten, weite Reisen machten und dann in der diplomatischen oder ministeriellen Tätigkeit den einzigen ihrer würdigen Beruf erblickten. Die Bezeichnung „Botschafterfraktion“, die der Partei von der Opposition beigelegt wurde, charakterisiert sie treffend, und auch das Wort, das ursprünglich von der vor allem aus Würt-

12. Hänel bemerkte dazu bei der Beratung des Sozialistengesetzes: „Meine Herren, wir beklagen jene materialistische Richtung, die überall in der sozialdemokratischen Agitation durchbricht. Ich will hier nicht sprechen von unserer Philosophie, von unserer Literatur, aber ich frage Sie: macht sich nicht in unseren politischen Parteien eine neue „Realpolitik“ breit, die meiner Ansicht nach nichts anderes bedeutet als jener materialistische Zug, übertragen darauf, daß man in politische Verhältnisse immer nur die Frage der Macht, die Frage des Nützlichen richtet und es mehr und mehr verlernt, auch idealen Gesichtspunkten eine mitwirkende Kraft in der Gestaltung unserer politischen Verhältnisse einzuräumen“. (R. V. 17. 9. 1878.)

tembergern sich rekrutierenden, dann teilweise in der Deutschen Reichspartei aufgegangenen Liberalen Reichspartei gebraucht wurde: eine Partei von ehemaligen Ministern oder solchen, die es zu werden Anlage verspürten, trifft auf sie zu. Auch die Katholiken, die diesen Kreisen angehörten, waren freikonservativ; sie wurden die Führer der sogenannten „Staatskatholiken“. So Graf Fred Frankenberg-Ludwigsdorf in Tillowitz, so Victor zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Herzog von Ratibor und sein Bruder, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, früher bayrischer Minister, dann Botschafter in Paris (als Nachfolger des Grafen Arnim), so auch der freilich nicht dem Reichstag angehörende jüngere Radowitz, Gesandter im Auswärtigen Amt, der in der Zeit, als er Geschäftsträger in Konstantinopel war (1871), eine Aufforderung, für das Zentrum zu kandidieren, abgelehnt hatte (Radowitz I S. 224). Von Württembergern sei genannt der Staatsminister a. D. Freiherr von Varnbüler, von ehemaligen Reichsunmittelbaren neben den erwähnten Hohenlohe-Schillingsfürst der Fürst Hohenlohe-Langenburg und Graf Otto von Stolberg-Wernigerode, später Botschafter in Wien, dann Vizekanzler. Der Londoner Botschafter Graf Georg Münster war eins der eifrigsten Mitglieder der freikonservativen Partei gewesen; Baron von Keudell, Gesandter in Konstantinopel, dann Botschafter in Rom, hatte ihr angehört, die Minister Falk und Friedenthal hospitierten bei der Deutschen Reichspartei, und Dr. Robert Lucius (Erfurt), der, seines Zeichens Arzt, als solcher 1860/62 einmal eine Gesandtschaftsexpedition des Grafen Friedrich Eulenburg nach Ostasien mitgemacht hatte, wurde, wenn er auf Reisen ging, von Bismarck manchmal mit politischen Aufträgen bedacht und war später Landwirtschaftsminister („Freiherr Lucius von Ballhausen“). Es war also eine Partei von einzelnen Männern, der vielfach der breitere Unterbau fehlte, einzelnen Männern, die zum Teil persönlich, zum Teil durch gesellschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehungen Anteil hatten an der Leitung der Politik, insbesondere der Außenpolitik, und von denen viele auch im Hause Bismarck verkehrten. Wie sehr der Dienst im Auswärtigen Amt Angelegenheit dieser Schicht war, zeigt zum Beispiel die Art, wie Radowitz von Lothar Bucher spricht: „Er ist der verbissene und mißtrauische Radikale geblieben und hat in Moritz Busch darin eine verwandte Natur gefunden, mit der er sich besser verstehen konnte, als mit vornehm denkenden Menschen“ (Radowitz I S. 254/55). Ähnliches

zeigt ein Brief des Grafen Münster an Bennigsen (6. 7. 1876, Deutsche Revue 32, 3 S. 308). Von Camphausen dem preußischen Finanzminister, seiner Parteirichtung nach nationalliberal, schrieb er: „Der Unverstand, die Arroganz und die gänzliche Unwissenheit in allem, was England und die ganze politische Lage betrifft...“ „Bei uns gibt es nur sehr wenige, welche diese Dinge verstehen. Was schreibt Treitschke in dieser Beziehung für Unsinn!!!“

Der Deutschen Reichspartei also gehörten die Männer an, denen die Außenpolitik Beruf war, die also ein reges, aber mehr formales Interesse an ihr nahmen und eben daher am besten befähigt waren, die Interessen des Auswärtigen Amts zu vertreten. So waren es Freikonservative (Thilo und Gen.), die bei der Revision des Strafgesetzbuchs den Antrag stellten, die Verfolgung der gegen auswärtige Staaten begangenen strafbaren Handlungen von der Ermächtigung des deutschen Auswärtigen Amts abhängig zu machen (RV. 20. I. 76). Aber eben daher, daß die Freikonservativen selbst im außenpolitischen Dienst standen oder gesellschaftlich zur Diplomatschicht gehörten, kam es denn auch, daß ihnen die Beratung außenpolitischer Fragen im Parlament überflüssig, unsachlich erschien und sie selbst kein Interesse daran hatten. Auch wußten sie, wie unangenehm dem Auswärtigen Amt die Einmischung des Parlaments war, und nur gelegentlich regte sich — etwa bei Graf Bethusy-Huc — der Liberalismus in ihnen und räumte dem Reichstag etwas mehr Rechte ein. Nur daß Bismarck Gelegenheit gegeben wurde, seiner Ansicht „vor dem Lande und vor Europa... Ausdruck zu geben“ (Bethusy RV. 5. 12. 76), galt ihnen als großer Nutzen außenpolitischer Debatten. Sonst aber ließen es sich die Freikonservativen angelegen sein, die Forderungen der Opposition auf Mitteilung von diplomatischen Aktenstücken und die Erörterung außenpolitischer Fragen im Reichstag zurückzuweisen. „Auf das Gebiet der äußeren Politik begeben sich in diesem Hause sehr ungern, weil ich mir bewußt bin, daß man auf demselben sehr leicht durch einen leichtfertigen Ausdruck großen Schaden, sehr schwer aber von diesen Sitzen aus auch nur den kleinsten Nutzen hervorbringen kann“ (Bethusy-Huc. RV. 5. 12. 76). Und Graf Frankenberg erwiderte gegenüber Aug. Reichensperger: „Ich möchte meinerseits nicht unwidersprochen lassen, daß auf allen Seiten dieses hohen Hauses der Wunsch nach Vorlegung eines Blaubuchs oder Farbenbuchs,

wie er es genannt hat, vorhanden wäre. Ich wünsche vielmehr dem Reichstag, daß ihm die Vorlage eines solchen Opus von 900 — 1000 Seiten, wie sie der Herr Abgeordnete Reichensperger auf England hinweisend gewünscht hat, möglichst erspart bleibe. Ich wünsche dies wenigstens so lange, als die Politik in denjenigen Händen liegt, in denen sie heute zum Glück und zum Heil des deutschen Reiches sehr sicher ruht“ (RV. 10. 4. 78). Trat das eine Mal mehr das formale Interesse an der außenpolitischen Geschäftsführung in den Vordergrund, so das andere Mal die Uebereinstimmung mit Bismarcks Politik, um derentwillen man die Partei auch als „Partei Bismarck sans phrase“ bezeichnet hat.

In einem Punkte wichen die Freikonservativen besonders in ihrer Anfangszeit von Bismarcks Linie ab: in ihrem besonders starken Unitarismus in der Behandlung der deutschen Frage, in der sie bis zu dem Gedanken der Auflösung Preußens oder doch des preußischen Landtags gingen (Bethusy-Huc, Graf Münster, von Kardorff, vgl. Ritter S. 260/61). Es entsprang dieser Zentralismus dem Drang, vor allem die Macht Deutschlands nach außen hin, in Heer und Diplomatie, möglichst einheitlich zu gestalten, ein Moment, das bei ihnen noch stärker war als bei den Nationalliberalen. „Wir haben zuerst ein Vaterland haben wollen, dann das Recht und dann die Freiheit darin“ (Bethusy-Huc RV. 8. 4. 78).

Oft natürlich wurde im Reichstage von der Opposition — Zentrum und Fortschritt — die Sonderstellung und Bevorzugung dieser einen Partei angegriffen. Es erregte Unwillen, daß Bismarck im kleinen parlamentarischen Zirkel, im Kreise ihm vertrauter Reichstagsmitglieder, bei Diners und auf Soiréen, die mehr gesellschaftliche als amtliche Einrichtungen und auf denen vorzugsweise die Bismarck näher stehenden Parteien vertreten waren, politische Eröffnungen machte, die vor das Plenum des Reichstages gehört hätten. Richter erklärte es für richtiger, „wenn die wichtigsten Interessen des deutschen Volkes nicht bloß in kleinen Konventikeln, vor einer beschränkten Zahl von Abgeordneten, sondern einmal da erörtert werden, wo ihre Erörterungen die Würde der Nation und des Reichstages erheischt“ (RV. 5. 12. 76), und eine ironische Bemerkung im gleichen Sinne machte Windthorst einmal gegen Lucius, als dieser sich gegen die Besprechung auswärtiger Politik geäußert hatte: „Ich lasse dem Herrn Lucius seine einflußreiche Stellung vollständig, aber das werde ich mir

als Volksvertreter auch nicht von dem potenten Herrn Lucius sagen lassen, daß ich nicht das Recht habe, über die auswärtige Politik hier meine Ansicht zu äußern“ (RV. 3. 11. 76). Der Prozeß gegen den Pariser Botschafter Graf Arnim gab besonders Anlaß zu Bemerkungen über die Diplomatenklasse. Bei der Beratung des vom Auswärtigen Amt gegen solche Vorkommnisse geforderten „Arnim“-Paragraphen für das Strafgesetzbuch sagte Hänel: „Wir wollen doch auch nicht leugnen, ... daß aus dem Paragraphen, wie er uns vorgeschlagen ist, immerhin ein düsteres und nicht angenehmes Licht auf unseren auswärtigen Dienst fällt. Wenn wir faktiöse Politik treiben wollten, könnten wir uns ja darüber freuen. Wir könnten uns dessen erinnern, daß gerade in diesem Dienst eine ganz kleine Kaste verwendet wird, eine Kaste, wo die Aristokratie der Geburt sich mischt mit dem angeborenen Reichtum; wir könnten ja auf den Punkt hindeuten, daß, wenn der Herr Reichskanzler sich wahren wollte vor künftigen ähnlichen Vorfällen, er dann vor allen Dingen den kleinen Kreis der zum diplomatischen Dienst Berufenen erweitern solle. Indessen wir gehen von dieser faktiösen Politik nicht aus ... , wenn wir uns auch vielleicht vorbehalten, gerade bei Gehaltserhöhungen der Herren Diplomaten seinerzeit darauf zurückzukommen“ (RV. 29. 1. 76). Das ist denn auch geschehen: die Gehaltserhöhungen wurden als ein wenig passendes Gegenstück zu der Verweigerung von Diäten für die Abgeordneten empfunden. Bei der beantragten Gehaltserhöhung für Petersburg erfolgte auch ein Angriff von seiten des Freiherrn von Schorlemer-Alst (Zentrum): Botschafterposten seien eine Vorzugsstellung für die begüterten Klassen, die nur „zu ihrer eigenen guten Einnahme noch die hohe Botschaftereinnahme hinzubekommen“. „Aber das muß ich doch sagen, daß ich den Eindruck nicht habe, daß bei Besetzung unserer Botschafterposten überhaupt die Talente so außerordentlich berücksichtigt sind“ (RV. 26. 4. 77). Die Zusammenfassung aller solcher Angriffe war der Spottname „Botschafterfraktion“.

6. Die Konservativen.

Der Deutschen Reichspartei standen die Konservativen nahe, und manches, was von den Freikonservativen gesagt wurde, gilt auch hier wieder. In der Zeit von 1871 bis 1878 war die konservative Partei an Zahl nur sehr schwach im Reichstag vertreten, und so merkte man in den Verhandlungen nicht viel von ihr. Aber diese Schweigsamkeit hatte noch andere Gründe (denn z. B. die noch kleinere sozialdemokratische Partei tat sich durch viele und lange Reden hervor). Aehnlich wie die Freikonservativen konnten auch die Konservativen ihre Politik auf anderen Wegen treiben als durch das Parlament; waren jene die Partei des Auswärtigen Amts, so die Konservativen die Hof- und Heerespartei. „Wenn von der einen Seite die konservative Partei auf Grund gewisser ideengeschichtlicher Voraussetzungen, durch ihre antiindividualistische Einstellung, durch ihr Verständnis für organische Zusammenhänge den Gesichtspunkten rein staatlicher Machtpolitik von sich aus.“ (Rothfels, Marxism. u. ausw. Pol. S. 312). Beides persönliche Interessiertheit an dem ihr zugute kommenden System von sich aus.“ (Rothfels, Marxism. u. ausw. Pol. S. 312). Beides führte zu einer Uninteressiertheit an großen parlamentarischen, besonders außenpolitischen Debatten. Es kam aber noch ein weiterer, realpolitischer Zug hinzu, der sie nur da reden ließ, wo reale Interessen, wie ostpreussische Pferdezucht, Getreideeinfuhr aus Rußland, Einfuhr englischer Landwirtschaftsmaschinen über die Ostsee in Frage standen.¹⁴ Vertreter jener altkonservativen Weltanschauung, die noch fest in der von der Romantik her bestimmten Tradition wurzelten, sprachen diese auch wohl aus, so Kleist-Retzow bei der Beratung des Sozialistengesetzes in einer langen Rede voll Feuer und Schwung (RV. 17. 9. 78.). Im übrigen aber wurden nur kurze, bei dem sachlichen, oberflächlichen Interesse verharrende Reden gehalten, und dieser Grundsatz der Kürze wurde verschiedentlich ausgesprochen zu-

13. Das Vorwiegen der Interessen zeigte eine Rede von v. Maltzahn-Gültz gegen den Schutzzoll: „Mit aller Theorie von der nationalen Arbeit können Sie die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Teile unseres Vaterlandes auseinandergehen. . . . Uns liegt . . . tatsächlich Schweden und England näher als Augsburg und Saarbrücken, und zwar nicht nur geographisch, sondern dem wirtschaftlichen Interesse nach näher.“ (R. V. 6. 5. 79.)

sammen mit der Abneigung gegen außenpolitische Diskussionen. So begann von Helldorff-Bedra in der großen Orientdebatte am 19. Febr. 1878: „Ich will nur in wenig kurzen Worten die Stellung bezeichnen, die ich mit meinen politischen Freunden zu dieser Debatte einnehme. Ich möchte glauben, daß der Wert derselben, abgesehen von dem großen Interesse, welches eine lange Reihe schöner Reden gewährt, wesentlich in den Mitteilungen liegt, die wir von dem Herrn Reichskanzler erhalten haben und die wir nur mit Dank annehmen können. Dagegen ist unsere Liebe für weitschichtige Erörterungen auswärtiger Angelegenheiten hier im Hause auch heute nicht gewachsen.“

Das Interesse für das Heer war ein Punkt, an dem die Konservativen mit der Außenpolitik verbunden wurden. Wie schon im Deutsch-Französischen Kriege die Kreuzzeitung mehr als an allen anderen Fragen an den Erfolgen des deutschen und besonders natürlich des preußischen Heeres Anteil nahm, so war es auch später den Konservativen selbstverständlich, alles für die militärische Machtstellung Deutschlands zu tun. Da stand dann auch Moltke, der der konservativen Partei angehörte, auf und wies auf die Gefahr der französischen Revanche hin, die es Deutschland zur Pflicht machte, sein Heer stark zu erhalten, um dadurch Europas Frieden zu wahren (RV. 16. 2. 74).

Bei Moltke erschien Frankreich als der Feind schlechthin, und dieselbe Weltanschauung, die durch das Verständnis für organische Zusammenhänge die Konservativen zur Realpolitik führen konnte, machte ihnen andererseits die Gegnerschaft gegen das Land der Revolution und der Aufklärung ebenso zum Lehrsatz wie die Sympathie für die konservativen Mächte Rußland und Oesterreich. Der Gegensatz zwischen Bismarck und Ludwig von Gerlach lebte darin fort, und Arnims, von Bismarcks Absichten abweichende Politik bezüglich Frankreichs war mit darin begründet, daß Arnim aus den Kreisen der Altkonservativen stammte.

7. Das Zentrum.

Was die beiden liberalen Parteien, aus den dargestellten Gründen vom parlamentarischen Programm abweichend, unterließen oder vernachlässigten: die Außenpolitik des Reichs vor das Forum des Reichstags zu ziehen, das tat mit Nachdruck die Zentrumsparlei. Daß das Zentrum auf Besprechung au-

ßenpolitischer Fragen durch die Volksvertretung drang, geschah einmal in rein taktischer Uebertragung des innerpolitischen Gegensatzes auf außenpolitische Opposition — und vor allem bei Windthorst dürfte das eine wichtige Rolle gespielt haben —, lag aber auch ganz besonders darin begründet, daß das Zentrum, sich zusammensetzend aus den Katholiken von Rheinland und Westfalen, Süddeutschland und Oberschlesien, von vornherein ein eignes Verhältnis zum Ausland hatte. Wie man den Partikularismus wohl als „außenpolitisches Rudiment“ ansehen kann (Rothfels, Marxm. u. ausw. Pol., S. 311), so war auch der Kulturkampf in erster Linie nicht eine innerpolitische, sondern — was besonders für Bismarck schwer wog — eine außenpolitische Angelegenheit.

Großdeutschtum und Katholizismus waren die beiden Momente, die die Mitglieder des Zentrums oft stärker mit dem Ausland verbanden als mit dem neuen deutschen Reich. Dabei war sowohl das Großdeutschtum im Katholizismus begründet — den Katholiken mußte die katholische deutsche Großmacht näher stehen als das protestantische Preußen, und die kleindeutsche Lösung unter Ausschaltung Oesterreichs brachte die Katholiken des übrigen Deutschland in die Minderheit — wie umgekehrt auch diese kleindeutsche Lösung die in die Minderheit gedrängten zu einer besonders starken Betonung ihrer katholischen Zusammengehörigkeit und zum Verlangen nach einem Rückhalt an den Katholiken des Auslands bringen mußte. Mit Oesterreich verband vor allem die Süddeutschen noch mehr: die Gemeinsamkeit des Geisteslebens, gemeinsame wirtschaftliche Interessen (Schutzzoll, Donauschiffahrt, Münzwesen). Aber auch die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche bedingte mehr als nur das „*nostra res agitur*“ mit Bezug auf Oesterreich (Hp. Bl. 82 1878, S. 889). „Ein Lebensinteresse der katholischen Bevölkerung Deutschlands“ (Windthorst RV. 30. 3. 71) war den Anhängern des Zentrums die Unabhängigkeit des Papstes, und vom deutschen Reich wünschten sie, daß es gegen das Land, das dem Papst seine territoriale Selbständigkeit genommen hatte, zugunsten des Papstes einschreite. Für Frankreich hoffte und befürwortete man die Wiederherstellung der klerikalen Monarchie, bezüglich Spaniens standen die deutschen Katholiken auf der Seite der Anhänger des „rechtmäßigen“ Herrschers Don Carlos, was sich im Reichstag zum Beispiel

bei der Beratung der Paragraphen über das internationale Strafrecht bemerkbar machte. Und der fast schematische Kulturkampfgegensatz sprach sich auch in England aus in Meetings und Gegenmeetings. Die Katholiken des Rheinlands hatten enge Beziehungen zu Belgien und seiner damals klerikalten Regierung (Pastor, Reichensperger II, S. 34/35, 130/31 u. a. m.; Reichensperger schrieb z. B. auch Artikel in der Brüsseler „Revue générale“).

Ueber solche einzelne Beziehungen und Parteinahmen hinaus, wenn auch zum Teil in ihnen begründet, enthielt aber der Universalismus der katholischen Kirche den Gedanken eines Reiches über alle Reiche, enthielt den Gedanken der Zusammengehörigkeit der europäischen Völkerfamilie. Zu ihr gehörte das griechisch-katholische Rußland nicht mehr. Die europäische Zivilisation war das, was es gegen Rußland zu verteidigen galt, und auf dem vordersten Verteidigungsposten sah man die Polen; Oesterreichs Aufgabe wäre es, die europäische Zivilisation unter den griechisch-katholischen Völkerschaften der Balkanhalbinsel vorwärts zu tragen. Und wie die Einigung Deutschlands im Inneren mit den Annexionen aller konservativen Sittlichkeit Hohn gesprochen habe, so war es der größte Vorwurf, den man der Außenpolitik des neuen Reiches machte, daß sie das europäische Vertragsrecht, die Gemeinsamkeit Europas zerstöre und die Zivilisationsaufgaben vergäße. Diesem Reich, von dem man eine Fortsetzung brutaler Machtpolitik durch immer weitere Annexionen, besonders österreichischer Gebiete, befürchten zu müssen glaubte, warf man vor, daß es das „Gottesreich der Wahrheit, nach dem Ausdrücke Friedrich Schlegels, völlig aus der Welt hinauszukomplimentieren“ bestrebt sei (Hp. Bl. 71, 1873 LIX S. 906). „Ich bin, sagte Windthorst, der Zentrums-partei ... deshalb beigetreten, weil ich in ihr mehr als in den anderen Fraktionen ... das Prinzip vertreten sah, daß das Recht und die Moral auch in öffentlichen Dingen gelten.“ (RV. 22. 4. 71). Und gegenüber dem eigensüchtigen Prinzip, in den Angelegenheiten fremder Länder nicht zu intervenieren, dem Prinzip der „Lokalisierung“ betonte August Reichensperger „die Christenpflicht, löschen zu helfen, wenn das Haus des Nachbarn brennt“ (RV. 30. 3. 71).

Wie bei den Nationalliberalen das Verlangen nach dem inneren Ausbau des Gewonnenen, das Gefühl der Selbstsicherheit und Selbstgenügsamkeit des neuen Reichs, die Fremdheit in

auswärtigen Dingen und die durch die europäische Lage für das neue Reich gebotene Vorsicht sich verdichteten in dem Grundsatz der Friedlichkeit und der Nichteinmischung und in der Betonung des Nationalitätsprinzips, so traf sich bei den Katholiken die Unzufriedenheit über die politische Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts, wo überall, in der Entwicklung der deutschen wie der italienischen Einigung, in den Niederlagen Oesterreichs wie in den spanischen Thronwirren der Retter der katholischen Sache ausgeblieben war, mit der Theorie von der Gemeinsamkeit der europäischen Interessen, die als Weltanschauung im Katholizismus und in der Romantik begründet, als politisch nützlicher Satz bereits von Metternich verwertet worden war. Mit dem Worte des österreichischen Reichskanzlers Graf Beust: „Je ne vois plus l'Europe“ war auch die Empfindung der partikularistischen Katholiken Deutschlands ausgedrückt. Aber wie dieses Wort Beust's gesprochen wurde in einem Augenblick, wo es ihm während des Deutsch-Französischen Krieges nicht gelang, eine Koalition gegen Preußen-Deutschland in den Dienst der österreichischen Revanche zu stellen, so war auch bei Jörg, dem bayrischen „Patrioten“, das europäische Interesse in Wahrheit das als eignes empfundene österreichische Interesse. Mit einer gewissen Naivität kam das zum Vorschein, wenn er während der Orientkrise (12. 6. 1878) schrieb: „Oesterreich allein hat eigentlich gar kein Sonderinteresse an der Türkei, sondern nur das allgemein europäische: ihren ungeschwächten und gedeihlichen Bestand“ (Hp. Bl. 81, 1878 S. 961).

Die Idee der gemeinsamen europäischen Zivilisation hatte noch einen anderen Inhalt. „Ich bin . . der Meinung, sagte Jörg, daß gerade die soziale Frage diese Idee der Erwägung aller Mächte sehr empfehlen würde, und für die Herstellung einer neuen Solidarität der europäischen Staaten und Reiche, einer neuen Gemeinsamkeit, die dauerhafter und inhaltsvoller wäre als das untergegangene europäische Gleichgewicht — dafür würde ich für meine Person manches Opfer von der Politik der bloßen Grenzsteinverrückung für zulässig halten“ (RV. 26. 4. 77). Die Betonung der Notwendigkeit sozialer Arbeit, zu der das Zentrum schon durch seine Zusammensetzung aus allen Volksschichten früher kam als die anderen Parteien, als besonders der bürgerliche und individualistische Liberalismus, und der Gedanke an den europäischen Frieden verbanden sich in dem Kampf des Zen-

trums gegen den preußischen Militarismus mit seinem hohen Aufwande für Heeresbedürfnisse. Mehr als bei der Fortschrittspartei war im Zentrum der Kampf gegen den Militäretat außenpolitisch begründet, mit der Erwägung, daß starke Rüstungen des einen Staats einen Rüstungswettlauf aller Staaten hervorrufen müßten, durch den Europa in eine Anzahl sich mißtrauisch beobachtender Feldlager verwandelt würde.

Es mußte hier schon sehr auf den Inhalt der Stellung des Zentrums zur Außenpolitik eingegangen werden. Denn wenn man das Zentrum und die Freikonservativen als die beiden außenpolitisch interessierten Parteien ansehen kann, so unterschieden sie sich darin, daß die Freikonservativen mehr formal, beruflich mit der Außenpolitik zusammenhingen, während es beim Zentrum von vornherein starke auswärtige Interessen waren, die eine bestimmte Parteinahme bedingten und zur Geltung gebracht sein wollten gegenüber einer anders geleiteten Politik. Und während die Freikonservativen an der Leitung dieser Politik selbst beteiligt waren, als Beamte des Auswärtigen Amts oder solchen nahestehend, war das Zentrum darauf angewiesen, seine außenpolitischen Interessen auf parlamentarischem Wege und in der Opposition zum Ausdruck zu bringen. So kam es, daß das Zentrum parlamentarischer war als selbst die liberalen Parteien. Immer wieder betonte Windthorst, daß es ein Recht und eine Pflicht der Volksvertretung sei, an der auswärtigen Politik teilzunehmen. „Mag der Verstand des Herrn Reichskanzlers in auswärtigen Dingen noch so groß sein, ich werde nicht glauben, daß es richtig ist, daß der deutsche Reichstag aus Respekt vor diesem Verstand den eigenen kassiert“ (RV. 26. 4. 77). „Sollen wir die Aufgabe des deutschen Reiches und der deutschen Volksvertretung bloß darin erblicken, gewisse Zahlen zu studieren und gewisse Zahlengruppierungen zu machen und einige Paragraphen für dieses oder jenes Gesetz?.... Ich bin der Meinung, daß selbst auf der geringsten Stufe der Kultur — und auf dieser müssen wir uns nach seiner (Laskers) Ansicht ja noch befinden — jede Nation, welche mit ihrem Blute und ihrem Vermögen einzustehen hat für das Vaterland, das Recht hat, zu wissen, wie die öffentlichen, namentlich die auswärtigen Dinge geführt werden, und daß auf allen Stufen geschichtlicher Entwicklung keine Nation, die das Bewußtsein ihrer Würde hat, sich das Recht, auch in den Fragen der auswärtigen Politik mitzusprechen, sich hat

nehmen lassen“. (RV. 6. 11. 76). Immer wieder forderte August Reichensperger die Vorlage von „Blaubüchern“. „Ich glaube, daß nicht leicht von irgend jemand bestritten werden kann, daß auf keinem Gebiet der Reichsverwaltung dieser hohe Reichstag stiefmütterlich behandelt wird als gerade auf diesem Gebiete (der auswärtigen Politik)“ (RV. 25. 1. 76). „Ich meine, es habe für uns Reichstagsmitglieder fast etwas anstößiges, daß wir aus fremden Farbenbüchern, aus Zeitungen, aus Berichten der Interviewers, aus Dialogen und Gott weiß was sonst uns zusammensuchen müssen, was auf die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands in der jüngsten Vergangenheit Bezug hat“ (RV. 15. 12. 76). „Wir vernehmen ... alles, was sich auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten begibt, aus parteiischem Mund, von Federn, welche weit entfernt sind, die Geschäfte des Deutschen Reiches machen oder fördern zu wollen; das muß natürlich unser Urteil in hohem Grade befangen machen“ (RV. 10. 4. 78). „Es scheint mir also im Interesse der Bundesregierungen selbst zu liegen, uns derartige Aufschlüsse in der von ihrem Vertreter beliebten Anordnung mitzuteilen“ (RV. 15. 12. 76).

In ähnlicher Weise wie die Fortschrittspartei griff das Zentrum die Alleinherrschaft Bismarcks an. Und immer war es das Zentrum, das beim Etat des Auswärtigen Amts einhakte, um seine Mißbilligung der Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen. Etatsposten wurden abgelehnt, teils aus wirklicher Sparsamkeit, teils aus Opposition gegen die stiefmütterliche Behandlung des Reichstages, häufiger aber, weil der betreffende Posten einen dem Zentrum mißliebigen Zweck erfüllen sollte. So wurde die Ernennung des Gesandten bei der italienischen Regierung zum Botschafter und die damit verbundene Gehaltserhöhung bekämpft aus Gegensatz gegen Italien; dem Petersburger Botschafter wollte das Zentrum die Gehaltserhöhung nicht bewilligen aus Abneigung gegen Rußland; in London war es die Person des Botschafters selbst, um derentwillen man die Erhöhung ablehnte. Es war das Graf Münster, der mit Twisten zusammen durch den Antrag auf verantwortliche Minister im Norddeutschen Bund sich als scharfer Unitarier gezeigt hatte, der großen Anteil hatte an der Durchbringung des Schulaufsichtsgesetzes im preußischen Herrenhause, und der als Botschafter in London im Mai 1875 auf einem Bankett vom protestantischen Kaisertum und von römischen Dunkelmännern gesprochen hatte.

Die ganze Haltung des Zentrums wurde von den herrschenden Parteien mit dem Schlagwort der „Reichsfeindlichkeit“ bezeichnet, und insbesondere wurde die Bekämpfung der Außenpolitik als ein Verfahren angesehen, das nahe an Landesverrat grenze. Wie sehr es im konstitutionellen System begründet war, daß jede eigne Anschauung innerhalb des Parlaments sich nur negativ, als Angriff und Kritik auswirken konnte, so entsprang dieses Schlagwort damals insbesondere dem allgemeinen, in der Neuheit der Verhältnisse begründeten Mißtrauen aller Teile gegeneinander, ebenso wie auf der Seite der Ultramontanen und im Ausland die Furcht vor einer immer weiter um sich greifenden Annexionswut Preußen-Deutschlands. Weil das Zentrum im Punkt des Mißtrauens auf seiten des Auslandes stand, weil ein starkes Zentrum eine Stütze für klerikale Regierungen im Ausland und das hieß Deutschland feindliche Regierungen werden konnte, weil das Zentrum einen über staatliche Grenzen hinübergreifenden Universalismus in sich trug und einen auswärtigen Heiligen Vater anerkannte, darum wurde es von Bismarck bekämpft, das ist der Kern des Wortes von der Reichsfeindlichkeit. Aber auf dem fanatisch preußenfeindlichen Standpunkt des Dr. Sigl und seiner Münchener Zeitung „Vaterland“ und des Münchener „Volksboten“ standen doch nur wenige.¹⁴ Auch Jörg, der Herausgeber der gleichfalls in München erscheinenden „Historisch-politischen Blätter“, der Führer der bayrischen Patriotenpartei und außenpolitische Spezialist des Zentrums, der sich in dem neuen Reich gar nicht heimisch fühlte und anfangs immer noch wie ein Außenstehender von den „Vorgängen im Reich“ schrieb, rechnete auf Oesterreich nicht mehr und schien sich gelegentlich sogar mit dem Gedanken einer Angliederung Deutsch-Oesterreichs an das deutsche Reich, also einer Zerschlagung des Habsburger-Staats zu befreunden. Jörg hatte immerhin gegen den Eintritt Bayerns in das neue Reich gestimmt. Die rheinischen und westfälischen, auch viele bayrischen Zentrumsmitglieder hatten dagegen mehr Zutrauen zu der Reichsgründung gehabt.

14. Das „Vaterland“ schrieb im Aug. 1872: „Gerettet kann Bayern als selbständiger Staat überhaupt nur mehr durch fremde Hilfe werden. Dazu aber ist bis jetzt nicht die mindeste Aussicht, denn Oesterreich ist im Garne Bismarcks und Frankreich ist heute noch nicht kampffähig“. Der Münchener „Volksbote“: „Ohne Konflikt, ja vielleicht ohne Krieg mit dem Reich ist ein Erfolg absolut unmöglich“. (Schultheß 1872 S. 174.)

Daß man sich auf den Boden der Tatsachen stellen müsse, betonte vor allem der Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, und geradezu freudig begrüßt wurde die Reichsgründung von Peter Reichensperger. Auch die Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland befürwortete das Zentrum ebenso wie die Liberalen. Als das neue deutsche Reich die Hoffnungen der zuversichtlichen Katholiken enttäuschte, da konnte man den Schmerz über diese Entwicklung in allen Worten durchklingen hören, mit denen sie den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit zurückwiesen. So, wenn Ketteler dem liberalen Abgeordneten Fischer (Augsburg), der Zitate aus dem erwähnten Münchener „Volksboten“ vom Jahre 1868 zum Beweis der Reichsfeindlichkeit beigebracht hatte, antwortete: „Wir haben eine aufgeregte Zeit hinter uns; . . . daß da manches Aufgeregte gesprochen wurde, versteht sich von selbst. Da sollte man nicht mit einer gewissen Freude und Lust darin herumwühlen und die Leidenschaften aufwühlen. Es gibt keine Partei, die gegen das Reich ist“. (RV. 23. 11. 71). Ja, die Rheinländer und Westfalen betonten dann ausdrücklich gegenüber allen Behauptungen von Romanismus und Internationalität, daß gerade ihr Land ältestes deutsches Kulturland sei. „In bester Absicht gewiß hat sich der Herr Abgeordnete Lasker seinen Reichsgedanken konstruiert, aber . . wir brauchen keinen konstruierten Schematismus, der uns von außen gleichsam eingepaukt wird, uns, den Vertretern der ältesten deutschen Stämme zwischen Rhein und Weser!“ (Schröder-Lippstadt RV. 23. 5. 79). Gerade als Deutsche fühlten sie sich oft als die besten Kinder der katholischen Kirche, deutsch sein und christlich sein war ihnen im Sinne der Romantik eins, und Franzosentum, Aufklärung und Liberalismus der entsprechende Gegensatz. In diesem Sinne auch vertrat Aug. Reichensperger die mittelalterliche Kunst, die Gotik, als die deutsche Kunst, gegenüber der Kunst der italienischen Renaissance, wie Ludwig Tieck in „Franz Sternbalds Wanderungen“.

Vor allem aber wurde die Stellung der Zentrumspartei anders, als sie selbst anfang, Regierungsvorlagen zu befürworten, wie den Schutzzolltarif. Und das war Laskers einziger Trost bei dieser Vorlage: „Es ist für mich wirklich eine patriotische Freude und ein Trost, daß insbesondere die Partei, welche in dem Fürsten Reichskanzler das größte Hindernis gesehen und ihm aufs äußerste entgegengestanden, persönlich und sachlich ihm näher ge-

rückt ist ..., indem dies ein Sieg ist des Reichsgedankens über schrofte Parteistellung hinweg“. (RV. 8. 5. 79).

8. Die Sozialdemokratie.

Eine Partei, die sich mit der Verwerfung der ganzen damaligen Gesellschaftsverhältnisse selbst eigentlich außerhalb der Fragestellung: Reichstag und Außenpolitik setzte, waren die Sozialdemokraten, und so wird hier weniger von ihrer Haltung dieser Frage gegenüber die Rede sein als von ihrer Stellung zu auswärtiger Politik überhaupt.¹⁵

Die Sozialdemokratie trug viele Momente in sich, die sie der Außenpolitik entfremden konnten und auch entfremdet haben. Abgesehen von den Momenten, die einer mehr zufälligen politischen Konstellation entsprangen, stand doch die Sozialdemokratie in einer grundsätzlich gegnerischen Stellung gegen alle Regierungen, durch eine weite Kluft getrennt von allen politischen Geschäften, wie sie vom Bürgertum betrieben wurden. Und weiterhin überwog im Sozialismus die Betonung der wirtschaftlichen Kämpfe und Triebkräfte — Motteler sprach einmal im Reichstag von „sogenanntem politischem Bedürfnis“ (RV. 20. 4. 74) — und im Zusammenhang damit war ihnen die horizontale Gliederung der menschlichen Gesellschaft in wirtschaftliche Klassen wichtiger als die vertikale in Nationen.

Aber andererseits führte diese Geringschätzung der nationalen Schranken zu einem über sie hinweggreifenden Verständnis der Begebenheiten. Eben diese internationale Einstellung lehrte Marx und Engels in ihrem Londoner Exil die großen Kräfte sehen, gab ihnen einen weltläufigen Blick. Die große Nüchternheit ferner, die sie sich den Ideen gegenüber bewahrten, ließ sie überall durchschauen zu den hinter den Bewegungen liegenden Interessen. Marx' Wort: „Die Idee blamierte sich immer, soweit sie von dem Interesse unterschieden war“ (zitiert nach Rothfels in: Deutscher Staat und deutsche Parteien S. 318) sprach das aus und enthielt zugleich einen Berührungspunkt zwischen dem Marxismus und den Parteien der Rechten und Bismarck. Um auch inhaltlich die Stellung der beiden zu anderen

15. Der Abschnitt über die Sozialdemokratie lehnt sich eng an die Darstellungen von Rothfels, Mehring und Herkner und baut nur das, was die Reichstagsverhandlungen boten, in das dort gegebene ein.

Völkern eindeutiger zu bestimmen, kam noch ein weiteres hinzu: der Gegensatz, in dem Marx und Engels innerhalb der Internationale zu Proudhon im Westen, zu Bakunin im Osten standen. Wenn schon das bonapartistische Frankreich als Feind der Arbeiterklasse angesehen wurde, so begrüßten Marx und Engels den deutschen Sieg über Frankreich auch als einen Sieg der deutschen Sozialdemokratie über die französische, und auf der anderen Seite wurde den Sozialdemokraten Rußland, das Land des zaristischen Despotismus und der Unkultur nicht näher gebracht dadurch, daß Bakunin Panslavist war. Den deutsch-französischen Krieg und sein Ergebnis sah Marx als einen Sieg dieses Rußland an. Vollständiger Pazifismus hätte eine Verewigung dieses Sieges bedeutet. So wurde der marxistische Pazifismus modifiziert dadurch, daß es zu kämpfen galt für den Fortschritt gegen Barbarei und Stillstand, deren Hauptvertreter Rußland war.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie erhielt im stärksten Maße ihre Richtung durch Marx und Engels; vielfach aber und in immer zunehmendem Maße entfernte sie sich von ihnen. Die engeren Verhältnisse, in denen sie stand, die Notwendigkeit, unmittelbare Interessen zu verfechten, die Nachbarschaft der bürgerlichen Demokratie und die Sozialistenverfolgungen veränderten vieles.

Wenn Bebel und Liebknecht im Reichstag die Annexion von Elsaß-Lothringen angriffen, so taten sie es vor allem in klarer Einschätzung ihrer außenpolitischen Bedeutung, daß sie Deutschland durch die ständige Gefahr, daß die französische Revanche einen Bundesgenossen finden könne, dem cauchemar des coalitions aussetzte. Darum sahen sie die Niederlage Frankreichs weniger als deutschen Sieg, denn als einen Sieg des verhaßten Rußland an, das nun in der Lage sei, von Deutschland alle Dienste zu verlangen. Diese Betrachtungsweise hatten sie unmittelbar von Marx gelernt. Daneben aber bekämpften Bebel und Liebknecht die Annexion mit der demokratischen Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ideologisch erschien Marx und Engels Liebknechts fanatisches Großdeutschum, als ideologisch mißbilligten sie die Form, in der sich der Pazifismus im Gothaer Programm (1875) aussprach,¹⁶ und auch, daß die Sozialdemokraten im russisch-türkischen Krieg blindlings die Partei der Türkei ergriffen, die Gegnerschaft gegen Rußland zur Doktrin erhebend, war nicht in ihrem Sinn. Als unpraktisch sahen sie auch die Forderung

einer Volkswehr an, die die Sozialdemokraten im Reichstag immer wieder erhoben.

Diese Forderung begründete Motteler einmal mit dem bevorstehenden Kampf gegen den Feind aller Kultur, gegen Rußland. „Um die Angriffe der Unkultur aufzuhalten, müssen Sie die Zivilisation bewaffnen und ... deshalb Institutionen schaffen, durch welche diejenigen, welche die Waffen tragen, auch wissen, wozu sie dieselben tragen, daß endlich dem System der europäischen Konspiration, das von den herrschenden Politikern in deren Staaten ständig gepflegt wird, ein Ende gesetzt werde. Meine Herren, die Diplomatie muß auf einem anderen Wege eine entsprechende Ablösung finden!“ (RV. 20. 4. 74). Hatten die Sozialdemokraten schon Bismarcks frühere Kriege als Kriege angesehen, die die Völker gar nichts angingen, so kamen sie mehr und mehr dazu, die ganze auswärtige Politik der Herrschenden als Diplomatenintriguen zu betrachten, wirklichkeitsfremd und dem eigentlichen Marxismus zuwider vergessend, daß große Bewegungen nicht durch bloße Intriguen hervorgerufen werden. Bei der Bekämpfung der unnütz hohen Ausgaben für Kriegsrüstungen rief Liebknecht einmal aus: „Wenn ihr ein Duell wollt, gut! Aber dann nicht ein Duell der Völker, sondern ein Duell, das ihr kriegslustigen Herren untereinander selbst abmachen müßt! Das Volk hat mit eurem Krakeel nichts zu tun“ (RV. 22. 11. 75). Entscheidend für diese Entwicklung der Sozialdemokratie war dann ihre vollständige Zurückstoßung von seiten des Staates durch das Sozialistengesetz (1878), und sie fand ihren stärksten Ausdruck in Liebknechts Wort: „Die beste Außenpolitik ist gar keine.“

16. „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung der Menschen zur Wahrheit zu machen.“ (Salomon II S. 55).

Zweiter Teil.

Die Außenpolitik der siebziger Jahre und die Parteien.

Nachdem bisher die Stellung der Parteien zur Frage parlamentarischer Außenpolitik überhaupt besprochen wurde, soll der zweite Teil zeigen, wie sich die Haltung der Parteien zu den außenpolitischen Problemen der siebziger Jahre inhaltlich gestaltete. Dabei wird der zweite Teil in weitem Maße Belege für den ersten liefern, wie andererseits der erste Teil die Gesichtspunkte für die Bedeutung dessen enthält, was im zweiten dargestellt werden soll. Um eine Kontinuität der Darstellung auch da zu erreichen, wo der doch nur periodisch zusammentretende Reichstag sich lediglich fragmentarisch zu den außenpolitischen Ereignissen aussprach, wurden die Revuen der beiden wichtigsten Parteien, die „Preußischen Jahrbücher“ und die „Historisch-politischen Blätter“ herangezogen. Da nur das Bild, das man sich damals von der Außenpolitik macht, die Gestaltung der Parteien beeinflusst, wurde auf eine Darstellung der wirklichen außenpolitischen Vorgänge verzichtet auch dann, wenn jenes Bild falsch ist.

1. Das Verhältnis zu Italien.

Sofort eine der ersten Sitzungen des deutschen Reichstags ließ den Kulturkampf, den Gegensatz der beiden größten Parteien — Nationalliberale und Zentrum — an einer Frage der auswärtigen Politik zum Ausbruch kommen. Neben dem Großdeutschtum war die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche, zum Papst, das wichtigste Moment, das die Haltung der deutschen Katholiken oder besser des Zentrums bestimmte und es in einen Gegensatz gegen den führenden Staat des neuen Deutschland brachte. Preußen hatte 1859 gezögert, der Vormacht des katholischen Abendlandes im Kampfe gegen Frankreich und Italien heizuspringen und hatte so die italienische Einigung erleichtert. Diese bedrohte sowohl Oesterreich wie den Papst, und in beiden fühlten sich die Katho-

liken Deutschlands selbst angegriffen. 1866 stand dasselbe Preußen wiederum im Bunde mit dem revolutionären Italien gegen Oesterreich, und 1870 waren es die Niederlagen Frankreichs, die es den Italienern ermöglichten, das bis dahin von französischen Truppen geschützte Rom zu besetzen. Aber in diesem Kampf gegen Frankreich standen der protestantische Nordosten und der katholische Südwesten Deutschlands zusammen, und so mochte man hier hoffen, daß das neue Reich die Einigkeit auch einmal im Sinne der Empfindungen Süd- und Westdeutschlands wirken lassen, daß der Norden brüderlich den Katholiken helfen würde in dem, was ihre Interessen berührte. Hatte doch selbst der gegen Preußen so skeptische Jörg mit dieser Möglichkeit gerechnet (Kißling I. S. 258/59, vgl. S. 66). Und wenn schon von liberaler Seite der Krieg gegen Frankreich gelegentlich als ein Kampf des germanischen Protestantismus gegen romanischen Katholizismus angesehen wurde, so hatte man umso mehr das Bedürfnis, sich zu versichern, ob denn auch Bismarck in dieser Weise große Teile des deutschen Volkes würde vor den Kopf stoßen wollen. Im November 1870 verhandelte der Erzbischof von Posen-Gnesen, Ledochowski, in Versailles mit Bismarck über ein Eintreten Deutschlands für den Territorialbesitz des Papstes. Bismarck machte den Gegenvorschlag, die französischen Bischöfe möchten sich für Beschleunigung von deutsch-französischen Friedensverhandlungen einsetzen. Das hatte keinen Erfolg und konnte wohl auch keinen haben. Am 18. Februar 1871 richteten die Landtagsabgeordneten der neugegründeten Zentrumspartei eine Adresse an Kaiser Wilhelm nach Versailles, in der sie ebenfalls baten, die deutschen Regierungen möchten sich für die Wiederaufrichtung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles einsetzen. Erst die Thronrede bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages am 21. März 1871 gab die Antwort darauf. „Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein“ (R. V. 21. 3. 71). Waren diese Worte ganz allgemein darauf berechnet, dem Mißtrauen des Auslands gegenüber dem kriegesischen Emporkömmling entgegenzuarbeiten, so galten sie auch den italienischen Verhältnissen und bedeuteten die Ab-

lehnung des vom Zentrum ausgesprochenen Wunsches. Das Verhältnis zu Frankreich mußte es untunlich erscheinen lassen, durch ein Eingreifen zugunsten des Papstes in Italien ein zweites Land zum Feinde Deutschlands zu machen und so die günstige Situation zu verscherzen, die für Deutschland gegeben war dadurch, daß die römische Frage trennend zwischen Frankreich und Italien stand. Die Unterstützung Italiens gegen die Gebietsansprüche des Papstes konnte dagegen Italien in Deutschland einen wertvollen Bundesgenossen sehen lassen. Und diese Möglichkeit aufzugeben war auch untunlich mit Rücksicht auf die deutschen Parteiverhältnisse. Ein Eintreten für den Papst wäre geschehen im Interesse einer Partei, von der zu erkennen war, daß sie die Gründung des neuen Reiches nicht mit ungetrübter Freude begrüßte, einer Partei, in der die Partikularisten, die Unzufriedenen, Welfen und Süddeutsche sich fanden, die mit den Polen in mannigfacher Hinsicht verbunden war, deren Universalismus Bismarck bekämpfte, wenn er es als unerhört bezeichnete, daß Deutsche einem „auswärtigen Souverän“ gehorchten. Dieser Partei einen Dienst zu leisten war unpraktisch umso mehr, als gerade dadurch die große Partei, die ganz hinter Bismarcks Werk stand, sich hätte verletzt fühlen müssen.

Denn die Liberalen sahen gerade in Italien den natürlichsten Bundesgenossen Deutschlands. Beide Nationen hatten gleichzeitig um ihre Einigung zu kämpfen, beide mußten sich gegen dieselben Gegner durchsetzen: Oesterreich, Frankreich und den Papst, und derselbe Krieg gegen Frankreich brachte beide ans Ziel. Und je stärker in Frankreich die Tendenz zur klerikalen Monarchie wurde, umso mehr schien Italien auf Deutschland angewiesen zu sein. „Wie sehr die übrigen Mächte zu wünschen haben, daß die neue Ordnung der europäischen Dinge nicht gestört werde — für Deutschland und Italien, welche den vorzüglichsten Teil dieser neuen Ordnung ausmachen, ist deren Erhaltung eine Lebensfrage“ (Pr. Jahrb. 32, 1873 S. 488). Zahlreiche Adressenwechsel zwischen deutschen und italienischen Vereinigungen und Gruppen gaben diesem Gedanken der Zusammengehörigkeit Ausdruck. Man überschätzte dabei die Rolle, die Italien in Deutschlands Politik spielte, man überschätzte Italiens Bedeutung und Zuverlässigkeit überhaupt. Man vergaß ferner, daß Italien seinerseits nicht ganz dieselben freundschaftlichen Gefühle hegte — hatte doch Preußen 1866 ihm Trient verwehrt —; man bemühte sich auch zu vergessen,

daß doch Garibaldi auf französischer Seite gegen Deutschland gekämpft hatte. Freilich, daß Italien im Kulturkampf sich nicht ganz auf Deutschlands Seite stellte, sondern den Konflikt zwischen Deutschland und dem Papst benutzte, um sich selbst mit dem Papst zu verständigen, das war Wasser in den Wein der Italienbegeisterung. Aber wenn Italien eben hierin seine eigentliche Aufgabe selbst nicht erkannte, Deutschland hatte den Beruf, den Kampf zwischen germanischem und römischem Geist im Namen der Menschheit auszufechten. Dieser römische Geist war es gewesen, der im Syllabus von 1864 den modernen Liberalismus verdammt, der kürzlich durch das Unfehlbarkeitsdogma ein Hindernis für jede etwaige Entwicklung zu einer Nationalkirche geschaffen hatte und den Anspruch zu erheben schien, die Glieder der römischen Kirche dem Gehorsam vor den Staatsgesetzen zu entziehen. So traten also die Liberalen auf die Seite Italiens gegen den Papst, und auch die außenpolitischen Erwägungen bestimmten sie dazu. In dem Entwurf zu einer Antwortadresse an den König griffen sie den erwähnten Satz der Thronrede auf, ihn noch mehr auf die italienischen Verhältnisse zuspitzend. „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren“ (R. V. 1. Leg.-Per. 1. Sess. Anlagen S. 61). Diesem Satze konnte die Zentrumsparthei nicht beitreten, und so brachte sie gegenüber jener von allen anderen Parteien unterzeichneten Adresse einen eigenen Entwurf ein, der sich vor allem durch das Fehlen dieser Stelle unterschied.

Die Adreßentwürfe kamen am 30. März 1871 zur Beratung im Reichstag. Bennigsen ergriff zuerst zur Begründung das Wort: „Meine Herren, dieser Grundsatz der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten fremder Völker ist sehr geeignet, Besorgnisse fremder Nationen zu zerstreuen, auf der anderen Seite aber auch sehr geeignet, trügerische Hoffnungen, Verlockungen und Bestrebungen, welche die deutsche Politik auf Irrwege leiten könnten, von vornherein abzuschneiden.“ Bennigsen erinnerte an die Schäden, die in früheren Zeiten schon ein Uebergreifen deutscher Politik nach Italien dem deutschen Reiche gebracht hätte und fuhr fort: „Unsere Aufgabe wird es sein, von vornherein bei unserem eigenen Volke darüber keinen Zweifel zu lassen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl, eine überwältigende

Mehrheit seiner Vertreter in voller Uebereinstimmung mit der kaiserlichen Regierung weit entfernt ist, in diese alten falschen Bahnen deutsch-italienischer und kirchlicher Politik wieder einzulenken.“ Seine Rede schloß mit einem Vertrauensvotum für Bismarck (Reden I, S. 270 — 75).

Gegen den Grundsatz der Nichtintervention wandte sich Aug. Reichensperger. Unter Vermeidung des genaueren Eingehens auf die im vorliegenden Einzelfall maßgebenden beiderseitigen Interessen suchte er unter Heranziehung eines Handbuchs der Politik die Unhaltbarkeit eines allgemeinen Prinzips der Nichtintervention zu beweisen und stellte dem gegenüber den Grundsatz der Intervention, „die Christenpflicht löschen zu helfen, wenn das Haus des Nachbarn brennt“ (R. V. 30. 3. 71 vgl. S. 56). Von diesen grundsätzlichen Erörterungen abgehend sprang Miquel über zu dem tatsächlich vorliegenden Fall. „Es haben doch eine große Anzahl sehr angesehener Vertreter einer großen Partei die Intervention zugunsten des Papstes gefordert: Es ist eine Tatsache, daß bei den Wahlen gerade dies als Zweck der Wahlen bezeichnet worden ist, die Interventionspolitik in Italien wieder aufleben zu lassen. Meine Herren, unter diesen Umständen haben wir für uns und unsere Nachbarvölker zeigen wollen, daß dies nur eine Partei ist, daß die große Mehrheit in Deutschland von einer solchen Politik ganz und gar nichts wissen will,“ von einer solchen Politik, die, wie Miquel meinte, den Krieg zur Konsequenz hätte (Reden II, S. 68). Von der Seite des Zentrums griff Windthorst ein, faßte die Liberalen gerade bei dem Einzelfall, zog einen Vergleich mit dem Eingreifen Deutschlands zugunsten Rußlands auf der Pontuskonferenz und forderte „für die Herstellung der Selbständigkeit des päpstlichen Stuhles keine andere und keine kräftigere, aber eine ebensolche und ebenso kräftige Intervention wie in der Pontusfrage.“ „Es ist ein Lebensinteresse der katholischen Bevölkerung Deutschlands, daß das Oberhaupt ihrer Kirche unabhängig und frei in seinen Entschlüssen sei. . . . Für uns sind die vitalen Religionsinteressen wichtiger als irgend einem anderen seine Handelsgeschäfte oder seine Schiffe oder seine sonstigen Vorteile. . . . Wenn Sie aber erklären „in keiner Form und nach keiner Rücksicht“, dann ist es unzweifelhaft, daß auch nicht einmal ein Wort gesagt werden soll, und das können wir unter keinen Umständen zugeben“ (R. V. 30. 3. 71). Daß es die Pflicht des Kaisers sei, für die Interessen aller seiner Reichsangehörigen, auch

einzelner, fest und entschieden einzutreten, wo sie verletzt seien, betonte auch der Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler. Mit Rücksicht auf den Teil des Zentrums, als dessen reichsfreundlichen Vertreter man Ketteler ansah, und um sich die Möglichkeit einer Verständigung mit dem Papst über das Zentrum hinweg offen zu halten, hielt sich Bismarck zurück und griff nicht in die Debatte ein. Der Adreßentwurf des Zentrums fiel durch und der Bennisens wurde angenommen.

Derselbe Gegensatz in der Parteinahme hier für Italien, dort für den Papst kam noch mehrmals im Reichstage zum Ausdruck, wobei wiederum Bismarck zunächst Zurückhaltung bewahrte. Schon bei der Beratung des Haushaltsetats für 1872 griff der Abgeordnete Löwe (Bochum) den Posten des Gesandten beim Vatikan an, der durch Ernennung des bisherigen Gesandten Grafen Harry Arnim zum Botschafter in Paris (1. Sept. 71) frei geworden war, und wünschte die Position zu streichen; der Papst habe keinen weltlichen Besitz mehr und so genüge der Gesandte bei dem Hofe des weltlichen Herrschers, beim König von Italien in Florenz. Die Streichung unterblieb jedoch, weil Bismarck sich für Beibehaltung der Position aussprach. Im April des nächsten Jahres erfolgte die Ernennung des Kardinals Fürsten Hohenlohe¹ zum Gesandten beim Vatikan, aber der Papst lehnte die Person des Kardinals ab. Im Reichstag kam es zu einer erregten Aussprache über diesen Fall. Am 3. Mai 1872 erklärte Eugen Richter sein Befremden, „daß wir in Rom zwei Gesandten halten sollen“, und hielt es nicht für richtig, in Rom „einen Kardinal zu unterhalten, gewissermaßen als kaiserlichen Blitzarbeiter für die Donnerkeile des Vatikans“ (R. V. 3. 5. 73). Am 14. Mai — die Ablehnung des Kardinals durch die Kurie war inzwischen offiziell bekannt geworden — sprach dann Bennisen als Etatsberichterstatter über den Gesandtschaftsposten, nach vorheriger Fühlungnahme mit Bismarck. Auch er erklärte, daß ihm die Absetzung lieber wäre, jetzt mehr als je, nachdem durch die Ablehnung des vom Kaiser Ernannten der Papst die Würde des Reiches verletzte, und er fürchtete, daß durch die Beibehaltung eines vatikanischen Gesandten wieder der verfehlt Weg der Konkordatspolitik beschriftet werden könnte (Reden I. S. 280/82). Doch da Bismarck sich

1. Gustav, Bruder der beiden freikonservativen Fürsten Viktor und Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. (Vgl. S. 33.)

wieder für Abwarten und Beibehaltung der Position aussprach — wenn es auch durch das letzte Vorkommnis sehr erschwert sei, so zu sprechen —, und die Versicherung gab: „Nach Canossa gehn wir nicht, weder körperlich noch geistig“ (Kohl V. S. 337 — 41), wurde der Posten beibehalten, wenn auch ein Liberaler wie Löwe wieder für Streichung zu stimmen erklärte, da er als Folgewirkung die Errichtung einer Nuntiatur in Berlin besorgte.

Das Verhalten des zu den „Staatskatholiken“ gehörenden Kardinals wurde von seiten des Zentrums, von Windthorst, kritisiert. Windthorst forderte die Politik der Konkordate, und Reichensperger betonte, daß nicht weltliche Macht allein den Anspruch auf Anerkennung habe.

Im Dezember 1874 wurde dann die umstrittene Position tatsächlich vom Budget abgesetzt. Als der Etat zur Beratung kam (5. Dez. 1874), griff Windthorst diese Maßnahme an, ohne jedoch den Antrag auf Wiederaufnahme zu stellen. Bismarck begründete die Streichung damit, daß er die Beibehaltung des Postens schwerlich mehr wie früher mit diplomatischer Courtoisie motivieren könne, ohne daß man diese Haltung für Schwäche ansehen würde (Kohl VI, S. 228 — 33). Wieder sprach Löwe (Bochum) gegen die Position, und neben allen anderen Motiven, die die Liberalen in ihrem Kampfe gegen den Papst bestimmten, gab er auch dem außenpolitischen Ausdruck: „Wenn man nun versuchte ..., mit dem Papst als Souverän zu verhandeln, so würde das mit uns alliierte Italien fürchten können, wir dächten daran, den Gegner, der Italien als Staat wieder zerstören will, wieder anzuerkennen, wenn die Gelegenheit sich bietet“ (R. V. 5. 12. 74).

Ein Gegenstück zu den Beratungen über den Gesandten beim Vatikan bot die Erhöhung des Gesandtenpostens beim König von Italien zum Posten eines Botschafters. Hier war das Zentrum der angreifende Teil, der jede Anerkennung, jede Begünstigung Italiens scharf bekämpfte. Italien sei ein „Räuber“, und die Wiederherstellung eines europäischen Rechtszustandes könne nur beim Papst ihren Anfang nehmen, niemals aber in der Anerkennung dieser „Pseudomonarchie“.² Der Kulturkampf führte

2. Mit welcher Erbitterung man das italienische Königshaus auch persönlich herabzusetzen bestrebt war, zeigt z. B. die Beurteilung, die der der Savoyischen Dynastie angehörige König Amadeo von Spanien erfuhr, als er nach seiner Abdankung noch im Lande blieb. „Denn mit der Zurücklassung eines der Niederkunft nahen Weibes durchzubrennen, das schien

auch beim Zentrum eine Ueberschätzung des deutsch-italienischen Bündnisses herbei; hinzu kam noch, daß man, wie vor allem Jörg, darin auch eine Bedrohung Oesterreichs sah. „Die italienische Allianz ist der Uranfang alles Unglücks, welches über Deutschland kommt“ (Hp.-Bl. 71 1873 S. 411: Windthorst im Abg.-Hs.).

Im November 1875 schon stand unter den einmaligen Ausgaben des Auswärtigen Amts ein Posten zum Ausbau eines Luxusaales im Palazzo Caffarelli, und Freiherr von Schorlemer-Alst sprach für Streichung dieser Position, die aussehe wie eine Vorbereitung auf die Ernennung des Gesandten zum Botschafter, nachdem, wie man höre, das entsprechende von der italienischen Regierung auch bereits beabsichtigt sei (R. V. 23. 11. 75). Tatsächlich ernannte diese ihren Berliner Gesandten zum Botschafter, und so erschien denn auch im deutschen Haushaltsetat für 1876/77 der neue Botschafterposten, womit natürlich auch eine Gehaltserhöhung verbunden war. August Reichensperger griff die Position an. Einmal sei im allgemeinen Sparsamkeit geboten, und im besonderen habe der Reichstag keine Veranlassung, dem Auswärtigen Amt gegenüber freigebig zu sein, von dem er so stiefmütterlich behandelt werde. Auf das glanzvolle Auftreten eines Gesandten komme überdies wenig an, und daß Engländer und Russen mehr Prachtaufwand trieben, sei ja bekannt und brauche Deutschland nicht zur Nachahmung zu verleiten. „Endlich aber, meine Herren, komme ich auch noch zu einem besonderen Grunde, den Sie wahrscheinlich erwartet haben. Ich will auf die italienischen Verhältnisse, wie dieselben sich nun einmal gestaltet haben, aus mehr als einem Grunde hier nicht näher eingehen. Ich bin aber überzeugt, daß Sie es mindestens als einen Akt der Schwäche von unserer Seite betrachten würden, wenn wir die Hand dazu böten, den Pomp im Quirinal zu erhöhen, während der aus demselben ohne einen Schein von Recht vertriebene Papst, das Oberhaupt der katholischen Kirche, der älteste Souverän von Europa, es erwartet, daß Gott und die Geschichte den Rechtszustand wiederherstellen“ (R. V. 25. 1. 76). Die folgenden Redner des Zentrums, Schröder (Lippstadt) und Windthorst, zogen sich von auswärtiger Politik ganz zurück auf den Grundsatz der Sparsamkeit, der in der wirtschaftlichen Not unbedingt geboten sei, und

doch sogar für einen savoyischen Prinzen kaum tunlich,“ (H.P.Bl. 71 1873, S. 455.)

verwahrten sich gegen die Unterschlebung politischer Motive. Aber die Gegenseite, sowohl die Regierung (Delbrück), wie die Freikonservativen (Frankenberg, Bethusy-Huc) und die Liberalen (Bennigsen, Hänel) machten dem Zentrum Feindschaft gegen die auswärtige Politik zum Vorwurf, tadelten den Mißklang, den ihre Reden mit dem kürzlich erfolgten Kaiserbesuch in Italien bildeten und betonten, daß das deutsche Volk die Freundschaft Italiens wolle und nicht danach frage, ob das 25 000 oder 100 000 koste, und Hänel, als Vertreter der Fortschrittspartei, die doch sonst jeder Anregung zur Sparsamkeit zugänglich war, erklärte, daß, nun es sich um die auswärtige Politik handele, sie für die Bewilligung stimmen würden (Vgl. S. 37).

Einen besonderen Ausdruck fanden die italienischen Sympathien der deutschen Liberalen durch die Italienreise Bennigsens im Frühjahr und Frühsommer 1877 und die Deutschlandreise des Präsidenten der italienischen Kammer, Crispi, im Herbst desselben Jahres. In Rom wurde Bennigsen, der ehemalige Präsident des Nationalvereins und jetzige Präsident des Abgeordnetenhauses zur gleichen Zeit, als der Papst sein fünfzigjähriges Bischofsjubiläum feierte und aus diesem Anlaß mehrere Zentrumsabgeordnete in Rom weilten, als der hervorragendste Repräsentant nationalen Willens, in dem sich beide Völker solidarisch fühlten, gefeiert. Der deutsche Botschafter gab zu Ehren seiner Anwesenheit den italienischen Deputierten ein Diner, zu einem Ministerdiner lud ihn Melegari, der Minister des Auswärtigen ein, und der König empfing ihn vor seiner Abreise und verlieh ihm das Großkreuz des Ordens der italienischen Krone. Ein Gegenstück zu Bennigsens Reise bildete der Besuch Crispis in Deutschland. Wieder verkörperte Bennigsen die deutsch-italienische Freundschaft, indem er, wohl im Einverständnis mit Bismarck, dem Italiener zu Ehren ein parlamentarisches Bankett gab und ihn später noch einmal auf Bitten Bismarcks am Bahnhof in Hannover begrüßte (vgl. S. 22). Von seiten des Zentrums sah man die Kundgebungen höchst ungern; Windthorst sprach dieser politischen Tätigkeit des Präsidenten des Abgeordnetenhauses sein Mißtrauen aus. (Oncken II S. 316/17).

2. Die Annexion von Elsaß-Lothringen.

Wie die außenpolitische Belastung des neuen Deutschland mit der französischen Revanche bestimmend auf sein Verhältnis

zu Italien einwirkte, so war sie entscheidend für die Beurteilung der Annexion von Elsaß-Lothringen, für die Beurteilung vor allem ihrer Zweckmäßigkeit und ihrer Folgen in den Jahren nach der Reichsgründung. Gewollt war die Annexion von fast allen Faktoren Deutschlands, und die wenigen Demokraten und Sozialdemokraten standen in diesem Punkte allein in der Opposition, wenn man von den Polen absieht, die nicht als Deutsche ihr Urteil abgaben, sondern als unterdrücktes Volk eine Annexion ohne Selbstbestimmung verwarfen. Daß einige sächsische Baumwollfabrikanten im Interesse ihrer Industrie nicht ganz einverstanden waren, war belanglos (Mehring IV, S. 11).³ Wenn aber alle anderen die Angliederung der neuen Gebiete begrüßten — ihre Beweggründe waren sehr verschieden.

Bismarck erklärte im Reichstag wiederholt, daß er die Annexion politisch für einen Fehler würde gehalten haben, freilich nun nicht um der außenpolitischen Belastung willen — denn die Revanche sah er sowieso als gegeben an —, sondern mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Eingliederung des neuen Landes in das Reich. Was ihn zur Annexion bestimmte, war das Interesse der militärischen Sicherheit, des Schutzes vor allem der süddeutschen vor einem französischen Angriff durch ein Glacis, das dadurch zugleich auch ein Schutzschild für die deutsche Einheit wurde (2. 5. 71 Kohl V S. 53, 14. I. 73, Kohl VI S. 34/35, 30. 11. 74 Kohl VI, S. 201). Mit ähnlichen Gründen forderte auch Friedrich Harkort in einer Wählerversammlung die Erwerbung des Elsaß. „Ohne Zweifel: mit oder ohne Landabtretung werden die Franzosen sich heiser schreien nach Rache für Waterloo, für Sadowa, für Sedan und Paris Alles gut — nur drei Schritt vom Leibe! Sicherstellung für die Zukunft ist unser gerechtes Begehrt. Straßburg und Metz sind die stets drohenden Ausfalltore gegen uns. . . Dieses gestohlene Gut fordert nicht Grat Bismarck, sondern Deutschland zurück, um den französischen Einbrüchen einen starken eisernen Riegel vorzuschieben. Dann mindern wir unser Militärbudget um viele Millionen und hören ohne Furcht den gallischen Hahn krähen“ (Berger S. 625). Auch Miquel betonte das militärische Reichsinteresse. „Ich habe es gewissermaßen als einen Akt der nationalen Notwehr betrachtet,

3. Später, in der Wirtschaftskrisis der siebziger Jahre wurden Klagen laut, daß die Annexion zur Ueberproduktion in der Eisenindustrie beigetragen habe.

daß wir sichere Grenzen und tüchtige Festungen einem Feinde gegenüber bekommen, den wir in so vielen Jahrhunderten kennen gelernt haben“ (R. V. 23. 3. 74). Von diesem Standpunkte, daß die Erwerbung lediglich im Interesse des Reichs, nicht im Interesse der Elsaß-Lothringer selbst erfolgt sei, wurde dann auf der rechten Seite des Reichstags nicht Rücksicht auf die Gefühle der Annektierten, sondern strammes Regiment über die Widerspenstigen gefordert. Wenn aber diese Forderung auch weit in die liberalen Kreise hinein erhoben wurde, so war Schuld daran die Enttäuschung über die Widerspenstigkeit der neuen Reichsangehörigen, die man als verlorene Volksgenossen zu befreien gedacht hatte und deren Land man als „zurückerworbenes“ Land ansah. Ursprünglich hatte dieser Gedanke bei den Liberalen in erster Linie gestanden, und auf die eben zitierten Worte von Miquel erwiderte Lasker: „Allerdings, die militärische Notwendigkeit und unsere politische Stellung haben uns gezwungen, Elsaß-Lothringen auch um der Sicherheit willen mit Deutschland zu vereinigen; wir würden aber sehr schmerzlich von der Tatsache berührt sein, wenn nicht die Hoffnung damit verbunden wäre, daß wir die jetzt noch widerstrebenden Elsaß-Lothringer ganz und gar als Brüder und national uns verbinden werden.... Ich bin auch fest überzeugt, daß mein verehrter Freund Miquel, der so oft diesen Standpunkt befürwortet hat, nur unter dem Eindruck der vorangegangenen Rede (des elsässischen Protestlers Teutsch) sich hat bestimmen lassen, den einen Grund stärker zu betonen und den anderen einstweilen zurückzustellen“ (R. V. 23. 3. 74). Wie die allmähliche nationale Wiedergewinnung der Elsaß-Lothringer nun zu erreichen sei, durch Germanisierung (Treitschke) oder durch Versöhnlichkeit und Rücksichtnahme (Duncker) — in dieser Frage schieden sich die Liberalen wieder nach rechts und links.

Auch im Zentrum hatte man die Erwerbung von Elsaß-Lothringen begrüßt. So war Aug. Reichensperger im Dezember 1870 in einem Artikel in der Brüsseler „Revue générale“ dafür eingetreten (Pastor II, S. 66). Nur geschah es freilich nicht aus Gründen militärischer Sicherheit, und Mallinckrodt griff diese nachträgliche Motivierung sehr scharf an. „Nun soll dieser Wiedergewinn alten deutschen Landes, die Wiederverbindung mit den Stammesgenossen keinen höheren sittlichen Grund und Zweck haben, als den Zweck der Erlangung eines Bollwerks gegen die Franzosen!“ (R. V. 17. 5. 73). Für die Stammesgemeinschaft

mit den Elsässern fehlte den Schülern der Romantik das Organ durchaus nicht. Aber zugleich war ihnen diese Stammesgemeinschaft ein christliches Moment; Frankreich war ihnen das Land der Revolution, das Land der Aufklärung, dem entrissen zu werden für Elsaß-Lothringen ein Segen sein mußte, wenn es dadurch mit den gut katholischen deutschen Kulturländern an Rhein und Donau vereinigt wurde. Von dem neuen deutschen Reich hoffte und wünschte man, daß es ein christliches Reich sein möchte, und diese Hoffnung fand ihren Ausdruck in der Entstehung der klerikal-elsässer Partei, der gegenüber die Protestpartei anfangs die schwächere war. „Zu etwas dient, wie man sieht, auch uns der katholische Kosmopolitismus“, schrieben die Preußischen Jahrbücher (33, 1874 S. 201). Die Rücksicht auf die Erwartungen der Elsässer betonte auch Ketteler, als er mit Bismarck über die Aufnahme der Grundrechtsparagraphen betreffend die Freiheit der Kirche, wie sie die preußische Verfassung enthielt, in die neue Reichsverfassung verhandelte (Ketteler S. 37, Okt. 1870). Als dann aber der Kulturkampf auch dies neue Land erfaßte, während gleichzeitig in Frankreich eine christliche Entwicklung zur Monarchie möglich schien, da war es schwer, die alte Haltung zu bewahren; die klerikale Partei in Elsaß-Lothringen verlor zwei Drittel ihrer Sitze an die Autonomisten und die Protestler, und die Zentrumsabgeordneten des deutschen Reichstags, zu Versöhnlichkeit und Entgegenkommen mahnend, wurden dadurch in die Stellung der „Reichsfeindlichkeit“ gedrängt. Denn der Kampf gegen den Ultramontanismus und der Kampf gegen die französischen Sympathien fielen in der Verwaltung Elsaß-Lothringens zusammen. Französisch waren die meisten katholischen Zeitungen, die verboten wurden, der Kampf der Schulverwaltung gegen den französischen Unterricht richtete sich gleichzeitig gegen die Geistlichkeit, in deren Händen bisher die Schulen waren, französisch waren die Bischöfe, deren Diözesen auf elsässisches und deutsch-lothringisches Gebiet herüberreichten. Und das Zentrum in seiner Verteidigung der katholischen Interessen trat damit, auch ohne sich mit ihnen zu identifizieren, auf die Seite der französischen Traditionen; dieselben Interessen, die früher im Elsaß gegen das Franzosentum verteidigt wurden, riefen jetzt den Kampf gegen das Deutschtum hervor, und bei den Liberalen war man enttäuscht, zu entdecken, daß das, was man früher für starkes deutsches Gefühl gehalten, sich jetzt lediglich als klerikales Interesse entpuppte

(Löwe R.V. 27. 3. 79). So konnte es kommen, daß es Erstaunen hervorrief, als in der Zeit der Annäherung des Zentrums an Bismarck auch von dieser Seite wieder die Notwendigkeit der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum deutschen Reich gegenüber den Autonomisten betont wurde. Mit Hört! Hört! wurde es begrüßt, als Schorlemer-Alst sagte: „Entweder muß Elsaß-Lothringen französisch oder es muß deutsch sein, und ich sage mit dem Herrn Abgeordneten von Puttkamer, als Deutscher, und ich glaube jeder Deutsche mit mir: es muß deutsches Land bleiben“ (R.V. 27. 3. 79). Und in demselben Sinne sagte Windthorst: „Ich bin aber auch darin keinen Augenblick zweifelhaft, daß die Elsaß-Lothringer sich gewöhnen müssen, daß das Band, welches Elsaß-Lothringen mit Deutschland verbindet, unauflöslich ist“ (R.V. 21. 6. 79).

Etwas unterschieden von der Stellung der westdeutschen Katholiken war die Haltung der Münchener „Historisch-politischen Blätter“. Von der nationalen „Rückerwerbung“ des Elsaß sprachen sie in Anführungsstrichen als von einem Auswuchs des Nationalitätsprinzips (Hp. Bl. 72 1873 S. 471). Und vor allem sah Jörg in der durch die Annexion hervorgerufenen Verschärfung des französischen Revanchegedankens einen verhängnisvollen Sieg Rußlands, dem dadurch die Möglichkeit gegeben sei, Deutschland durch die Drohung mit einem russisch-französischen Bündnis in seine Gefolgschaft zu bannen (vgl. S. 124).

Dieser Gedanke war auch entscheidend für die Beurteilung, die die Annexion von Elsaß-Lothringen bei den Sozialdemokraten fand; hier konzentrierte sich deren außenpolitisches Interesse. Hatten sie dem deutsch-französischen Krieg anfangs zum größten Teil — außer Bebel und Liebknecht — zugestimmt, da es ein Verteidigungskrieg sei und der Gegner „der gekrönte Schuft Louis Bonaparte“ (Bebel R.V. 24. 4. 71) war — nach dem Sturz des Kaisertums, als, wie sie sagten, der Krieg fortgeführt wurde gegen das französische Volk und um der Annexion willen, protestierten sie einmütig. Im Dezember 1870 sprach Liebknecht im Reichstag gegen die Annexion und bezeichnete sie nicht nur als ein Verbrechen, sondern auch als einen politischen Fehler; bei der Beratung der nachträglichen Kriegsanleihe am 24. 4. 1871 griff Bebel die Ursache der Notwendigkeit einer neuen Anleihe, eben die Fortführung des Krieges um der Annexion willen, ebenfalls als einen Schandfleck in Deutschlands Politik und als schweren Fehler an,

ebenso bei der Beratung des Einverleibungsgesetzes selbst (RV. 25. 5. 71). In den vielen Reden, die die Sozialdemokraten im Reichstag hielten und die im wesentlichen immer wieder denselben Gedankengang hatten, kamen sie auch immer wieder auf die verhängnisvollen Folgen der Annexion zurück. So Liebknecht bei einer Etatsberatung im November 1875: „Elsaß-Lothringen wird ein Dorn im Fleische Deutschlands, wird ein deutsches Venetien, statt eines Machtzuwachses eine Machtverminderung und eine Quelle beständiger Kriegsgefahr für uns; die Franzosen werden zu wildem Hasse gereizt, ihre Revanchegeleüste genährt; Frankreich wird mit Gewalt zum Bundesgenossen jedes uns feindlichen Staates gemacht, und der Schwerpunkt der politischen Macht in Europa wird nicht von Paris nach Berlin, sondern von Paris nach Petersburg verlegt; und unser „Erbfreund“ dort an der Newa wird der Schiedsrichter Europas“ (R.V. 22. 11. 1875). Im Frühjahr 1875 sahen die Sozialdemokraten die Absicht eines Präventivkrieges auf seiten der deutschen Regierung als tatsächlich vorhanden an; daß es hier für notwendig gehalten würde, noch einen zweiten Krieg gegen Frankreich zu führen, war ihnen die schärfste Verurteilung der Annexionspolitik und das Eingeständnis ihrer Verkehrtheit (Liebknecht R.V. 22. 11. 75). Daß Rußlands Wille maßgebend sei und Deutschland gezwungen, ihm jeden verlangten Dienst zu leisten, das zeigte sich den Sozialisten besonders im russisch-türkischen Krieg, als sie russische Eroberungen mit Unterstützung Deutschlands fürchteten und der Ansturm des Panslavisismus und damit der Unkultur über Europa hereinzubrechen schien. „Es bleibt also für die Völker keine Errungenschaft übrig als der vollständige Bankerott der europäischen Staatsmannschaft, und das ist eine große Lehre für die Völker und ein großer Gewinn, wenn sie diese Lehre begreifen“ (Liebknecht RV. 19. 2. 78).

Die Gefahr eines Bündnisses der Slaven und Romanen war auch ein Grund dafür, daß die Demokraten gegen die Annexion stimmten. In der ersten Linie stand ihnen aber der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts. So protestierte der Königsberger Arzt Johann Jacoby am 19. September 1870 in einer Versammlung der Königsberger Volkspartei gegen die beabsichtigte Annexion. In der Fortschrittspartei hatte er damit keinen Platz mehr und wurde von ihr ausgeschlossen. Die demokratische Frankfurter Zeitung — ihr Besitzer Leopold Sonnemann war in der 2., 3. und 4. Legislaturperiode der einzige Demokrat im Reichstage —, stand

in der Folgezeit in enger Fühlung mit den Autonomisten, vor allem mit ihrem Führer Schneegans, und in noch stärkerem Maße als das Zentrum und gelegentlich die Fortschrittler wurde Sonnemann der französischen Sympathien beschuldigt.

Die autonomistische Partei, die zwischen die klerikalen Elsässer und die Protestpartei trat und 1877 mit 5, 1878 nur noch mit 4 Vertretern im Reichstag erschien, um 1881 wieder zu verschwinden, wünschte eine kulturelle Autonomie Elsaß-Lothringens, um so „an einem Werke der internationalen Versöhnung“ zu arbeiten. Die Autonomisten betrachteten „das friedliche Zusammenwirken der beiden Nachbarvölker“ als „die eigentliche Bürgschaft der ganzen mitteleuropäischen humanitären Entwicklung“ (Schneegans R.V. 21. 3. 79) und hielten Elsaß-Lothringen, das, „wie alle Grenzländer, beide Kulturen, beide Philosophien, beide Wissenschaften, beide Literaturen, in einem Wort das ganze Kulturwesen beider Völker besser kennt als Provinzen, die weiter von den Grenzen liegen“ (Schneegans R.V. 27. 3. 79), für besonders geeignet, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Ob Schneegans 1879 seinen Antrag auf Einsetzung einer selbständigen Regierung in Elsaß-Lothringen deswegen gerade für opportun hielt, weil eben zu der Zeit eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten war? Jedenfalls erfuhr aber dieser Teil seiner Darlegungen, der den Gedanken einer Zwischenstellung Elsaß-Lothringens enthielt und von dem es anfangs auch scheinen konnte, als ob sein eigentliches Ziel die volle Autonomie sei, von Bismarck eine deutliche und scharfe Ablehnung (21. 3. 79, Kohl VII, S. 412) und veranlaßte auch den Freiherrn von Schorlemer-Alst zu jener Erklärung, daß Elsaß-Lothringen deutsch bleiben müsse (R.V. 27. 3. 79).

3. Das Verhältnis zu Frankreich.

Die elsäß-lothringische Frage war ein Stück von dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich. Wie sich die deutschen Parteien in der Stimmung gegen die außerdeutschen Länder fast stets im Grunde einig waren — nur Italien und die Vereinigten Staaten⁴

4. Ueber das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, das für die deutsche Politik damals von geringerer Bedeutung war, sei in einer Anmerkung einiges gesagt. Die Liberalen brachten den Vereinigten Staaten durch Tradition begründete Sympathien entgegen. Treitschke verlieh dem besonders begeisterten Ausdruck. „Nur ein Staat der Gegenwart darf mit

machten eine Ausnahme —, so war Frankreich der Erbfeind für fast alle, und Demokraten und Sozialdemokraten standen hierin wie in der Annexionsfrage allein. Die Begründung für diese Feindschaft gegen Frankreich war freilich wiederum sehr verschieden.

Die Konservativen standen stets unter dem Eindruck, daß Frankreich das Geburtsland der Revolution war, und so waren sie mit ganzem Herzen beim französischen Kriege, wenn auch weniger deshalb, weil dieser Krieg ein Stück in der deutschen Einheitsentwicklung war, als vor allem, weil er die preußischen Waffen zum Siege führte.

Die Nationalliberalen dagegen bekämpften in Frankreich den uralten Gegner deutscher Freiheit und Einheit, sie verteidigten die ständig von Frankreichs Raubgier bedrohten Westmarken des Reich, bekämpften in ihm Ludwig XIV. wie Napoleon I. Zugleich galt der Kampf dem deutschen Partikularismus, mit dem Oesterreich und Frankreich eine Einheit zu bilden schienen in dem Widerstand gegen das kleindeutsche Reich; in Frankreich bekämpfte man den Rheinbundsgedanken. Ferner war es doch dasselbe Frankreich, das im Interesse des Katholizismus, indem es Rom beschützte, Italien an der wirklichen Vollendung seiner Einigung hinderte. Den Nationalliberalen war Frankreich die zweite Vormacht

gleicher Zuversicht wie der deutsche einer großen und freien Zukunft entgegenzuschauen: die Union von Nordamerika. Die Freundschaft, die uns mit ihr verbindet — in den Hist. u. pol. Aufs. Bd. III 1888 heißt es hier mit bemerkenswerter Abänderung: „Die freilich oft übertriebenen warme Teilnahme, die der Deutsche diesem Gemeinwesen entgegenbringt“ —, entspringt nicht bloß zufälliger diplomatischer Berechnung, sondern dem Gefühl einer tiefen inneren Verwandtschaft“ (Parteien und Fraktionen Pr. Jb. 27 1871 S. 186). Als im Reichstage die Beteiligung der Reichsregierung an der Weltausstellung in Philadelphia beraten wurde (Jan. 1876), wies Bamberger auf die deutsch-amerikanischen Sympathien hin (25. 1.), und der Fortschrittler Ebert sprach in begeistertem Tone von der Bruderhand, die man sich reichen solle, von Kulturaufgaben, die dadurch zu erfüllen seien (27. 1.). — Kühl und ablehnend verhielt man sich demgegenüber im Zentrum. Aug. Reichensperger sagte: „Sollen wir gewissen Höflichkeitsrücksichten gegen Amerika zu nehmen haben, wie der Herr Abgeordnete Bamberger uns das nahe gelegt hat — nun ja, dann wollen wir ihnen Höflichkeiten erweisen, die uns nichts kosten, meine ich. Man hat da eine große Auswahl, man kann die Bruderhand über den Ozean hinweg drücken, ohne daß man einen Groschen aus der Tasche zieht“ (R.V. 25. 1. 76). Den Historisch-politischen Blättern war Nordamerika ein Land der Verderbnis, und Zarismus und Amerikanismus waren ihnen die gleichgeordneten und einander würdigen Paten der deutschen Reichsgründung. (Hp.Bl. 67 1871 S. 473/74.)

des Klerikalismus; der Krieg wurde ihnen ein Kampf des von Preußen getragenen Protestantismus gegen romanischen Geist. Sie trugen dabei die Erinnerung an das klerikale Regiment Napoleons III. in den fünfziger Jahren im Gedächtnis, und sie waren überzeugt, daß jesuitische Einflüsse in Frankreich zum Kriege gegen Deutschland gehetzt hatten, wie Bismarck selbst es im Reichstage darstellte (5. 12. 74 Kohl VI S. 232/33).

Gewiß hatte Rom ein Interesse am Siege Frankreichs, des Staates, von dem allein es Schutz gegen den italienischen Nationalismus erwarten konnte. Aber daß Paris — wie Wien — eine Hauptstütze der Ultramontanen gewesen wäre (Bismarck parlam. Soirée 18. 11. 1871, Poschinger I S. 56), darüber dachten diese selbst jedenfalls anders. Napoleon III. hatte sich mit seiner italienischen wie mit seiner Innenpolitik zwischen zwei Stühle gesetzt. Während er den einen durch seine Rolle als Beschützer Roms zum Verbündeten der Jesuiten wurde, sahen die anderen in ihm, der den Kirchenstaat dem Nationalitätsprinzip geopfert hatte, gerade den „gefährlichsten Feind des Papsttums“ (Reichensperger R.V. 5. 12. 74). Napoleon III. war es ja gewesen, der als erster vom Wege der gut konservativen, sittlichen und christlichen Politik abgewichen war durch die Auflösung der Verträge von 1815; Napoleon III. war der Vertreter des Cäsarismus und des Nationalitätsprinzips; die Niederlage war das Gericht der göttlichen Nemesis über diese Politik. „Ganz unmittelbar und schnurgerade ist es die Politik des revolutionären Nationalismus gewesen, was die entsetzliche Katastrophe über ihn und Frankreich gebracht hat“ (Hp.-Bl. 67 1871 S. 6). Ganz allgemein war dem Zentrum — ähnlich wie den Konservativen — Frankreich das Land der Revolution, das Land der Aufklärung und des Liberalismus; von dort her kam der falsche moderne Geist, der auch Deutschland ergriffen und der unter vielem andern auch den Zentralismus geboren hatte. „Die politischen Doktrinen des auf den Schlachtfeldern von unseren christlichen Soldaten — wahrlich nicht von dem Nationalliberalismus — besiegten Frankreichs haben zugleich im deutschen Reiche den vollkommensten Sieg davongetragen. Wir sind äußerlich die Sieger und innerlich die Besiegten. Die französischen Waffen haben unterlegen — die französisch-revolutionären Grundsätze unterjochen uns“ (Ketteler S. 154/55).

Schon nach 1866, als Oesterreich selbst durch den Friedensschluß den großdeutschen Gedanken preisgegeben hatte, zog Ed-

mund Jörg daraus die Konsequenz des Entschlusses zum Kleindeutschtum und war entschieden gegen eine etwaige Rheinbundpolitik der süddeutschen Staaten. „Ich meinerseits würde es für ein großes Glück erachten, wenn ein ... Bruch mit Frankreich lieber heute als morgen einträte, während wir noch in voller Rüstung stehen und unsere Minister in Berlin den Frieden verhandeln. Wir könnten dann den sofortigen Anschluß an Preußen unter annehmbaren Bedingungen erlangen und den neuen Bund mit Ehren einweihen durch einen mannhaften Kampf gegen den französischen Erbfeind ... Wir sollen uns jetzt im Unglück nicht feig und verächtlich wegwerfen an Preußen, aber auch keinen Augenblick vergessen, daß uns nicht mit Frankreich, sondern mit der Großmacht, welche sich jetzt allein noch „deutsch“ nennen darf, die politische Lebensgemeinschaft angewiesen ist“ (Hp.Bl. 58 1866 S. 326 ff., zitiert nach Kissling I S. 258/59). So machte sich das Moment, daß der Kampf gegen Frankreich der Schlußstein zur kleindeutschen Einigung war, welches sich einmal schon ausdrückte in der starken Zunahme der Nationalliberalen in Süddeutschland während des Krieges, auch bemerkbar bei den Ultramontanen selbst. Nach dem Kriege schrieb Freiherr von Ketteler: „Es ist durchaus unberechtigt, jene, welche die Ereignisse von 1866 mißbilligen, zu den Feinden des Reichs zu rechnen. Wenn das richtig stände, so könnte man vielleicht mit Recht die Mehrzahl der katholischen Wähler zu ihnen zählen. ... Die ganze Sachlage aber hat seitdem sich gänzlich verändert. Fast alle deutschen Fürsten, auch der Kaiser von Oesterreich haben das neue deutsche Reich anerkannt. Ein großer siegreicher Krieg, an dem das ganze Vaterland Anteil genommen, hat es besiegelt“ (Ketteler S. 67).

In der Folgezeit verschob sich das Verhältnis aber wieder. Schon daß von nationalliberaler Seite der Krieg als ein Kampf der germanischen gegen die romanische Rasse, das neue Kaisertum als protestantisches Kaisertum proklamiert wurde, war bedenklich. Aus einem Kriege, der, wenn er ein politischer Krieg im Sinne alter Metternichscher Politik geblieben wäre, ohne allzu große Veränderungen im Staatensystem hätte abschließen können, war — so Jörg — ein Volkskrieg geworden, der Feindschaft, Haß und Rache gebar, eine Entwicklung, die, gewiß von Bismarck selbst nicht beabsichtigt, ihm über den Kopf gewachsen zu sein schien. „Es ist doch schwer zu glauben, daß er eine Nation wie die französische in desparatester Verfassung und in absolut unver-

söhnlicher Rachsucht im Rücken Preußens haben wollte in dem Moment, wo die letzte und größte politische Frage des Jahrhunderts (gemeint ist die orientalische Frage) erst noch ihrer Lösung harrt“. (Hp.-Bl. 71 1873 S. 4). Deutschlands Schuld sei es, daß „das ganze französische Volk die grimmige Rachgier Kinder und Kindeskinde vererbt“ (67 1871 S. 13). Versöhnung dieser beiden Länder schien dem Zentrum die wichtigste Aufgabe, und schon aus diesem Grunde trat es für das geschlagene, gekränkte Land ein. Umso mehr, als sie Bismarck, von dem sie annahmen, daß er sich unter Umständen auch mit Napoleon zu irgend einem Schlage gegen das christliche Europa zusammengefunden hätte, nach allen gemachten Erfahrungen ständig auf der Suche nach neuen Abenteuern vermuteten. Auch rein aus taktischen Gründen lag eine Verbindung außenpolitischer Angriffe gegen Bismarck mit der innerpolitischen Opposition nahe. Darüber hinaus aber machte sich gerade seit Ausbruch des Kulturkampfes trotz aller sonstigen Abneigung gegen Frankreich geltend, daß die Franzosen eben doch Glaubensgenossen waren. Entscheidend war nun dabei die Richtung, die die innere Entwicklung Frankreichs nach dem Kriege nahm: das Uebergewicht der Monarchisten in der Nationalversammlung und die Aussicht auf die Errichtung der klerikalen, legitimen Monarchie. Zwar große Erwartungen setzte man nicht darauf. Frankreich war geschlagen und in innerer Unordnung; Grund zu einer guten Meinung über das Land hatten die vergangene Jahrzehnte nicht gegeben; der vorläufige Leiter des Staates, Thiers, schien doch nur eine Fortsetzung des Bonapartismus, und hinter ihm, womöglich als sein Nachfolger, stand der radikale Republikaner Gambetta. Auch die Konkurrenz der verschiedenen Kronprätendenten verhinderte, auf eine schnelle und leichte Lösung zu rechnen. „Nach einem festen Prinzip wird Frankreich noch lange suchen“ (Reichensperger R.V. 30. 11. 71). Man sagte sich auch, daß in starkem Maße politische Gründe maßgebend für Frankreich waren, sich zur selben Zeit auf die Seite der Katholiken zu stellen, wo diese in Deutschland die bedrängte Minderheit bildeten, und atmete nur erleichtert auf in dem Gedanken an die Formen, die ein Kulturkampf in Frankreich angenommen haben würde. Immerhin aber: während der deutsche Reichstag es ablehnte, den Papst zu schützen, gab die französische Nationalversammlung eine dahingehende Petition der Bischöfe zur Berücksichtigung an den Minister des Aeußeren wei-

ter, zur selben Zeit, als in Preußen die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium den Kulturkampf eröffnete. Die Schulpolitik der Monarchisten war gut kirchlich; im französischen Volke machte sich eine stark anwachsende religiöse Bewegung bemerkbar, die sich in der großen Beteiligung an vielen Wallfahrten äußerte, und Schröder (Lippstadt) lobte im deutschen Reichstag: „Unsere Nachbarn sind nicht nur so liebenswürdig geblieben wie früher, sondern sie haben sich eine Menge guter Eigenschaften angewöhnt, die wir früher als unser spezifisch deutsches Geheimnis zu betrachten gewohnt waren; sie sind viel nüchterner und ernster geworden, man hört nicht mehr renommieren, der Größenkitzel ist weg, sie sind viel arbeitsamer geworden, sie fassen überhaupt die Situation mit dem ruhigen und entschlossenen Ernste auf, den dieselbe verdient“ (R.V. 17. 11. 74). Der Sturz Thiers', dessen Redensart von der „konservativen Republik“ nichts daran hatte ändern können, daß man in ihm den ehrgeizigen liberalen Bourgeois sah, und die Wahl Mac Mahons zu seinem Nachfolger war ein erfreuliches Ereignis: „Eine große Nation ist wieder würdig vertreten vor der Welt“ (Hp.BI. 71 1873 S. 975). Und Aug. Reichensperger schrieb am 4. Sept. 1873, nachdem auch inzwischen die Einigung zwischen den Häusern Orleans und Bourbon erfolgt war: „In betreffs Frankreich kann man wenigstens zu hoffen anfangen. Längst schon habe ich die Ueberzeugung ausgesprochen, daß für Frankreich nur in dem Wiederanknüpfen 'des durch die Guillotine zerschnittenen Fadens der Legitimität eine bessere, gesicherte Zukunft zu erwarten sei, was dann notwendig auf die anderen Staaten zurückwirken werde. Gewiß ist die Frohsdorfer Umarmung der beiden Bourbons ein Moment von hoher Bedeutung“ (An de Haulleville, Pastor II S. 117). Aber skeptisch blieb er doch, und die weitere Entwicklung gab dem recht.

Wenn die Skepsis der Katholiken zum Teil auch begründet war in der Betrachtung der zerrütteten inneren Verhältnisse Frankreichs, so steigerte sich diese Betrachtung bei dem rechten Flügel der Nationalliberalen zu ungeheurer Verachtung des Besiegten. Es war wie eine Entladung nach der Befreiung von dem außenpolitischen Druck, der bis dahin auf Deutschland lastete, war der Wunsch, den Genuß der endlich und überraschend herrlich gewonnenen Machtstellung Deutschlands recht auszukosten, wenn man jetzt auf die anderen herabsah. „Kindisch“, „eine zurückgebliebene Nation“, „nicht eine Nation logisch denkender Köpfe“ —

in dieser Tonart schrieben die Preußischen Jahrbücher über Frankreich, und von dem französischen Revanchebedürfnis und der Gefahr eines neuen Krieges hieß es: „Wenn ein halbwegs verständiges Frankreich sich hüten wird, Krieg anzufangen ohne Verbündete, so kann man doch leider auch nur der halben Verständigkeit Frankreichs sich nicht versichert halten“ (Bd. 32 1873 S. 488). An einem guten Verhältnis zu diesem Frankreich war wenig gelegen, und auch wie sich das Land im Inneren entwickelte, war verhältnismäßig gleichgültig; Deutschland konnte eben nichts tun, als mit den Kriegsgelüsten rechnen und sein Heer dementsprechend in Stand halten. „Es fällt uns nicht ein, den Franzosen ihren Haß gegen uns ausreden zu wollen. Es scheint dies so ziemlich das einzige Gefühl zu sein, in welchem Frankreich sich heute seiner moralischen Einheit und Einigkeit bewußt wird, und wir begreifen, daß französische Patrioten meinen, solch ein Gefühl lasse sich nicht wach und glühend genug erhalten. . . Es stünde uns Deutschen übel an, zu verkennen, daß der kräftige Haß, den eine Nation gegen einen fremden Feind empfindet, ihr zur Wohltat werden kann“ (Pr. Jb. 31, 1873 S. 465). „Zwischen den beiden so völlig verschiedenen Sinnesweisen der beiden Länder gibt es keinen Ausgleich; aber sie könnten doch sehr lange nebeneinander bestehen: wenn nämlich Frankreich . . . einsähe, daß es für den ersehnten Krieg geduldiger Vorbereitung in einem langen Frieden bedarf“ (S. 467).

Versöhnlicher war man auf der linken Seite der Liberalen, wo man nicht so enorme Summen auf die Instandsetzung des Heeres verwenden wollte, wo man außerdem in der dauernden Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich eine Verstärkung der russischen Position sah. Und schließlich war es doch auch gerade wieder die Machtstellung Deutschlands, die es ihm erlaubte, edelmütig zu sein. Das Moment einer Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern betonte Lasker bei der Besprechung der Versailler Zusatzkonvention vom Juni 1872 und der Abmachung vom März 1873 im Reichstag. Und in demselben Sinne, zugleich aber auch, um den Preis, den Deutschland für seine Einheit zahlte: den Druck der französischen Revanche, als weniger hoch darzustellen, bestritt Löwe (Bochum), daß die Mehrheit des französischen Volkes den Krieg wolle: „Der Unterstrom in der öffentlichen Meinung ist nun in Frankreich entschieden friedlich“ (R.V. 23. 10. 71). Gegenüber einer Darlegung des Bundes-

ratsvertreter General von Voigts-Rhetz erklärte er, „daß es mich .. peinlich berührt hat, und ich glaube auch einen großen Teil des Hauses..., daß er dieses Drängen Frankreichs... auf den Revanchekrieg als etwas ganz Selbstverständliches dargestellt hat, wie eine Art Pflicht, die die Franzosen mit diesem Revanchekrieg erfüllen“ (R.V. 14. 4. 74). Rücksichtnahme auf Frankreich äußerten auch Eugen Richter und Lasker bei der Festsetzung der Zolltarife (1879). In der Bestimmung nämlich, daß Salzeinfuhr zu Land mit einem höheren Zoll belegt war als Einfuhr zur See, sahen sie eine faktisch gegen Frankreich gerichtete unrechtmäßige Umgehung der Meistbegünstigungsklausel, die der Frankfurter Friedensvertrag enthalten hatte, und bekämpften sie deshalb (RV. 5. 7. 79).

In der Stellungnahme zu der inneren Entwicklung Frankreichs traten die Liberalen auf die Seite von Thiers. Das geschah weniger deshalb, weil Thiers' Richtung als die der wohlhabenden Bourgeoisie etwa der der Nationalliberalen entsprach, als vor allem aus den entgegengesetzten Gründen, aus denen das Zentrum die monarchistische Entwicklung begrüßte. „Die Formen, unter denen das angeblich religiöse Gefühl sich Luft machte, erschienen so im Widerspruch mit den religiösen Ideen anderer Völker, daß man durch die Gesänge der Wallfahrten andere Melodien durchzuhören glaubte“ (Arnim D. A. I Nr. 134). Eine französische Monarchie hätte einen Rückhalt für die inneren Reichsfeinde abgegeben, hätte ferner die Gefahr einer europäischen katholischen Liga unter Führung des Papstes bedeutet, und so war es die größere „Bündnisfähigkeit“ der französischen Monarchie, die die Liberalen gegen sie einnahm. Es war in überaus starkem Maße Bismarcks Einfluß, der hier ihre Stellungnahme bestimmte. Wie Bismarck Thiers' Verbleiben im Amte für das Vorteilhafteste hielt, so sahen die Liberalen in seinem Sturz und in der Nachfolge Mac Mahons ein bedenkliches Zeichen, und wie die französischen Blätter sich beklagten, daß der deutsche Botschafter (Hohenlohe) so viel mit dem gestürzten Thiers verkehrte, beschwerte sich die Regierung (Duc de Broglie), daß die deutsche Presse dem Bestreben der französischen Konservativen entgegentrete, die Monarchie wiederherzustellen, welche doch in Italien und Deutschland bestände (D. A. I Nr. 134 S. 213). Ebenfalls unter Bismarcks Einfluß schlugen die Liberalen die anfangs noch vorhandene Sorge vor einer über Thiers zu Gambetta hinausgehenden Entwicklung bald geringer an als die vor der Monarchie.

Das wesentlichste Interesse, das die Liberalen an Frankreich nahmen, beschränkte sich auf die Besorgnis, daß es für einen Krieg eine Koalition zustande bringen möchte, oder auf die Beruhigung, daß diese Gefahr dank Bismarcks Politik nicht vorläge.

Während die Historisch-politischen Blätter durch die Aufnahme des Präsidentenwechsels in Frankreich bei den Liberalen zu dem schmerzlichen oder zornigen Ausruf veranlaßt wurden: „Es ist eine Unnatur der ganzen Lage, daß die neue Wendung in Berlin Entrüstung und Aerger hervorruft“ (71 1873, S. 969), verfolgte die Frankfurter Zeitung „mit Genugtuung“ „den Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland zugunsten der Republik. Während sie noch am 30. Mai 1873 konstatiert hatte, daß das Wagnersche Telegraphenbüro mit Vorliebe die der republikanischen Idee nicht günstigen Nachrichten aus Paris nach Deutschland herübertrug, trat jetzt auch die offiziöse Presse, die stets der Direktive der Regierung folgte, mit Eifer für die Republik ein“ (Geschichte der Frankf. Ztg. S. 334/35). Die Demokraten erwarteten den Endsieg Gambettas. Mit den französischen Republikanern standen sie vielfach in enger Fühlung; so hatte die Frankfurter Zeitung durch ihren Pariser Korrespondenten Seinguerlet unmittelbare Beziehungen zu republikanischen Regierungskreisen. Dabei war das Wirken der Demokraten auf Verständigung gerichtet.⁵ Der verhältnismäßig lebendige Zusammenhang der süddeutschen Demokraten mit dem französischen Leben führte im Reichstag mehrfach zu scharfen Angriffen gegen Sonnemann. Hatte schon Bamberger 1873 einmal ihm den Vorwurf gemacht, daß seine Rede über „Germanisierung“ des Elsaß „aus Frankreich käme“ (R.V. 16. 5. 73), so erfolgte ein besonders heftiger Angriff von seiten Bismarcks im Reichstag am 9. Okt. 1878. „Ich habe gefunden, daß das Urteil und die Haltung“ der Frankfurter Zeitung „immer genau koinzidiert mit dem Urteil und der Haltung der französischen offiziösen Presse, ... daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am andern oder am dritten Tage darauf durch die gesandtschaftliche Meldung als Aeüßerungen der französischen Regierung bestätigt wurden“ (Kohl VII S. 272). Wenn Sonnemann dagegen Verwahrung einlegte: „Ich erlaube mir an den Herrn

5. Die „Gesch. d. Frankf. Zeitg.“ unterläßt dabei nicht, hervorzuheben, wie Sonnemann persönlich auch auf französischen Chauvinismus mit Erfolg eingewirkt hat. (S. 333.)

Reichskanzler die Aufforderung zu richten, irgend eine Tatsache mitzuteilen, aus der hervorgeht, daß ich oder die Frankfurter Zeitung jetzt oder früher zu irgend einer Zeit oder irgend ein Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung jemals in irgend einer Verbindung mit der französischen Regierung oder irgend einem französischen Amt oder ähnlichem gestanden habe“ — so war das jedenfalls eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. Aber dann konnte er freilich mit Recht fortfahren: „Mit welcher französischen Regierung sollte es denn sein? ... Die Regierung des 16. Mai (das monarchistische Kabinett Broglie) ist von keinem Blatt in Deutschland heftiger bekämpft worden als von der Frankfurter Zeitung“ (R. V. 9. 10. 78).

In besonderer Weise hatten sich die Parteimeinungen mit der Außenpolitik Frankreich gegenüber auseinanderzusetzen, als Ende 1874 durch den Zwist in der außenpolitischen Geschäftsführung selbst, durch die Opposition des Pariser Botschafters Graf Arnim gegen den Reichskanzler und durch den daraus folgenden Prozeß wichtige Einzelheiten des auswärtigen Dienstes und der außenpolitischen Gedankengänge bloßgelegt wurden. „Hier in diesem Prozesse spürten wir den geheimsten Gängen unseres auswärtigen Dienstes nach, hier wurde das Blaubuch zusammengestellt und gefunden, welches dem deutschen Reichstage niemals vorgelegt wird“ (Hänel R. V. 29. 1. 76).

Diese Seite der Sache wurde natürlich besonders von den Oppositionellen betont, die auf konstitutionelle Rechte Wert legten, während diejenigen, die hinter Bismarck standen, durch den Einblick in die Akten vollständig die Friedlichkeit und maßvolle Haltung der Bismarckschen Politik erwiesen sahen, was das Verlangen nach Vorlegung von Blaubüchern als überflüssiges Mißtrauen kennzeichne. Arnim wollte ein Eingreifen Deutschlands in Frankreichs innere Entwicklung — Bismarck lehnte eine solche Einmischung ab; Arnim fand ein Interesse Deutschlands darin, eine französisch-italienische Spannung zu erhalten — Bismarck wünschte auf jeden Fall einen Konflikt, der zum Kriege führen könnte, vermieden zu sehen; Arnim unterstützte die französische Partei, unter deren Regiment Frankreich am ehesten wieder mit Deutschland zusammenstoßen mußte — Bismarck war für Erhaltung einer friedlichen Regierung. „Wir haben aus diesen Schriftstücken erfahren, daß diejenige Politik, welche der Kanzler für Deutschland leitet, weit entfernt davon ist, sich in die innere Gestaltung der Geschicke Frankreichs einzumischen, weit

entfernt davon, Keime zu neuen Zerwürfnissen und Kriegen zu geben, daß sie vielmehr im eminenten Sinne des Wortes eine Politik der Nichteinmischung und des Friedens ist.“ So sagte Bennigsen (R.V. 18. 12. 74, in den „Reden“ nicht enthalten), als Windthorst im Reichstag die geheimen Fonds des Auswärtigen Amtes angegriffen und dabei auch Arnims Klage zitiert hatte, daß die „öffentliche Meinung in Generalpacht“ genommen sei. Windthorst hatte bei seinem Angriff die Absicht, den einige Tage zuvor durch Annahme einer Resolution des Freiherrn von Hoverbeck gegen die Verhaftung von Abgeordneten eingetretenen Riß zwischen Bismarck und den Liberalen durch eine zweite Abstimmung nach Möglichkeit noch zu erweitern. Jetzt machte Bennigsen gerade unter Bezugnahme auf die Akten des Arnimprozesses die Bewilligung der geheimen Fonds zu einen Vertrauensvotum für Bismarck.

Arnim hatte teils aus Ehrgeiz, teils aber auch um der Legitimitätstheorie willen jene Bismarck entgegengesetzte Politik vertreten, und hierin zeigte sich seine Zugehörigkeit zu den Altkonservativen. Diese traten in der Folgezeit zum Teil auch auf seine Seite und sagten Bismarck ab.⁶

Auch auf das Zentrum mußte der Inhalt der Politik, die Arnim vertrat, Eindruck machen. „So sehr ist die internationale Interessengemeinschaft in der christlichen Anschauung begründet und ein Erbstück aller Völker gewesen, daß ein so radikaler Bruch mit der Vergangenheit selbst einem Mann wie der preußische Graf Arnim nicht in den Kopf wollte“ (Hp.Bl. 75 1875 S. 3). Ueberdies sah man gerade in Bismarcks Politik Frankreich gegenüber trotz aller Beteuerungen eine Einmischung, indem Bismarck Frankreich absichtlich an dem verhindern wollte, was er doch selbst als das beste für das Land anerkannte: an der Monarchie. Nach Arnims ersten Veröffentlichungen in der Presse meinten die Historisch-politischen Blätter: „Der Mann einer neuen Situation für heute oder morgen dürfte gefunden sein“ (1874 Bd. 74 S. 879).

Andererseits aber hatte Arnim, der für die Monarchie in Frankreich eintrat, durch dieselben ersten Veröffentlichungen in der Wiener Presse gezeigt, daß er es gewesen war, der schon während des vatikanischen Konzils Bismarck in eine Kulturkampf-

6. Verwandtschaften und Freundschaften spielten dabei freilich eine ebenso große Rolle wie politische Uebereinstimmung.

politik hatte drängen wollen. Das schwächte die Parteinahme für ihn entschieden ab und beschränkte sie auf die Freude über den Zwist im feindlichen Lager. „Darin erblicken wir die eigentliche Bedeutung des Vorfalles. . . . Für uns hat die Sache weiter kein Interesse“ (Hp.Bl. 74 1874 S. 804).

Statt dessen aber verschärften sich die mehr formalen Angriffe gegen Bismarcks Geschäftsführung, zu denen man die Ergebnisse des Arnimprozesses weidlich ausnützte. Man warf ihm vor, daß er mit persönlichem Haß den Mann verfolge, der nur einmal gewagt habe, eine andere Meinung zu vertreten. Als Motto über eine Besprechung des zweiten Arnimprozesses setzten die Historisch-politischen Blätter eine Stelle aus dem Fidelio:

Fidelio: Er muß wohl ein großer Verbrecher sein?

Ricco: Oder er muß große Feinde haben,

Das kommt oft auf dasselbe heraus (Hp.Bl. 79 1877).

Und höhnisch bemerkten sie, nachdem Arnim durch das an sich milde Urteil des Berliner Stadtgerichts doch politisch erledigt war: „Der Gegner ist in Grund und Boden zertreten und der allerhöchste Hof ist um die Möglichkeit eines Auswegs ärmer“ (75 1875 S. 297).

Freilich, wenn Bismarck in einem der Aktenstücke geschrieben hatte: „Ich muß, wenn ich im Stande bleiben soll, die Geschäfte, die Seine Majestät mir übertragen hat, fortzuführen, von allen Agenten des Reiches im Auslande, auch von den höchst gestellten, ein höheres Maß von Fügsamkeit gegen meine Instruktionen und ein geringeres von selbständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen, als dasjenige, welches Ew. Excellenz bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen“ (Staatsarchiv Bd. 28 S. 188 Bism. an Arn. 21. 1. 74). — So mußte das allerdings zu Bemerkungen Anlaß geben, wie die, daß es zu verwundern sei, „wie sich noch ein anständiger Mann in eine solche Automatenrolle fügen mag, wie sie den deutschen Diplomaten in der Person eines so hoch stehenden und gewichtigen Mannes wie Graf Arnim zugemutet worden ist“ (Hp.Bl. 75 1875 S. 315/16). Noch bei den Beratungen über die Erhöhungen von Botschaftergehältern im Jahre 1877 kam Schröder (Lippstadt) auf dies Thema zurück (R.V. 14. 3. 77).

Das persönliche Moment in dem Gegensatz zwischen Bis-

marck und Arnim und das schroffe Hervortreten der Selbstherrlichkeit des Reichskanzlers wurde naturgemäß für alle, die ihm irgend opponierten, zur Sensation. So kam es, daß selbst die Frankfurter Zeitung, die doch inhaltlich wahrlich nicht mit Arnims Politik übereinstimmte, sich auf seine Seite stellte.

Weniger Sensation war es aber, wenn Männer der Fortschrittspartei oder auch Lasker das Vorgehen Bismarcks gegen seinen Widersacher als unkonstitutionell empfanden und deshalb bekämpften — um Arnims Politik willen das zu tun hatten ja auch sie keinen Anlaß. Es geschah das bei der Beratung des Arnimparagraphen, den Bismarck für das Strafgesetzbuch forderte. Lasker wies darauf hin, daß doch die Entscheidung darüber, bei welchen Urkunden die Unterschlagung „das Wohl des Reiches gefährde“, schwer zu treffen sei und nur zu leicht dem politischen Gegner des Beklagten zufallen würde. Die ganze Sache also sei, so meinte besonders Hänel, teils eine Sache der Politik, und durch Stellung der Kabinettsfrage zu lösen, teils eine Angelegenheit des Disziplinarverfahrens, gehöre aber auf keinen Fall vor die ordentlichen Gerichte, die davor bewahrt werden müßten, politische Organe des Reichskanzlers zu werden. Bismarck appellierte demgegenüber an seine Autorität: Er müsse doch wissen, was das Interesse des Auswärtigen Amts erfordere; das schlug durch und der verlangte Paragraph wurde angenommen.

Wie sehr in dieser Behandlung des Falles Arnim bei Lasker und den Fortschrittlern die konstitutionelle Seite der Sache die außenpolitische überwog, war charakteristisch für sie, charakterisierte aber ganz allgemein die Kompliziertheit des Falles Arnim, die es zu einer reinen Scheidung der Parteien nach außenpolitischen Gesichtspunkten gar nicht kommen ließ. Die außenpolitischen Fragen, die dabei eine Rolle spielten: Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs oder nicht? Friedlichkeit der Bismarckschen Politik oder Händelsucht? Republik oder klerikales Regiment in Frankreich? — diese Fragen wurden durch zwei andere Ereignisse in weniger getrübler außenpolitischer Form berührt.

Im Herbst 1873 hatte der Bischof von Nancy einen Hirtenbrief erlassen, in dem zu Gebeten für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg mit Frankreich aufgefordert wurde, und dieser Hirtenbrief war auch auf deutschen Kanzeln der Diözesen Toul und Nancy verlesen worden. Im Dezember desselben Jahres

wurde von mehreren anderen französischen Bischöfen das deutsche Reich wegen des Kulturkampfes angegriffen. In beiden Fällen verlangte Bismarck, daß die französische Regierung dergleichen Vorkommnisse verhinderte und die bereits vorgefallenen rügte, was denn auch, freilich nicht mit der gewünschten Strenge, geschah. Im Laufe der Verhandlungen hatte Bismarck einmal an den Petersburger Botschafter Prinzen Reuß geschrieben — und dies wurde darauf auch den anderen Gesandtschaften mitgeteilt mit der Weisung, „daraus keinen Anlaß zu Mitteilungen ihrerseits zu entnehmen“ — : „Wenn die französische Republik sich den uns feindlichen Bestrebungen der römischen Kurie dienstbar macht, so werden wir uns für bedroht erachten und auf die Abwehr Bedacht nehmen müssen“ (D. A. I Nr. 147 S. 235). Offenbar auf diese Note⁷ ging ein Gerücht zurück, das damals auftauchte, Bismarck habe in einer Zirkulardepesche den Gedanken an einen Präventivkrieg ausgesprochen: „Die Reichsregierung sei von dem Wunsche durchdrungen, mit Frankreich in Frieden zu leben, und nichts werde unversucht bleiben, den Frieden zu erhalten. Wenn jedoch außer allen Zweifel gestellt werde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde die deutsche Regierung es nicht vor ihrem Gewissen und der Nation verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre“ (Schultheß 1874 S. 43).

Die Liberalen sahen hierin ihrer ganzen Auffassung der politischen Lage entsprechend eine notwendige und berechtigte Abwehr französischer Uebergriffe und gefährlicher ultramontaner Tendenzen. Das Zentrum hingegen sah darin eine arrogante, unzulässige Uebertragung des Kulturkampfes auf die Außenpolitik, einen der vielen Bismarcks Tradition entsprechenden Fälle, daß er den Krieg zu provozieren suchte, und eine Einmischung in die Selbständigkeit fremder Länder. Im April 1874 bei der Beratung des Militärgesetzes erklärte Mallinckrodt im Reichstag: „Glauben Sie, daß irgend ein Sturmanlauf von Frankreich her in der nächsten Zukunft zu besorgen ist? Glauben Sie dies noch, nachdem unser Auswärtiges Amt einen demütigenden Schritt seitens der französischen Regierung erzwungen hat, nachdem das Geständnis der Schwäche so handgreiflich uns abgegeben ist?... Entsteht dennoch ein Krieg, dann meine Herren, sind wir selbst

7. So Timme DA I, S. 235.

wohl diejenigen, die ihn einfädeln!“ (R.V. 14. 4. 74). Am 4. Dezember 1874, bei seiner ersten großen Attacke gegen Bismarcks Außenpolitik, kam Jörg auf den „kalten Wasserstrahl“ zurück. Er meinte, daß dieser Fall besonders geeignet gewesen wäre, vom diplomatischen Ausschuß des Bundesrats kontrolliert zu werden und stellte ihn in Parallele zu der Politik Spanien gegenüber, wo Bismarck nach der Ermordung des Hauptmanns Schmidt durch die klerikalen Carlisten aus fanatischer Feindschaft gegen diese die Regierung eines Mannes anerkannt hätte, „mit dessen Namen ich meinen Mund nicht inkommodieren will (Marschall Serrano)“ (R.V. 4. 12. 74). Windthorst, der seinem Fraktionsgenossen beisprang, erklärte: „Das aber kann ich allerdings nicht umhin auch meinesteils auszusprechen, daß die Methode des kalten Wasserstrahls und die Methode der Behandlung der spanischen Dinge jedenfalls nichts anderes sind als Interventionen... Ich habe allerdings für mich die Ueberzeugung, daß wir allmählich einem Kriege unwiederbringlich entgegensteuern“ (R.V. 4. 12. 74). Diese Art von Verdächtigungen der Reichsregierung brandmarkte dann Lasker als „Verbrechen gegen das Vaterland“, unter stürmischem Bravo seiner Partei (vgl. S. 26).

Wenn man im allgemeinen im Zentrum der Ansicht war, Bismarcks Ziel sei vor allem die Vernichtung des römischen Einflusses in allen Ländern, so hatte Jörg doch auch noch einen anderen Gedanken über die endgültigen und wirklichen Absichten des Reichskanzlers. „Das vorzüglichste Augenmerk ist sicherlich auf die Anziehung und Verkittung mit denjenigen Mächten gerichtet, deren Neutralität oder Offensivallianz für die Unternehmungen einer näheren oder fernerer Zukunft erforderlich ist“ (Hp.Bl. 73 1874 S. 395/96). Rußland und Italien waren diese Mächte, die durch den Kulturkampf gewonnen werden sollten, und das Objekt der näheren oder fernerer Unternehmungen würde, so argwöhnte Jörg, Oesterreich sein.

Der endgültige Schluß, den die Ultramontanen aus dem Zwischenfall der Jahreswende 1873/74 zogen, war jedenfalls dieser: „Seitdem Fürst Bismarck nicht Anstand genommen hat, aus Anlaß von ein paar patriotisch erregten Hirtenbriefen französischer Bischöfe den „kalten Wasserstrahl“ nach Paris zu dirigieren...: seitdem darf der Fürst nicht nicht beklagen, wenn man ihn stets auf der Suche nach einem neuen Kriegsfall begriffen wähnt“ (Hp.Bl. 74 1874 S. 404). Diese Auffassung schien

bestätigt und wurde bestärkt durch die Krieg-in-Sicht-Krisis im Frühjahr 1875.

Am 8. April erschien ein Artikel in der freikonservativen „Post“, der an einen „Wiener Brief“ der „Kölnischen Zeitung“ vom 5. April anknüpfte. Der Artikel war überschrieben: „Ist der Krieg in Sicht?“ und sprach im Hinblick auf den Besuch des Kaisers Franz Joseph in Venedig, auf die gefährdete Stellung Andrassys, auf die französischen Pferdeankäufe und das neue Cadres-Gesetz in Frankreich von der Gefahr einer ultramontanen Liga und mahnte, daß man auf der Hut sein müsse. Ein offiziöser Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 10. April beruhigte in bezug auf Oesterreich, drückte aber auch seinerseits Sorge aus über die neuesten Maßnahmen Frankreichs. Beide Artikel der der Post, deren Beziehungen zu den Kreisen um Bismarck bekannt waren, wurde auch für offiziös gehalten — erregten ungeheures Aufsehen und wurden von den Freunden Bismarcks als ernste Warnung, von seinen Gegnern als Kriegsdrohung aufgefaßt, „ein kalter Wasserstrahl in zweiter Auflage“ (Hp.Bl. 75 1875 S. 708). Der nachfolgende Versuch, den Zeitungs-lärm als Pressephantasien und Börsenmanöver zu erklären, überzeugte nicht. „Man mußte aber auch wirklich das Auftreten des Fürsten Bismarck gegen Frankreich im Januar 1874 gänzlich vergessen haben, wenn man den Kriegslärm der Reptilien als ihre Privatarbeit ansehen und auf die leichte Achsel nehmen wollte“ (Hp.Bl. 75 1875 S. 961/62). So machte sich überall, im Ausland wie bei der deutschen Opposition das Mißtrauen gegen Bismarcks Politik geltend. Napoleon III. hatte Kriege als ein gutes Ventil für innere Schwierigkeiten angesehen, warum sollte Bismarck nicht auf denselben Gedanken kommen, da seine Politik doch sonst mit der napoleonischen den gleichen Geist atmete und die inneren Schwierigkeiten doch auch groß genug waren? Zwar hatte das deutsche Reich gleich im Entstehen die Friedlichkeit seiner Politik proklamiert. Aber alles, was folgte, schien dem zu widersprechen; wirkliche Friedlichkeit hätte auch Bewahrung des inneren Friedens gefordert. „Von dem Augenblick an, wo er (Bismarck) das Gegenteil aus Mißtrauen und Argwohn tat, ist Mißtrauen und Argwohn die Seele seiner ganzen Politik geworden und in natürlicher Wechselwirkung begegnet ihm nun auch von allen anderen nur Mißtrauen und Argwohn“ (Hp.Bl. 75 1875 S. 710).

Mißtrauen, so fuhr Jörg fort, sei auch die Seele des Dreikaiserbündnisses. „Warum wir gerade jetzt an diese schöne Auffassung des angeblichen Dreikaiserbundes erinnern? ... Weil man mit Sicherheit annehmen darf, daß die verborgene Spitze des jüngsten Kriegslärms in Berlin nicht eigentlich gegen Frankreich, sondern gegen Oesterreich gerichtet war“ (S. 713). Der Instinkt eigener Anteilnahme an Oesterreichs Geschick führte Jörg auf diese Spur. Während von den meisten anderen in der Richtung, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ angegeben hatte, das über Oesterreich Geschriebene bald als unwesentlich angesehen und der Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ fast vergessen wurde, das Augenmerk dagegen lediglich auf die französischen Rüstungen beschränkt blieb, sah Jörg in den Artikeln die Drohung an Oesterreich, „denn die Franzosen werden erst wieder gefährlich, wenn man in Wien nicht mehr *Ordre pاریت*“ (S. 715).

Vom 10. bis 13. Mai waren Kaiser Alexander und Gortschakow in Berlin und verließen es, überzeugt, daß der Friede gesichert sei. Rußland also, so malte sich die Situation in den Augen der Opposition, der alte bewährte Freund im Osten, hatte auf Deutschland den Druck ausgeübt, der nötig war, um seine Kriegsgelüste im Zaume zu halten, und die Historisch-politischen Blätter zogen den Schluß: „Inzwischen erscheint eigentlich nicht mehr Frankreich, sondern Preußen als isoliert: das ist das Endresultat der jüngsten Verwicklung“ (Hp.Bl. 75 1875 S. 975). Für Jörg war an diesem Zarenbesuch noch besonders bedeutsam, daß offenbar Kleindeutschland nicht imstande war, sich den Befehlen Rußlands zu entziehen, und indem Rußlands erdrückendes Uebergewicht sich zeigte, war wiederum die ganze Gefahr erschienen, in der Oesterreich sich befand.

Am 31. Mai sprach der englische Staatssekretär des Aeußeren, Derby, im Oberhaus über die vergangene Krisis. Der Zeitungsbericht wußte zu melden, Derby habe dem deutschen Botschafter in London die Präventivkriegstheorie in den Mund gelegt; der amtliche Bericht sprach von hochstehenden Persönlichkeiten in Deutschland, auf deren Aeußerungen die Sorge vor Deutschlands Kriegsabsichten beruhte. Diese Mitteilungen Derbys erschienen der Opposition als der volle Beweis für die Richtigkeit ihres Mißtrauens. „In demselben Grade, in welchem die Situation durch ausländische Regierungen aufgeheilt wird, verliert die offi-

ziöse Berliner Presse jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit“ (Frankf. Zeitg. Anfang Juni; Gesch. d. Frankf. Zeitg. S. 318).

Während die offiziöse und liberale Presse im allgemeinen, Bismarcks Direktiven folgend, bloßen Zeitungslärm und Börsenmanöver für die Ursache der ganzen Unruhe erklärte, nahmen die Preußischen Jahrbücher (Wehrenpfennig) eine andere Haltung ein. Auch sie hielten für richtig, was Derby über die Absichten der deutschen Regierung mitgeteilt hatte, und sie sahen tatsächlich in den Zeitungsartikeln Maßnahmen der Regierung. Wenn also die Regierung selbst der Präventivkriegstheorie anhing, so erklärten die Preußischen Jahrbücher eben das auch für recht. „Will Frankreich in zwei Jahren schlagen, so werden wir im Interesse der Selbsterhaltung vielleicht gezwungen sein, es früher zum Schlagen zu bringen“ (35 1875 S. 452). Daß nun hinterher die Regierung das Ganze als durch die Presse und einige Baissiers verschuldet darstellte, darin sah Wehrenpfennig ein schwächliches Zurückweichen. Geholfen sei nun nichts, abgesehen davon, daß Andrassys Loyalität bewiesen sei und Kaiser Alexanders Freundschaft so sicher wie zuvor; die französischen Rüstungen aber gingen ungehindert weiter.

Im Reichstag kam erst im Januar und Februar 1876 die Sprache auf den Lärm vom Frühjahr 1875. Nur Liebknecht hatte schon im November 1875 einmal davon gesprochen (vgl. S. 62). Dann, bei der Beratung des römischen Botschafterpostens nannte Aug. Reichensperger als ein Beispiel für die stiefmütterliche Behandlung des Reichstags in außenpolitischen Dingen den Umstand, daß über die ganzen Vorgänge im vorigen Frühjahr der Reichstag gar kein klares, durch offizielle Darstellungen gegebenes Bild habe, und Schröder (Lippstadt) fügte hinzu: „Was wir davon — nicht offiziell, durch die Presse — erfuhren, war, daß der Friede ernstlich bedroht sei und daß er bedroht sei durch Deutschland selbst. Was wir weiter erfuhren, war uns ebenso unerwartet, nämlich der Friede sei gesichert, die Gefahr wieder beseitigt, aber durch wen? Nicht durch Deutschland sondern durch die Einwirkung einer anderen, befreundeten Macht“ (R.V. 25. 1. 76). Delbrück und Graf Bethusy-Huc lehnten es ab, über diese vergangenen Dinge zu sprechen, und Graf Frankenberg wies auf die Reise Kaiser Wilhelms nach Italien hin als den besten Aufschluß über die Bedeutung der Vorgänge im Frühjahr.

Am 9. Februar, bei der Beratung eines Paragraphen der

Strafgesetz-Novelle betreffend staatsgefährliche Zeitungsartikel, nahm Bismarck die Gelegenheit wahr, seinerseits über die Krieg-in-Sicht-Krisis zu sprechen. Leidenschaftlich schalt er über die Phantastereien der Presse und über den Mißbrauch, der mit dem Wort „offiziös“ getrieben werde, der ihn nun zwingt, von der Benutzung der Zeitungen überhaupt abzusehen, damit nicht auch die von anderen hineingelegten Kuckuckseier ihm zugeschrieben würden. Neben den Zeitungen sei an dem Kriegslärm schuld gewesen, „daß einzelne Diplomaten aus trüben Quellen schöpften“, „Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Ueberzeugungen aussprachen, die irrtümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urteil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das deutsche Reich wohlwollend zu beurteilen; ich nenne keine Namen, aber ich könnte sie nennen.“ Bismarck bestritt es ganz energisch, daß er einen Präventivkrieg für angebracht gehalten habe. Wenn er wirklich einen Krieg beabsichtigt hätte, würde er doch nicht selbst „Feuer“ haben schreien lassen (Kohl VI, S. 333 ff.). Demgegenüber erinnerte freilich Windthorst an die Methode des „Haltet den Dieb!“ und zweifelte Bismarcks Darstellung an. „Sollte denn wirklich lediglich durch Aeußerungen der Presse über den Zustand des Kriegs und des Friedens die Panik herbei geführt sein, welche im Frühjahr vorigen Jahres stattgefunden hat?.... Meinesteils muß ich freilich konstatieren, daß die Artikel, welche in der „Post“ und welche in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, von denen der Herr Reichskanzler damals noch nicht erklärt hätte, daß er mit ihnen nichts zu schaffen habe, gestanden haben, das wesentlich zum Bewußtsein des Publikums gebracht haben, was damals doch nicht so ganz unbegründet zu sein schien, wenn man die öffentlichen Kundgebungen, die hier und von anderen Staatsmännern gegeben sind, vergleichen wollte“ (R.V. 9. 2. 76). Bismarck erhob sich noch einmal zur Erwiderung: „Schmerzlich hat es mich berührt, daß der Herr Vorredner sich von der ihm wie es scheint lieb gewordenen Ueberzeugung, daß wir im vorigen Jahre den Krieg gewollt hätten oder doch daß die Welt uns dessen wenigstens verdächtigt, nur so schwer losreißen kann.“ Er wies noch einmal darauf hin, daß nicht nur Zeitungsartikel, sondern auch Diplomaten, trübe Quellen, Privatkorrespondenzen schuld gewesen seien, und fügte nun noch hinzu: „Ich kann dem Herrn Vorredner bezeugen, daß die Verfasser dieser Korrespondenzen

ihm, wenn nicht persönlich, doch politisch viel näher stehen wie mir“ (Kohl VI S. 353/54). War schon die Bemerkung in Bismarcks erster Rede eine Anspielung auf den Hof der Kaiserin Augusta gewesen, so galt dies ihren Bismarck so sehr unangenehmen katholischen Sympathien.

Aug. Reichensperger machte über diese Reichstagssitzung vom 9. Februar in sein Tagebuch eine Notiz, die einem Kopfschütteln glich, wie es möglich sei, daß Bismarck so alle eigene Teilnahme an der Auffassung von der Notwendigkeit eines Präventivkrieges abstritt. Hatte ihm, Reichensperger, doch im Sommer des vorigen Jahres der Bischof von Straßburg wörtlich einen Satz einer Note mitgeteilt, die Herzog Decazes von der deutschen Regierung erhalten hätte, und in der mit dem Einmarsch in Frankreich gedroht wurde! „Geradezu unbegreiflich ist es mir, daß die gedachte Note vom 4. Mai ... sowie die bezüglichlichen Äußerungen im englischen Parlament, des Kaisers von Rußland, Gortschakows, dasjenige, was mir, vorstehendes (die Note vom 4. Mai) bestätigend, der französische Gesandte in Brüssel gesagt hat, jeden Fundaments entbehren sollte, zumal da das Vorgehen gegen Belgien (betr. den Fall Duchesne) von den dort maßgebenden Personen eben wohl als eine Einleitung zum Kriege gegen Frankreich aufgefaßt war. Bismarck versicherte nun aber rundweg, weder der Kaiser noch er habe an den Krieg gedacht, wozu auch gar kein Anlaß vorhanden gewesen sei!“ (Pastor II S. 151).

Als gegen Ende der siebziger Jahre eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen eintrat, stand das Zentrum dieser neuen Wendung wieder mit Abneigung gegenüber. Es zeigte sich dadurch, wie viel in der Haltung des Zentrums nur formale Oppositionspolitik war; es zeigte sich aber außerdem auch die Bedingtheit seiner französischen Sympathien. Denn sie waren geknüpft an Frankreichs innerpolitische Entwicklung, und wie man die monarchistische Bewegung um des Legitimus, um ihrer Vatikanfreundlichkeit und ihrer kirchlichen Schulpolitik willen begrüßt hatte als eine erfreuliche Besserung Frankreichs, so war man nun nach dem Scheitern des Versuchs zur Herstellung der Monarchie, nach dem Anwachsen des Republikanismus und der Schaffung einer republikanischen Verfassung enttäuscht. Schon unter Mac Mahon, 1876, erhielt die zweite Kammer eine republikanische Mehrheit, und es setzte unter dem protestantischen Kultusminister Vaddington eine kirchenfeindliche Schulpolitik ein, und als Anfang 1879 Mac Mahon zurücktrat und Jules Grévy

Präsident wurde, regierte in Wahrheit Gambetta. Mit Bedauern sahen die Historisch-politischen Blätter in diesem Gang der Ereignisse einen Beweis für die Schwäche aller konservativen Elemente. „Nur von den Exzessen der Gegner läßt sich noch eine Zukunft für die alten Parteien hoffen. Und auch nur dann, wenn die harte Schule, welche sie nun durchzumachen haben werden, sie von den Schlacken des Prätendententums zu befreien und auf einen höheren Vereinigungspunkt zu erheben vermag. Ein solcher wäre gegeben im kirchlichen Prinzip“ (Hp.Bl. 83 1879 S. 317).

Zur Zeit also, wo in Frankreich selbst ein gewisser Kulturkampf einsetzte und das republikanische Frankreich sich außenpolitisch an England anlehnte, auch der bisherige Berliner Botschafter Gontaut-Biron, der klerikal war, durch Graf St. Vallier ersetzt wurde, trat im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine Entspannung ein. Bismarck konnte im Reichstag am 19. Febr. 1878 sprechen von der „Freundschaft, die uns glücklicherweise mit mehreren europäischen Staaten, ja mit allen wohl in diesem Augenblick verbindet — denn es sind die Parteien nicht am Ruder, denen diese Freundschaft ein Dorn im Auge ist —“ (Kohl VI, S. 96). Aus dem Reichstage heraus begrüßte Graf Bethusy-Huc mehrmals die nun eingetretene Besserung der deutsch-französischen Beziehungen (R.V. 6. 11. 77, 19. 2. 78). Das Zentrum dagegen betonte die Unnatur der Situation, daß ein monarchisches, konservatives Land lieber mit einer französischen Republik als mit einer französischen Monarchie zusammengehen wollte, und man wies auf die Gefahren hin, die eine Begünstigung des Radikalismus auch für das eigene Land bedeuten müsse. Als Anfang 1879 im Reichstag das „Maulkorbgesetz“ beraten wurde, sagte Treitschke mit einem Seitenblick auf Frankreichs neueste Entwicklung, daß er sich nicht einschläfern lasse durch die augenblickliche scheinbare Ruhe im sozialdemokratischen Lager (Reden S. 140). Da knüpfte Windthorst an und nutzte das zu einem Angriff auf die deutsche Politik gegenüber Frankreich aus. „Der Herr Abgeordnete von Treitschke hat eine Saite angeschlagen, die ich längst in meinem Innern habe vibrieren gefühlt, nämlich . . . daß ein Moment eintreten könnte, wo von Frankreich her eine soziale Fahne den Armeen vorangetragen werden könnte, wo die von vielen Stellen so sehr verhätschelte französische Republik eine Physiognomie annimmt, die weniger angenehm ist, als es bisher der Fall war. Es ist allerdings die französische Republik für monarchische Regierungen weniger bündnisfähig geblieben

— das dürfte auch heut noch zutreffen —, aber es scheint mir, daß sie jetzt bündnisfähig wird für gewisse mächtige Bevölkerungsmassen in den anderen Staaten, und in dieser Rücksicht hat der Herr Abgeordnete Treitschke allerdings recht, wenn er auch auf diese Gefahr hinwies. Ich denke, sie wird auch sonst verstanden werden, und es wird die Befriedigung darüber, daß auch in Frankreich der Kulturkampf bevorstehe, auch an diesen Stellen etwas abgekühlt werden“ (R. V. 7. 3. 1879).

Befriedigt über die neue Entwicklung in Frankreich waren natürlich die Demokraten. Als im März 1879 ein pazifistischer Antrag des Abgeordneten von Bühler-Oehringen vorlag, und der Antragsteller selbst auf die Stimmen hingewiesen hatte, die auch in Frankreich die Sehnsucht nach dem Frieden ausgesprochen hätten, fügte Sonnemann hinzu, „daß die Verhältnisse im Westen jetzt einer friedlicheren Gestaltung der Dinge nicht ungünstiger liegen als sie früher gelegen haben, da noch ein Militär an der Spitze des Staates stand“ (R. V. 11. 3. 79).

4. Militäretat. Pazifismus.

Der deutsch-französische Krieg 'schuf in Frankreich eine Stimmung, die Deutschland nötigte, mit der Möglichkeit eines zweiten Krieges zu rechnen. Aber noch weit darüber hinaus war es die Entstehung des Reiches selbst, die Kriege, die um ihretwillen geführt worden waren, und die ganze neue Lage in Europa, die auf allen Seiten Besorgnis, Mißtrauen, Unzufriedenheit wach hielt und Deutschland zwang, auf jeden Fall vorsichtig zu sein. Auf der Hut sein hieß: gerüstet sein, hieß, ein starkes Heer stets schlagfertig halten. Dieser Gesichtspunkt war für einen großen Teil des Reichstags beherrschend bei allen militärischen Beratungen, und die allgemeine Popularität, die sich das Heer erworben hatte durch die Erfolge, zu denen es Deutschland geführt, wirkte in derselben Richtung. Andere Erwägungen aber standen dem entgegen. Konstitutionelle Bedenken geboten vielen an bestimmtem Punkte Halt; wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale Gesichtspunkte sprachen gegen hohe Militärausgaben, beim Zentrum auch wiederum außenpolitische Gedanken, und bei Vielen wirkte sich die Opposition gegen die ganze Politik aus, deren Konsequenz nun die starken Rüstungen sein sollten.

Diese Gegensätze stießen aufeinander bei den verschiedenen Militärvorlagen, mit denen sich der Reichstag in den siebziger Jahren zu befassen hatte. Die Anlage eines Reichskriegsschatzes

von 120 Millionen in Gold wurde 1871 schon vorgeschlagen; im selben Jahre forderte die Militärverwaltung ein dreijähriges Pauschquantum anstelle eines regelrechten Jahresbudgets, und 1874 wünschten die Regierungen die dauernde gesetzliche Festlegung der Friedenspräsenzstärke des Heeres, wofür dann die Festsetzung auf sieben Jahre beschlossen wurde. In der nächsten Session 1874/75 wurde ein Landsturmgesetz vorgelegt. Die Beratungen der Militäretats in den folgenden Jahren waren nach der Bewilligung des Septennats von geringerer Bedeutung, ebenso einige kleinere militärische Vorlagen. Die Erneuerung des Septennats, die 1881 nötig wurde, warf ihre Schatten voraus in die Beratungen der Zolltarife 1879, die dem Reiche eigene Einnahmen verschaffen sollten.

Von dem besonderen Anteil, den die Konservativen am Heer nahmen, ist schon einmal die Rede gewesen. Für sie, aus deren Kreisen sich von jeher in erster Linie das Offizierkorps rekrutiert hatte, war das Heer ein Standesinteresse. Und wie das Heer und das Königtum, das es geschaffen, von jeher zusammengehört hatten, so wollten die Konservativen auch weiterhin dem Königtum seine sicherste Stütze ungeschmälert erhalten. Und schließlich wollten sie dem Staat für seine Außenpolitik, deren eigentliche Entscheidungen doch immer in Kriegen würden liegen müssen, eine scharfe und überlegene Waffe geben. Um eines starken Heeres willen waren auch die Konservativen an der deutschen Einheit interessiert; in Heerwesen, Diplomatie und — um des Heerwesens willen — in den Finanzen wünschten auch sie die Zentralisation; vor allem sollten die Süddeutschen ihr Militär dem preußischen Muster anpassen. Wie sehr den Konservativen das Heer im Vordergrund stand, zeigt ein Programm der Altkonservativen aus dem Mai 1873. Es beginnt: „Mit Dank gegen Gott begrüßen wir die Wiederherstellung eines deutschen Reiches unter unserem Könige als deutschem Kaiser“, und sofort nach dieser Einleitung heißt es: „Zur Aufrechterhaltung und Befestigung der gewonnenen Stellung erscheint uns die Bewahrung und Stärkung der Wehrkraft unserer Armee ein unabweisbares Erfordernis“ (Parisius S. 156). Ein Einfluß des Parlaments auf das Heer war etwas, woran die Konservativen natürlich nicht das mindeste Interesse hatten. Gegenüber den Forderungen auf vollständige alljährliche Militärbudgets erklärte Moltke: „Ich kann mich nur schwer davon überzeugen, daß die vornehmste Institution des Reichs überhaupt ein Provisorium sein darf“ (R.V. 14. 4. 74).

Die geschlossene Machtstellung eines einheitlichen deutschen Reiches war das wesentliche Ziel der deutschen Reichspartei und einiger rechtsstehender Nationalliberaler, und was die Regierung um dieses Interesses willen forderte, konnte bei ihnen auf freudige Unterstützung rechnen, auch die Forderung auf Verzicht der Ausübung des Budgetrechts, soweit es das Heer betraf. „Fordern Sie und fördern Sie mit uns die Freiheit, die Ausbildung der Freiheit und des Rechts im Innern dadurch, daß wir das Reich nach außen sicher stellen durch Erhaltung seiner Armee!“ (Bethusy-Huc R.V. 16. 2. 74). Die außenpolitische Lage nach 1871 schien das besonders zu verlangen. Nur wenn Deutschland keinen Zweifel darüber ließe, daß sein Schwert stets geschärft sein würde, könnte es darauf rechnen, daß Frankreich oder wer sonst Revanchebedürfnisse hätte, keinen Angriff wagen würde; den Frieden zu erhalten, den Frieden zu gebieten, dazu müßte Deutschland seine Wehrkraft in imponierender Stärke erhalten und dürfte das Heer nicht den Wechselfällen parlamentarischer Beratungen und Abstimmungen aussetzen. Den prägnantesten Ausdruck verlieh diesen Erwägungen Moltke in seiner Rede zur ersten Beratung des Militärgesetzes (R.V. 16. 2. 1874): „Im Innern schützt ja das Gesetz Recht und Freiheit des Einzelnen; nach außen von Staat zu Staat nur die Macht. . . . Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrisen wird. Darüber meine Herren dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen“.

Dieser unbedingten Forderung einer starken Wehrmacht standen auf der linken Seite der Liberalen Erwägungen gegenüber, die zum mindesten eine dauernde Festsetzung der Heerespräsenzstärke untunlich erscheinen ließen; aus konstitutionellen Rücksichten durfte dieser wichtigste Punkt des Militäretats nicht dem Budgetrecht entzogen werden, und tatsächlich hätte das eine starke Schwächung des Parlaments überhaupt bedeutet, da der Militäretat bei weitem der umfangreichste des Reichshaushalts war. So wurde schon 1867 der Versuch Bismarcks, die Heeresstärke durch die Verfassung festzulegen und damit der Entscheidung des Parlaments zu entziehen, abgewiesen. 1871 bei der Forderung des dreijährigen Pauschquantums und 1874 in der Vorlage des Militärgesetzes, das die Heeresstärke für immer festlegen sollte, kam der Kampf von neuem zum Ausbruch. Hoverbeck nannte „die

Bewilligung eines eisernen Etats eine Unmündigkeitserklärung des Reichstags“ (R.V. 29. 11. 71). „Zeigen Sie mir doch überhaupt ein kultiviertes Land in Europa, wo einem Parlament auch nur angesonnen worden ist, eine Friedenspräsenzstärke gesetzlich festzustellen!“ rief Richter (R.V. 16. 2. 74), und auch der siebenjährigen Festlegung gegenüber erklärte Schulze-Delitzsch: „Sie tun nicht wohl, eine Art Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu zeigen, indem Sie ohne jeden Grund dem Volksgeiste entgegen ihm das Ansinnen stellen, um wehrhaft nach außen aufzutreten, müsse es wenigstens zeitweise von seinem wichtigsten Grundrechte etwas aufgeben“ (R.V. 20. 4. 74).

Die Nationalliberalen waren gespalten; wie immer lag innerhalb ihrer Partei der Uebergang von rechts nach links, von Treitschke, der bereit war, den Einfluß der Parlaments auf die Heeresstärke ganz aufzugeben, zu Lasker, der sich bemühte, die Partei auf den Standpunkt der Fortschrittler hinüberzuziehen. 1871 machte Forckenbeck den Versuch, durch den Kompromißvorschlag eines zweijährigen Pauschquantums die Spaltung zu verdecken, aber außer den Nationalliberalen selbst stimmte niemand dafür, und nach der Ablehnung nahm der größere Teil doch das dreijährige an. 1874, als es sich um die dauernde Festlegung handelte, war der Widerstand der Nationalliberalen stärker; aber schließlich gewann der von Bennigsen in Verhandlungen mit Bismarck gewonnene Kompromiß einer siebenjährigen Fixierung, das Septennat, die Zustimmung der Partei mit Ausnahme Laskers. Daß die Partei sich dazu bereit finden ließ, hatte noch mehr Gründe als das Uebergewicht der machtpolitischen Gedanken über die konstitutionellen Bedenken. Bismarcks Autorität in außenpolitischen Dingen hatte sich geltend gemacht in scharfer Kritik an der anfänglich ablehnenden Haltung der Nationalliberalen. Vom Krankengericht aus hatte er an die Wähler appelliert, hatte mit seinem Rücktritt oder der Reichstagsauflösung gedroht. Und eine Neuwahl unter dem Gesichtspunkt: „Für oder gegen das Heer“ konnte den Nationalliberalen gefährlich werden, denn eine starke Bewegung im Volke und selbst in den nationalliberalen Zeitungen zeigte, in welcher Richtung die Popularität des Heeres und Bismarcks die Entscheidung fällen würde. „Wie aber, wenn die Regierung den Reichstag auflöste? Dann würden die Gegner des Gesetzes mit Erstaunen die wirkliche Gesinnung dieses Volkes in Waffen kennen lernen. Die Nation weiß, daß ihr Dasein bedroht wird von der Rachsucht eines unversöhnlichen Feindes; sie liebt

das Heer, das ihre stolzesten Träume endlich zur Wahrheit gemacht hat, sie weiß, daß ihre Steuerlasten zwar schwer, doch nicht unerschwinglich sind“ (Treitschke Pr. Jb. 33, 1874 S. 313/14). Und wenn andererseits der Reichskanzler zurückträte? Dann lag die Gefahr nahe, daß die Regierung nur den einen Ausweg sah, sich wieder mit den Konservativen zu verbünden, also zu einer neuen Reaktion. Dagegen: „Gelingt die Verständigung mit der Krone, so ist der Liberalismus sicher, auf ein Jahrzehnt hinaus durch seine Grundsätze und bald auch durch seine Männer das deutsche Reich zu beherrschen“ (ebenda S. 313). Und ein letzter Grund, einen Konflikt zu vermeiden, war, daß es nötig schien, die Einheitsfront gegenüber den „Reichsfeinden“ aufrecht zu erhalten. So stimmten also die Nationalliberalen dem Septennat zu, und daß ihr größerer Teil noch weiter nachzugeben bereit gewesen wäre, zeigte die Art, wie Bennigsen sich und seine Partei verteidigte gegen den Vorwurf, unerläßliche Rechte des Parlaments aufgegeben zu haben. „Meine Herren, wären die Gegensätze in diesem Falle unvereinbar (das Septennat hatte sie vereint), so würde ich sagen: die Rechte der Volksvertretung bei der Bewilligung im Budget, selbst bei den größten Summen für die Armee müssen zurücktreten gegen die Frage der Sicherheit und der Integrität unseres Staates nach außen“ (Reden I S. 302).

Bei den Nationalliberalen richteten sich die Bedenken auf jeden Fall nur gegen die Aufgabe des Budgetsrechts; das Heer selbst wollten sie unbedingt stark erhalten sehen.⁸ Anders war die Stimmung bei der Fortschrittspartei. Nicht nur, daß sie streng an den konstitutionellen Forderungen festhielt und die Gruppe Löwe-Berger ausscheiden mußte, als sie aus den gleichen Gesichtspunkten wie die Nationalliberalen das Septennat annahm. Sondern bei den Fortschrittlern richtete sich die Opposition in gewissem Maße gegen das Heer als solches. Das Heer selbst schien schon eine Beeinträchtigung der Volksfreiheit. Erinnerungen an die Rolle, die das Heer 1848/49 gespielt hatte, mochten dabei mitwirken, und auch jetzt noch sah man das Heer in engerem Zu-

8. Selbst ein Mann, der doch auf dem linken Flügel der Partei stand, Rickert, sagte gelegentlich einer Etatsberatung 1878: „Ich will keineswegs sagen, daß die Aufmerksamkeit der Nation nicht fort und fort auf diesen Etat gerichtet sein soll und daß wir allen Grund haben, jede Mehrforderung der Militärverwaltung auf das genaueste zu prüfen...., aber daß Deutschland inmitten großer Militärstaaten, Deutschland in der gegenwärtigen Situation.... nicht mit verschränkten Armen zusehen darf, liegt auf der Hand.“ (R.V. 16. 2. 78.)

sammenhang mit dem Königtum stehen als mit dem Volke. Darum erst recht durfte das Militärbudget nicht den Beratungen des Parlaments entzogen werden. „Deutsches Heer und deutsches Parlament soll man nicht trennen“ (Richter R.V. 13. 2. 74). Weil die Armee und vor allem das Offizierkorps ein vielfach bevorrechteter Fremdkörper im eigentlichen Volke war, darum war Eugen Richter auch mit demokratischer Schärfe gegen Kadettenanstalten und Unteroffiziersvorschulen, Zuchtstätten eines Kastengeistes, und im besonderen war das Gardekorps mit seiner Ausnahmestellung Richter und Hoverbeck ein Dorn im Auge. In diesem Sinne auch nahm die Fortschrittspartei Stellung zum Landsturmgesetz. Sie beantragte, daß der Landsturm in keinem Falle in die Landwehr eingereiht und daß er nicht im Felde verwandt werden dürfte, und wünschte eine Reihe von Klauseln betreffs der Uebungen in Friedenszeiten und der Einberufung im Falle der Bedrohung, alle mit dem Zweck, den Landsturm als ein wahres Volksaufgebot getrennt zu halten vom stehenden Heer und seinen Reserven.

Die Abneigung gegen das stehende Heer als ein mögliches Instrument gegen die Massen des Volkes war naturgemäß besonders stark bei den Sozialdemokraten, war der Hauptgrund, der sie die Einrichtung eines Volksheeres verlangen ließ.

Den Standpunkt der Regierten und den Standpunkt des Freihandels vertrat die Fortschrittspartei, wenn sie in den hohen Militärausgaben ein Ueberhandnehmen des staatlichen Eingreifens über wirtschaftliche Gesichtspunkte erblickte. Es war eine Sinnlosigkeit, soviel Geld in einen unproduktiven Apparat zu stecken, dessen eigentlicher Sinn es doch war, lediglich ein dienendes Glied zu sein zum Schutze von Handel und Wandel, und der nun, verherrlicht und vergöttert, Unsummen wirtschaftlicher Kraft verschlang. Schon Friedrich Harkort hatte an den Wunsch nach Erwerb Elsaß-Lothringens den andern Wunsch geknüpft, daß nachher die Militärlasten würden vermindert werden können. Aber das trat nicht ein. Im Gegenteil, das erste, was gleich nach dem Kriege im Interesse neuer Kriegführungen geschah, war die ökonomisch ganz unrichtige Niederlegung eines Kriegsschatzes, der ein totes Kapital darstellen mußte; die Schäden davon berechnet Richter noch in seinen Erinnerungen (Im alten Reichstag I S. 40/41). Hier war selbst Löwe Gegner der Vorlage. Auch gegenüber dem Militärgesetz wandte Richter die Ueberlegung ein: „Sind wir aber jetzt in der Lage, ... daß wir nur eine, die

militärische Rücksicht kennen müssen, daß es auf die übrigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse durchaus nicht ankommt?“ (R.V. 16. 2. 74). Und grundsätzlich sagte er: „Bei der Wehrkraft handelt es sich für uns auch darum, wirtschaftliche Interessen neben den militärischen zur Geltung zu bringen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die wirtschaftlichen Interessen auch ein Teil der Wehrkraft sind“ (R.V. 10. 5. 78).

Wenn nun von der rechten Seite des Reichstags höher als die wirtschaftlichen die militärischen und außenpolitischen Gesichtspunkte gesetzt wurden, die Notwendigkeit, stark und gerüstet zu sein mit Rücksicht auf die außenpolitische Unsicherheit, so griffen die Gegner der Militärvorlagen diese Gesichtspunkte auch selbst an. „Wir wollen uns doch nicht schwächer stellen als wir sind!“ sagte Richter bei der Beratung des Militärgesetzes (R.V. 16. 2. 74), und im Kampf gegen den Reichskriegsschatz meinte Löwe beruhigen zu können: in Frankreich sei man in Wirklichkeit friedlicher, als in Erscheinung trete, und jedenfalls sei das Revanchegeschrei nichts Notwendiges, sondern nur ein Uebergangsstadium (vgl. S. 70). Lasker warnte einmal, daß man doch als Laie nicht mit Sicherheit davon sprechen könne, daß die Zeit so krieglerisch sei (R.V. 29. 11. 71). Auch die Argumentation, daß ein starkes Heer nötig sei, um den Frieden zu erhalten, bestritt Hoverbeck: „Europa würde nach einer solchen Theorie von Waffen starren, Europa könnte den Frieden gerade darum auf die Länge nicht bewahren“ (R.V. 29. 11. 71).

Die Ungunst der Lage, in der sich das neue Reich befand und mit der es seine Begründung bezahlen mußte, suchte man in milderem Lichte darzustellen, um die Reichsgründung von den Vorwürfen, die man ihr deswegen machen konnte, zu entlasten, und um der Konsequenz großer Rüstungen zu entgehen. Noch weiter aber ging gelegentlich Richter; er wurde skeptisch, ob nicht diese Konsequenz der viel zu hohen Militärlasten und der dauernden Kriegsgefahr im allgemeinen europäischen Wettrüsten ein zu hoher Preis für das Erreichte sei. Insbesondere die Wirtschaftskrise, die den Schutzzöllnern Anlaß gab, die freihändlerische Gesetzgebung anzuklagen, sah Richter als eine Folge der Ueberbelastung mit militärischen Leistungen an, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden hatte, „und ebenso, wie unsere Wirtschaftspolitik anzugreifen, hätte man die auswärtige Politik angreifen können. Mit ebensoviel Recht man sagt, unsere Wirtschaftspolitik

sei überstürzt, hätte man sagen können, die Aufrichtung des deutschen Reiches ist eine übereilte gewesen“ (R.V. 20. 11. 75).

Wieder wurde in ganz ähnlicher Weise, nur schärfer, von den Sozialdemokraten das Argument der zu schweren Militärlasten gegen die vergangene Außenpolitik ins Feld geführt. So sagte Bebel einmal: „Seit Jahren, wenn im norddeutschen Reichstag von irgend einer Seite die Verminderung des Militäretats besprochen wurde — was wurde da geantwortet? „Wir befinden uns in einer kritischen Lage, wir können nicht wissen, ob nicht über kurz oder lang der Erbfeind Deutschlands uns den Krieg erklärt, wir müssen also gerüstet sein“. Nun, meine Herren, der „Erbfeind“ Deutschlands ist nach Ihrer Ansicht vollständig zugrunde gerichtet, und doch ist unsere Lage dieselbe geblieben und wird sich noch verschlimmern.... Also, meine Herren, ich komme zu dem Resultat, daß wesentlich die Politik des Reichskanzlers der Grund und die Ursache war, die uns in diese schlimme Lage gebracht hat“ (R.V. 24. 4. 71).

Die Gründe gegen den hohen Militäraufwand mußten naturgemäß vor allem auch von der Partei geltend gemacht werden, die von vornherein die Reichsgründung nur mit geteilter Freude angesehen hatte. Als Konsequenz des Nationalitätsprinzips und als Ausgeburt des strammen, uniformierten Preußentums war ihr der Militarismus ebenso unangenehm wie wegen seiner wirtschaftlichen Unzuträglichkeit, seiner Vernachlässigung sozialer Gesichtspunkte, seiner unitarischen Tendenz und seines kriegerischen Charakters. Das wahre „Reich“ hätte für das Zentrum etwas anders aussehen müssen, als der 1871 entstandene „zentralisierte und militarisierte Nationalstaat“ (Hp.Bl. 67, 1871 S. 6). Der Militarismus war der Anfang zu der Staatsomnipotenz des Liberalismus, er gehört zu dieser Kultur hinzu, die die feineren Umgangsformen und jedes freiere würdige Leben tötet (Hp.Bl. 76, 1875 S. 970/1 und 973). Er repräsentierte den Gegensatz zwischen Nord und Süd: „Die Waffe Preußens ist die Kanone, die Waffe Oesterreichs ist die bürgerliche Freiheit“ (Hp.Bl. 68, 1871 S. 712). Im Interesse der bürgerlichen Freiheit hatte auch Malinckrodt, der Rheinländer, 1869 vor Miquels Antrag auf Rechtseinheit gewarnt: „Man tröstet sich mit dem Satze: durch die Einheit zur Freiheit. Aber die Herren scheinen mir nicht genügend aufmerksam darauf zu sein, daß inzwischen die Freiheit an die Bajonette des Militärstaates zu hängen kommt“ (Rachfahl Pr. Jb. 135 1909 S. 227). Das Landsturmgesetz war dem Zentrum ein

Abweichen von dem Gedanken, den der Landsturm von 1813 her enthielt: daß es eine freie, begeisterte levée en masse gegen den eingedrungenen Feind sein sollte. Der gegenwärtige Militarismus aber stand im Gegensatz zum Prinzip der allgemeinen Wehrbereitschaft (Schorlemer R.V. 11. 1. 75). Es entsprach der freiheitlichen Tendenz und der ganzen Haltung des Zentrums, wenn es die dauernde Fixierung der Heeresstärke nicht nur aus Taktik, auch nicht nur um der Höhe der Ausgaben willen, sondern aus konstitutionellen Rücksichten ablehnte im selben Sinne, wie es parlamentarische Beratungen über Außenpolitik forderte.

Und wie das Zentrum hier in einer Linie mit der Fortschrittspartei stand, so stimmte es auch darin mit ihr überein, daß es die Militärausgaben für eine wirtschaftliche Gefahr hielt. „Wir haben steigende Lasten trotz der glänzenden Siege, wir haben viel Armut und Elend trotz der Milliarden, die uns gezahlt sind; Handel und Gewerbe liegen darnieder trotz unseres politischen Prestige Wenn es in dieser Weise weitergeht, zehrt der Militarismus, dem wir verfallen sind, das Mark der Nation auf!“ (Schorlemer R.V. 10. 5. 78). Eine Besonderheit des Zentrums aber und eine Vertiefung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte war die Aufmerksamkeit, die man hier den sozialen Gefahren und den sozialen Aufgaben schenkte; und auch um ihretwillen waren die ständigen Kriegsrüstungen falsch. Jörg tadelte den „Versuch, den wir gemacht haben, den unmöglichen Versuch, zugleich ein großer Industriestaat und ein großer Militärstaat zu sein“ (R.V. 26. 4. 77).⁹

Schließlich aber und ebenfalls mehr als bei der Fortschrittspartei waren es Rücksichten der Außenpolitik, die das Zentrum gegen die starken Heeresrüstungen einnahmen. Gelegentlich erklärten auch sie wohl die Gefahr eines feindlichen Angriffs als nicht vorhanden; wenn irgend ein Krieg ausbräche, würde es sicherlich Deutschland sein, das ihn anfinke. Oder aber, wenn tatsächlich das deutsche Reich sich so unbeliebt gemacht hat, daß es auf der Hut sein muß — wie Moltke behauptete —, dann schien das eben das schärfste Urteil, das über die ganze Politik Bismarcks gefällt werden konnte. „Wohin würde überhaupt die Argumentation des Herrn Abgeordneten Teutschke führen: wenn man einen Feind geschlagen hat, so wird er erst recht fürchterlich!“ (Rei-

9. „Ich glaube, daß die brennendste Frage dieser Gesellschaft lautet: Was werden wir morgen essen? Vom Schicksal aber wird ihr immer wieder die Frage aufgedrängt: Werden wir uns vielleicht morgen schon wieder schlagen?“ (Hp.Bl. 84, 1879 S. 782.)

chensperger R.V. 30. 11. 71). „Wenn ein Staatsmann behauptet: Ich habe nach zwei oder drei Kriegen das von mir vorgesteckte Ziel nun glücklich erreicht, dieser Staatsmann ist aber nicht imstande, an Entwaffnung zu denken, sondern er muß weit entfernt davon seine Rüstungen immer höher treiben, dann, meine Herren, gibt es nur eine Alternative: Dann war die Politik dieses Staatsmannes entweder eine verfehlte — oder aber er irrt sich darin, wenn er meint, er habe das definitive Ziel schon erreicht“ (Jörg R.V. 20. 4. 74). Und eben weil man argwöhnte, daß Bismarck noch weitere Abenteuer vorhabe, hatte man einen Grund mehr, ihn nicht noch durch Schaffung eines schlagfertigen überlegenen Heeres dazu zu verlocken. Wenn Deutschland überall von Neid, von Mißtrauen und Argwohn umgeben war, dann wäre es das richtigste, nicht durch Rüstungen diese Situation noch zu verschärfen und die andern Staaten auch ihrerseits zu neuen Rüstungen zu treiben. Wenn Moltke gesagt hatte, „daß in den Augen des ganzen Auslands nur ein unbequemer Nachbar: Deutschland, da sei, vor dem man sich fürchte, soll das nicht dahin führen, uns zu fragen, ob es denn nur unsere Aufgabe sein könne, uns immer noch stärker zu rüsten, oder ob es nicht vielmehr der gegenwärtigen Lage gegenüber unsere Aufgabe sei, das gesamte Ausland zu beruhigen gegenüber dem allein als unbequem und gefürchtet bezeichneten Nachbarn“ (P. Reichensperger R.V. 13. 4. 74). „Was mir am meisten Sorge macht, sagte Jörg einmal, das ist der allgemeine politische Zustand in Europa, den ich ein durchgängiges Provisorium nennen möchte.... Diese Lage ist es, die keinem Staate in Europa mehr Ruhe läßt. Sie alle starren in Waffen bis an die Zähne, sie alle überbieten sich in Rüstungen, sie alle stehen in permanenter Kriegsbereitschaft und keiner ist am Ende sicher davor, ob er nicht über Nacht von dem Nachbar angefallen wird“ (R.V. 20. 4. 74). „Die katholische Kirche allein steht noch erhaben über all den entsetzlichen Erscheinungen des Rassenhasses. Die Gläubigen aller Nationen haben ein Haupt ihrer Kirche und ein Heiligtum, wo die Völkerunterschiede schweigen müssen, weil dort alle nur als Kinder des einen Vaters und als Brüder in Christo eintreten können, nicht als „Erbfeinde“ und als Germanen in einem natürlichen Gegensatz zu den Romanen.... Insofern hat es seine volle Richtigkeit mit dem „Kosmopolitismus der Kirche“ (Jörg Hp.Bl. 69 1872 S. 10).

So berührte sich der „Katholizismus“ des Zentrums mit dem

eigentlichen „Kosmopolitismus“ der Demokraten.¹⁰ Der Pazifismus der Demokraten betätigte sich in der „Friedens- und Freiheitsliga“, an deren Kongressen Sonnemann wiederholt teilnahm. Den Brüssler Kongreß hingegen, der, auf Rußlands Einladung zusammengetreten, über einige völkerrechtliche Regelungen der Kriegführung beraten sollte, beurteilten Demokraten und Zentrum gleichmäßig ablehnend. Er hätte besser getan, die Frage der Abrüstung in Angriff zu nehmen und die Möglichkeit eines neuen europäischen Vertragsrechts durch die Instanz eines Schiedsgerichts zu schaffen, statt der Kriegführung noch obendrein Regeln zu geben.¹¹ „Ich glaube, sagte Schorlemer bei der Beratung des Landsturmgesetzes, wenn der Brüsseler Kongreß sich mehr mit der Frage einer allgemeinen angemessenen Abrüstung beschäftigt hätte, würden ihn die Sympathien der Völker ebenso sehr begleitet haben, als jetzt seine Abmachungen der allgemeinen Vergessenheit und Gleichgültigkeit verfallen“ (R.V. 11. 1. 75), und in demselben Geiste, in dem die Zentrumsfraktion die Militarisierung des Landsturms beurteilte, schrieben die Historisch-politischen Blätter über den Kongreß: „Alles, was die Geschichte von todesmutigem Patriotismus und aufopfernder Vaterlandsliebe erzählt, sollte künftig nach der Frage beurteilt werden: Hat er Uniform angehabt oder wenigstens auf Schußweite erkennbare militärische Abzeichen?“ (Hp.Bl. 75, 1875 S. 8).

Mit dem Pazifismus der Demokraten berührte sich auch der der Sozialdemokraten; wiederholt wurde er von ihnen im Reichstage ausgesprochen: „Wir Sozialdemokraten wollen Frieden und Völkerverbrüderung, aber nicht den Massenmord und nicht das massenhafte Elend, welches durch den Krieg in die Arbeiterkreise hineingetragen wird“ (Hasselman R.V. 11. 1. 75). In einer Abrüstung des französischen Heeres hätten sie 1871 eine sehr wünschenswerte Friedensbedingung gesehen.

Der Zentrums pazifismus und der der Demokraten unter-

10. In Süddeutschland, wo beide Parteien zum großen oder größten Teil sich rekrutierten, hatte man sich vielfach an den Strohalm des Pazifismus geklammert, als man nach dem Krieg von 1866 nicht aus noch ein wußte.

11. „Zum Trost für die gepeinigste Menschheit ist im vergangenen Jahre zu Brüssel ein Kongreß zusammengetreten, ... aber nicht etwa zum Friedenswerk eines neuen europäischen Vertragsrechts, sondern um ein neues internationales Kriegsrecht zu begründen. Nichts ist bezeichnender!“ (Hp.Bl. 75, 1875 S. 8.)

nahmen je einmal einen Vorstoß im Reichstage. „Auf die Gefahr hin — so sagte Aug. Reichensperger am 1. März 1879 bei der Beratung des Haushaltsetats —, als ein Phantast zu erscheinen, der Chimären nachjagt, möchte ich hier einem Wunsch Ausdruck geben — ob er erfüllbar ist oder nicht, mag einstweilen dahingestellt sein —, dem Wunsch nämlich, daß unser so überaus mächtiger Herr Reichskanzler, der ja seine Hand sozusagen gebietend über unsern Kontinent hinstreckt, einmal sich mit der Frage beschäftigen möge, ob nicht ein europäischer Abrüstungskongreß sein Wirken auf die glänzendste Art krönen könnte.“ Wenn Deutschland und Oesterreich in diesem Sinne zusammen vorgingen, würden sie es wohl erreichen können, daß alle Staaten ihre Rüstungen auf ein vernünftigeres Maß zurücksetzten. Auf Reichenspergers Anregung antwortete nur der auf dem linken Flügel der nationalliberalen Partei stehende Rickert und erklärte mit Skepsis und ein wenig Spott, daß der Reichskanzler wohl nicht viel Erfolg mit einer solchen Politik haben würde.

Der Vorstoß Reichenspergers war der Auftakt zu einem denselben Wunsch enthaltenden Antrag, den am 11. März von Bühler-Oehringen stellte. Von Bühler-Oehringen gehörte der Deutschen Reichspartei an, trat aber noch im Laufe der Legislaturperiode aus — wohl infolge eben dieses Antrags — und näherte sich später der Volkspartei.¹² Zu dem Antrag sprach der Fortschrittler Hänel und begann zunächst mit einer Einschränkung: „Ich gebe zu, daß eine Abrüstung nur möglich ist auf Grund einer vorhergehenden europäischen Verständigung; aber ... wir wollen uns nicht den Standpunkt verdunkeln oder verdecken lassen, daß wir gewisse Ersparungen auch einseitig für unseren Militäretat zu fassen haben.“ Mit einem Seitenhieb auf die soeben inaugurierte Schutzzollpolitik, die gerade die internationale Gemeinsamkeit zerstörte, hielt er die Aussichten einer allgemeinen Abrüstung für gering, erklärte aber, daß, wenn auch die Fortschrittspartei nicht dem Antrag zustimmen könne, sie sich doch zu „dem Grundgedanken, zu der humanen Anschauung, von der er geleitet ist“, voll und ganz bekenne, und warnte davor, den Antrag als bloßen Idealismus und seine Forderungen als Utopie aufzufassen.

Abrüstung und friedliche Gestaltung der europäischen Lage

12. Seiner Zugehörigkeit zur Deutschen Reichspartei verdankte es Bühler wohl, wenn sein Antrag soweit Beachtung fand, daß man auf zwei Soiréen bei Bismarck davon sprach.

schien den Fortschrittlern schon im Interesse des Wirtschaftslebens wünschenswert zu sein. Eugen Richter, der die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre in erster Linie als eine Folge der Kriege ansah, führte in seiner großen, aus Obstruktion besonders langen Rede in der ersten Beratung der Zolltarifvorlage aus: „Ich will in diesem Augenblick keine Außenpolitik treiben, nicht die Militärfrage erörtern, aber darüber kann doch auf allen Seiten kein Zweifel sein: wer es verstünde, aus dieser Kriegsperiode in Europa wieder eine dauernde und stetigere Friedensperiode zu machen, wer es verstünde, die Kosten des bewaffneten Friedens zu vermindern, der würde in der Tat dem Verblutungsprozeß, in dem wir uns befinden sollen, Einhalt tun, der würde in der Tat dazu beitragen, neues Blut dem Körper zuzuführen“ (R.V. 5. 5. 79).¹³

Hatte schon Rickert den Vorschlag von Reichensperger etwas weniger wohlwollend behandelt als Hänel den Bühlerschen Antrag, so wurde doch nirgends der Pazifismus so abfällig beurteilt wie in den Preußischen Jahrbüchern. Jeder Gedanke an Völkerfrieden und Völkerbund war ihnen schwächliche Sentimentalität, und Treitschke sagte tadelnd: „Nur auf einem Gebiete der Politik stehen Theorie und Praxis einander noch gegenüber in einem weiten Abstände, den ein stärkeres und wahrhaftigeres Geschlecht dereinst belächeln wird.“ „Wenngleich der ewige Friede nicht mehr zu den unverbrüchlichen Glaubenssätzen der Zivilisation zählt, so bleibt doch jeder Denkende verpflichtet, zum wenigsten auf die allmählich beginnende Entwaffnung, auf das erste rosige Morgengrauen der Völkergemütlichkeit zu hoffen. Derweil die Theorie also die allgemeine Abrüstung mindestens als das letzte Ziel der Gesittung betrachtet, schreitet die übereinstimmende Praxis aller Mächte des Festlandes erfolgreich und beharrlich dem Ziele der allgemeinen Rüstung zu, und jeder Staat, der in diesem harten Wettstreit zurückbleibt, wird von zermalmen-den Schicksalsschlägen, von Schmach und Unheil heimgesucht“ (Pr.Jb. 33, 1874 S. 302).

5. Marineetat, Kolonialpolitik, Zollpolitik.

Wesentlich geringere Bedeutung als der Militäretat hatte der Marineetat, schon deshalb, weil die Geldsummen, die er enthielt,

13. Einen eigenen humanistischen Pazifismus vertrat der national-liberale Freiherr von Dückel bei einigen harmlosen Gelegenheiten.

neben jenem verschwindend klein waren. Hinzu kam aber noch, daß nach dem Kriege von 1870/71 die Popularität des Landheeres das Interesse für die Flotte beinahe erdrückte. Der Ruhm, Deutschland durch sein Heer zur führenden Kontinentalmacht erhöht zu haben, konnte vielen genügen; alles weitere schien nur leicht zu neuen Schwierigkeiten führen zu können. Andere freilich zogen aus der neuen Stellung Deutschlands erst recht die Folgerung, daß seine Ehre gebiete, auch zur See nicht hinter den anderen Mächten zurückzubleiben, und besonders war es die Weltstellung Englands, die vor allem die damals schon in Rivalität mit dem englischen Handel kommenden Hanseaten reizte, daß Deutschland auch hierin in die erste Reihe rücken müsse. Der Wunsch nach Schutz des Handels durch eine Flotte war eine ständige, aber nicht unbestrittene Forderung. Die Parteizugehörigkeit spielte für die Stellung zur Flotte eine verhältnismäßig geringe Rolle. Wenn die Marineverwaltung die ihr etatsmäßig zur Verfügung gestellten Gelder nicht verbraucht hatte, weil die Bauten und sonstigen Arbeiten nicht so schnell gediehen waren, und wenn daraus die Folgerung gezogen wurde, für das nächste Jahr den Etat von vornherein niedriger anzusetzen, so war das mehr nur eine finanzielle Angelegenheit. Immerhin war es gerade Richter, der darauf besonderen Wert legte, und Richter griff auch in den späteren Jahren die Marineverwaltung wegen zu vieler Indienststellung von Schiffen an, die den Etat unnötig belastete und über die Kraft des vorhandenen Mannschaftsbestandes hinausgehe. Auf Richters Seite stand auch Freiherr von Hoverbeck, der vor den Marineenthusiasten warnte (Parisius, Hoverbeck S. 270). Andererseits aber war es der Fortschrittler Harkort, der wiederholt das überseeische Interesse Deutschlands betonte, das eine starke Kreuzerflotte erfordere. Noch weiter ging der freikonservative Graf Münster, der für Beschaffung möglichst vieler Panzerschiffe eintrat, um der deutschen Flotte auch Offensivkraft gegen andere Seemächte zu verschaffen. Wiederum aber war ein anderer Freikonservativer, Lucius, der Meinung, daß Deutschland sparsam sein müsse, „daß wir die Ambition nicht haben können, ... eine kriegführende Macht zur See zu sein“ (R.V. 28. 2. 79). Unter den Nationalliberalen herrschte ganz ähnlicher Zwiespalt. Während Miquel, Mosler, auch Lasker betonten, daß die Würde Deutschlands fordere, daß es seine Flagge über See zeige, sowohl um den Eingeborenen fremder Erdteile Respekt zu gebieten, wie um den

Auslanddeutschen einen Rückhalt zu geben, war Wehrenpfennig gegen eine starke Marine, und auch Treitschke nahm geringes Interesse an einer Ueberseeflotte, wünschte nur, daß Deutschland auf Nord- und Ostsee mächtig sei. Diese Notwendigkeit betonte auch Forckenbeck, der damit die Interessen der von eventuellen Blockaden bedrohten Küstenländer vertrat. Von den drei Punkten des Flottenprogramms von 1867 (zit. nach Gerloff S. 80) war dieser allgemein anerkannt: Verteidigung der vaterländischen Küsten und Häfen an der Ost- und Nordsee. Der Punkt des Programms aber, der da sprach von der „Entwicklung des eigenen Offensivvermögens, nicht bloß zur Störung des feindlichen Seehandels, sondern auch zum Angriff fremder Flotten und Häfen“, fand am wenigsten Anerkennung. Das Ziel: „Schutz und Vertretung des deutschen Seehandels auf allen Meeren und Erweiterung seiner Rechte und seiner Beziehungen“ führte hinüber zur Kolonialpolitik.

Eine Auslandsflotte, die dem Schutze des deutschen Handels über See dienen sollte, bedurfte sicherer Stützpunkte, bedurfte der Flottenstationen. Von der Anlage von Kohlenstationen, um die es sich dabei zunächst handelte, war nur ein Schritt weiter zu Kolonien. Vor der Anlage von Kolonien schreckten nun die meisten zurück. Deutschland hatte mit seinem inneren Ausbau und mit der Sicherung des auf dem Kontinent Gewonnenen genug zu tun, um sich vor neuen Abenteuern zu hüten und sich nicht in andere Unternehmungen einzulassen, die neue Reibungsflächen zu schaffen, neue Konflikte herbeizuführen geeignet waren. Auch konnte gerade dadurch, daß Besitzstreitigkeiten zu Reibungen mit anderen Regierungen führten, der deutsche Handel, der bisher verhältnismäßig ungestört seinen Weg genommen und sich selbständig durchgekämpft hatte, mehr geschädigt werden, als daß er dadurch geschützt worden wäre. So waren es insbesondere die Hanseaten gegen eine Kolonialpolitik. Und selbst ein Mann wie Friedrich Kapp, der überseeische Interessen hatte und der außerdem als Einwanderungskommissar des Staates New-York die Not der deutschen Auswanderung kennen gelernt hatte, widerstrebte ihr. Nur die Anlage von Kohlenstationen wünschte er gefördert zu sehen. Dieselbe Haltung nahmen die Preußischen Jahrbücher ein. „Die Vorteile, welche der deutsche Handel aus den fremden Kolonien zieht, sind bei weitem größer, weil wir diese Kolonien nicht selber zu regieren haben, ihre Kosten nicht bestreiten, ihr Militär

und ihre Befestigungen nicht bezahlen müssen, als wenn dies alles der Fall wäre, und die zahllosen Eifersüchteleien von anderen Regierungen sind wir dadurch ebenfalls los. Da wir jedoch unseren Handel nicht schutzlos lassen dürfen, unsere Flagge auch nötigenfalls mit Gewalt vor Beleidigungen sicher stellen müssen, so ist eine Vermehrung der maritimen Macht Deutschlands ein unabweisbares Bedürfnis.“ Und dazu gehörten auch Flottenstationen (Pr. Jb. 33, 1874 S. 496: „Kolonie oder Flottenstation?“)

Die deutsch-französischen Friedensverhandlungen brachten zuerst den Gedanken der Erwerbung einer Flottenstation vor den (norddeutschen) Reichstag. Es lag eine von Mosle (Bremen) und Genossen gestellte, von fast sämtlichen Bremer Reedern und anderen Kaufleuten unterzeichnete Petition vor, dem Bundespräsidium die Erwerbung des kurz vorher von Napoleon III. gewonnenen Saigon in Hinterindien zur Erwägung zu empfehlen. Auf Antrag des Freiherrn von Hoverbeck ging der Reichstag am 30. Nov. 1870 über diese Petition zur Tagesordnung über, „da Kolonialpolitik ein überwundener Standpunkt ist . . ., weil durch den freien Verkehr der Handel mit den Kolonien eigentlich allen Völkern frei gegeben ist und damit das sogenannte Kolonialsystem aufgehört hat“ (Nach v. Hagen S. 49).

Die Regierung ging von dem Grundsatz der „offenen Tür“, auf dem sie damals auch stand, über zu der Politik der Freundschaftsverträge. Als erster wurde dem Reichstag im April 1877 ein Vertrag mit den Tonga-Inseln vorgelegt. Kapp gab der Freude Ausdruck, daß mit diesem Vertrag endlich von der bisher zu bescheidenen und zu schüchternen Politik abgewichen würde; „ich meine, wir müssen und werden dahin kommen, überall da Kohlenstationen zu erwerben, wo auch unsere Flotten stationiert sind“ (R.V. 11. 4. 77). Bei der dritten Beratung (R.V. 20. 4. 77) sprach der Prinz Radziwill (Beuthen) zu der Vorlage und betonte die Bedeutung der protestantischen, vor allem aber der französischen katholischen Mission auf jenen Inseln — der Kulturkampfgesichtspunkt konnte dabei nicht ausbleiben — und wollte gerade neben und über den Handelsinteressen das „Kulturinteresse“ hervorgehoben wissen. Dem gegenüber präzierte sowohl der Vertreter der Regierung, von Bülow, wie die Abgeordneten von Bunsen (Hirschberg) und Kapp den Standpunkt, daß der Vertrag „ein rein geschäftlicher, ein unseren kommerziellen Interessen gewidmeter Vertrag ist, dem wir gerade wegen seiner Nüchternheit einstimmig

das beste Gedeihen wünschen sollten“ (von Bunsen). „Uns geht weder die politische Geschichte noch die Missionsgeschichte der Tonga-Inseln etwas an . . . , unser ganzes Interesse in jenen Gegenden beschränkt sich darauf, daß wir eine Kohlenstation erworben haben“ (Kapp).

Daß aber dieser Standpunkt der kolonialen Enthaltensamkeit nicht mehr unbedingt herrschend war, zeigte sich darin, daß im März des folgenden Jahres im Haushaltsetat 100 000 Mark für die 1876 gegründete afrikanische Gesellschaft angesetzt waren zur „Erforschung Zentral-Afrikas“. Die Budgetkommission beantragte die Streichung dieser Position, und Kapp, ihr Bericht-erstatte, fügte als Grund — wie er freilich später erklären mußte: als seinen persönlichen Grund — hinzu die Besorgnis, daß damit irgendwelche Kolonisationsabsichten verknüpft wären. „Meine Herren, wenn ich das Wort Kolonisation höre, so halte ich mir von vornherein die Taschen zu, selbst wenn es sich um die Gewinnung des Paradieses handelte“ (R.V. 29. 3. 78). Er warnte vor den vielen Millionen Mark und den zum Untergang bestimmten Menschenleben, die hinter diesem unscheinbaren Anfang lauerten. Und obwohl Fürst Hohenlohe-Langenburg für die Bewilligung sprach und von Bunsen beteuerte, daß an Kolonisation gar nicht gedacht werde, wurden die 100 000 Mark abgelehnt. In der dritten Beratung, in der auf erneuten Antrag von Hohenlohe-Langenburg die 100 000 Mark doch noch bewilligt wurden, sprach wieder ein Vertreter des Zentrums, Peter Reichensperger, und betonte, „daß jedes Kulturvolk die Ehrenpflicht hat, den degenerierten Volksstämmen, die dort hausen, dieselben segensreichen Einwirkungen zuzuführen, die unsere Altvordern seinerzeit von mehr kultivierten Völkern erhalten haben“, und er hoffte, „daß mit dieser Erschließung des Kontinents für Handel und Verkehr auch die Segnungen des Christentums für den ganzen Kontinent gewonnen werden können“ (R.V. 10. 4. 78).

Zum dritten Male und in noch stärkerem Maße trat der koloniale Gedanke im Reichstage auf, als im folgenden Jahre (1879) ein Freundschaftsvertrag mit den Samoa-Inseln zur Annahme vorgelegt wurde. Die Vertreter des Zentrums, Schorlemer und Radziwill brachten wieder den katholischen Standpunkt zum Ausdruck; insbesondere wies Schorlemer auf das ungleiche Verhältnis hin, daß den samoanischen Staatsangehörigen in Deutschland freie Religionsausübung zugesichert sei, während vielen deutschen Reichs-

angehörigen dieses selbstverständliche Recht verwehrt würde. Der Vertreter der Regierung proklamierte noch genau wie vor zwei Jahren, daß nicht daran gedacht werde, Kolonien anzulegen, sondern daß es sich nur darum handle, durch Anlage einer Kohlenstation den Schutz für den Besitz deutscher Kaufleute zu stärken, den die Flotte ihnen zu gewähren habe. Mosle, der nach ihm sprach, war aber dem Gedanken der Kolonisation mehr geneigt und wollte jedenfalls nicht die Kolonisation als eine veraltete und für Deutschland unbedingt falsche Politik betrachtet wissen. Bamberger, der Vorkämpfer des Freihandels, gab darauf der Befürchtung Ausdruck, daß die Auffassung, die Bülow ausgesprochen habe, schon nicht mehr gelte, daß vielmehr Mosle die Gedanken des Reichskanzlers richtiger wiedergegeben habe. „Es hat sich wie so vieles und wie z. B. auch in den Ansichten des Herrn Abgeordneten für Bremen vielleicht auch in der vorliegenden Frage die Ansichten des Herrn Reichskanzlers in der letzten Zeit geändert“ (R.V. 13. 6. 79).

Inzwischen hatte nämlich die Regierung den Uebergang zur Schutzzollpolitik vollzogen und auch Mosle, früher Freihändler, war zum Schutzzoll übergegangen, zur großen Entrüstung des linken Flügels seiner Partei. Und wie er jetzt auch Kolonialpolitik befürwortete, so waren fast überall die Schutzzöllner zugleich Freunde der Kolonialpolitik. Der Vorkämpfer des Schutzzolls, von Kardorff, hatte schon im Vorjahre bei der Beratung des Sozialistengesetzes darauf hingewiesen, daß Kolonien vielleicht auch der sozialen Not, die sich in der Auswanderung kundgebe, abhelfen könnten. Und besonders aus Süddeutschland, wo die Schutzzöllner ihren stärksten Rückhalt hatten, kamen koloniale Ideen. Eine Adresse nationalliberaler Schutzzöllner Süddeutschlands an Bennigsen anläßlich der Zolltarifberatungen enthielt neben dem Verlangen, daß die Partei die Vorlage annehmen solle, auch das Drängen nach Kolonialpolitik. „Wir möchten Sie bitten, Ihre bisherige Launigkeit in der Kolonienfrage aufzugeben und sich bewußt zu werden, daß die Erwerbung eigener Kolonien durch das Reich für Deutschland eine Lebensfrage geworden ist“ (Oncken, Bennigsen II, S. 411).

Das Zusammentreffen von Schutzzoll- und Kolonialbewegung war nichts Zufälliges, sondern lag in der Natur der Sache. Wenn durch eine Schutzzollpolitik eine nationale Wirtschaft, ein geschlossener Handelsstaat erreicht werden sollte, dann bedurfte sie der Ergänzung durch eine Kolonialpolitik, denn nur wenn das Reich

sich Kolonien angliederte, war eine wirtschaftliche Autarkie möglich. Und auf diese kam es den Schutzzöllnern an; in diesem Sinne war „nationale Wirtschafts- und Kolonialpolitik“ (aus der oben zitierten Adresse) eine Einheit.

Diese Konsequenz sah Bamberger voraus, und darum griff er beide Gegner gemeinsam an. Wie er die Schutzzollpolitik für eine veraltete Politik erklärte, so auch die Kolonialpolitik. Bei der Beratung der Zolltarifvorlage klagte er, daß offenbar Deutschland alle Experimente noch einmal durchmachen solle, ohne die Erfahrungen zu nutzen, durch die andere Länder von der Erwerbung von Kolonien längst abgekommen wären — man merkt bei diesen Betrachtungen nichts davon, daß inzwischen gerade in England die neue imperialistische Bewegung eingesetzt hatte. Sophistisch war es, wenn Bamberger die Kolonialpolitik als in Widerspruch mit der Schutzzollpolitik stehend darstellte: es sei der Sinn des Schutzzolls, Deutschland vor Einfuhr zu schützen, Kolonien aber würden sehr viel mehr Einfuhr- als Absatzgebiete sein. Wenn jeder Export für Gewinn und jeder Import für Verlust gerechnet wird, „so ist mir jedenfalls hier ein Vertrag (Samoa-Vertrag) vorgelegt, der rein nur zur Schädigung des deutschen Reiches führen muß“ (R.V. 13. 6. 79). Und schließlich wies auch Bamberger darauf hin, daß Deutschland sich durch kolonialpolitische Unternehmungen der Gefahr neuer außenpolitischer Verwicklungen aussetze, die kräftig und würdig durchzufechten es mit seiner unzulänglichen Marine doch nicht imstande sei.

Der Samoa-Vertrag wurde immerhin nach mehrfachen Zusicherungen der Regierung angenommen. Im Jahr darauf jedoch brachte Bamberger die erste wirklich kolonialpolitische, die Samoa-Vorlage, zu Fall. Aber die Kolonialpolitik nahm doch den Weg, den die Schutzzollpolitik genommen hatte; wie sich Bismarck hier einer wirtschaftlichen Bewegung angeschlossen hatte, als sie ihm notwendig und seinen Zwecken dienlich schien, so hatte er auch in der Kolonialpolitik nur darauf gewartet, daß eine starke Bewegung im Volke sie stützte, um im ersten Augenblick, wo sich die außenpolitische Lage günstig gestaltete, das Werk in Angriff zu nehmen, und er führte es durch trotz der Opposition im Reichstag (vgl. v. Hagen).

Der Zusammenhang zwischen Schutzzoll und Kolonialpolitik war eine der wesentlichen Beziehungen, die die Zollpolitik mit der Außenpolitik verband. Aber sie hatte deren noch mehr. So führ-

ten z. B. die Klagen über die Wirtschaftskrisis, in der Deutschland sich befand, zu Erörterungen über ihre Ursachen, und als ihre Ursache sahen die Gegner des wirtschaftspolitischen Umschwungs nicht die bisherige Freihandelspolitik, sondern die Kriege der letzten Jahre an. Immerhin war das mehr nur ein Argument, das im Interesse zollpolitischer Forderungen verwandt wurde, und überhaupt war die Zollpolitik weniger ein eigentlich außenpolitisches Problem, als daß sie nur mehr oder weniger in außenpolitische Fragen hineinspielte. Sie war von Bedeutung in Deutschlands Verhältnis zu Rußland, zu Frankreich, zu Oesterreich.

Eigenes Interesse aber beansprucht die Art, wie die zollpolitische Stellung der verschiedenen Parteien sich im Rahmen ihrer allgemeinen politischen Prinzipien gestaltete. Anhänger des Schutzzolls zunächst waren fast alle diejenigen, die in der Außenpolitik den Hauptakzent auf Deutschlands Machtstellung, auch seine militärische Machtstellung legten. „Schutz der nationalen Arbeit“ war das Schlagwort für ihre wirtschaftlichen Forderungen, die Geschlossenheit der deutschen Wirtschaftseinheit das ideale Ziel, das sie proklamierten, Deutschland auch wirtschaftlich selbständig und unabhängig vom Auslande zu machen, die Aufgabe, die ihm seine Würde und sein Interesse stellten. Freihändler waren die auf dem linken Flügel der liberalen Partei sitzenden Vertreter der Seestädte, Vertreter des Handels und der Schifffahrt, die die nationale Notwendigkeit des Schutzzolls nicht anerkennen wollten, während andere aus freiheitlichen Ideen heraus Gegner aller Zollschranken waren. Aber auch unter den Konservativen waren Vertreter der ostdeutschen Landwirtschaft und der Ostseeküste, deren eigene Interessen mit der Idee des geschlossenen Handelsstaats in Konflikt gerieten und bei ihnen schwerer wogen als der Zauber des Wortes „national“, „ein Zauber, welcher die Herzen gewinnt und vielleicht nicht selten den Verstand gefangen nimmt“ (Von Maltzahn-Gültz R.V. 6. 5. 79, vgl. S. 37).

Eine Ausnahmestellung nahm Treitschke ein. Wohl kaum trat irgend jemand schärfer für die Macht Deutschlands und für die Einheit des Reiches ein als er. Und doch war er Freihändler. Denn schließlich war auch dies eine mögliche Konsequenz des Nationalitätsprinzips, daß sich das stark und mächtig gewordene Deutschland auch in solchen Dingen nicht darum zu kümmern brauche, was das Ausland tue, „weil es ein wesentliches Vorrecht, ein nobile officium eines freieren und höher gesitteten Staates ist,

freiere Gesetze zu haben als sein Nachbar und nicht jede Engherzigkeit des Nachbars Schlag auf Schlag zu erwidern“ (R.V. 23. 4. 77). So begründete er seine Haltung, die in diesem Punkte noch viel von den alten liberalen Prinzipien bewahrt hatte. Aber auch in diesem Punkte entfernte er sich 1879 wieder um einen Schritt von ihnen (vgl. S. 64 Anm.). Zwar sagte er auch jetzt noch: „Wir sind altväterlich genug zu meinen, daß die durch jene Verträge (der sechziger Jahre) begonnene Befreiung des westeuropäischen Marktes ein Fortschritt der Gesittung war und die heut eintretende Absperrung der Kulturvölker einen beklagenswerten Rückschritt bezeichnet“, aber er gab sich darein, daß Deutschland wohl nicht umhin könne, angesichts der Haltung der anderen Länder diesen Schritt zu tun (Pr. Jb. 43, 1879 S. 332).

Die Gründe, die das Zentrum zum Schutzzoll führten, lagen nicht in erster Linie in der Betonung der nationalen Selbständigkeit. Vielmehr war es zu einem Teil Taktik — man wollte Bismarck zeigen, was ihm ein Bündnis mit dem Zentrum bieten konnte —, zum andern Teil waren es die schutzzöllnerischen Interessen der im Zentrum vertretenen Süddeutschen, der kleinen Bauern, der Handwerker, der Weinbauern und der rheinischen Industrie. Nur unter Vorbehalt erklärte Windthorst seine Zustimmung zur Schutzzollpolitik. „Ich bin der Meinung, daß bei der Entwicklung der Verhältnisse unter den Völkern, bei den zunehmenden Berührungspunkten zwischen den Völkern, bei den sich entwickelnden Verkehrsverhältnissen notwendig von selbst der Gedanke des Freihandels sich immer wieder Bahn brechen wird... Das schließt nicht aus, daß wir mit Befriedigung sehen, daß ein Gebiet vorliegt, auf welchem wir teilweise wenigstens den Herrn Reichskanzler mit aller Energie unterstützen können, und ich hoffe, daß der Herr Reichskanzler daraus entnehmen wird, wie wenig richtig es war, uns als Gegner des Reichs zu betrachten“ (R.V. 8. 5. 79).

Eine Sonderstellung im Zentrum nahm Peter Reichensperger ein. Er begründete die Parteinahme für den Schutzzoll jedenfalls mit Worten, die mit der sonst von seiten des Zentrums so gern betonten Gemeinsamkeit der europäischen Interessen und mit der Forderung, daß die Moral auch in der Politik zu gelten habe, in gewissem Widerspruch standen. „Auf dem internationalen Boden hört die Gemütlichkeit auf.“ „Das bedenklichste an diesen freihändlerischen Auseinandersetzungen ist für mich aber ge-

wesen, daß diese Herren meiner Auffassung nach diese ganz große Angelegenheit überhaupt nur mit dem Auge des Weltbürgers betrachtet und beurteilt haben, nicht aber mit dem Auge des selbstbewußten Deutschen und des deutschen Volksvertreters“ (R.V. 3. 5. 79).

6. Das Verhältniß zu Oesterreich und Rußland. Das Dreikaiserbündnis.

Zur selben Zeit, wo sich das Zentrum in Zollfragen Bismarck näherte, nahm auch die deutsche Außenpolitik eine Wendung, wie sie den Wünschen des Zentrums entsprach: in der Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland und dem stärkeren Zusammenrücken von Deutschland und Oesterreich.

Wichtiger als das Verhältniß Deutschlands zu dem geschlagenen Frankreich, wichtiger als die nur durch den Kulturkampf in ihrer Bedeutung aufgebauchten deutsch-italienischen Beziehungen, wichtiger als die Beziehungen zu dem sich sehr zurückhaltenden britischen Inselreich war in den siebziger Jahren das Verhältniß des neuen deutschen Reichs zu den beiden großen Nachbarländern, deren Allianz Deutschland vor allem suchen mußte, um sie von der französischen Bundesgenossenschaft fern zu halten: Rußland und Oesterreich. Dadurch aber, daß es darauf ankam, mit beiden in Freundschaft zu bleiben, um nicht auf die Gnade und den guten Willen des einen von ihnen angewiesen zu sein, wurde die Politik diesen beiden Ländern gegenüber vor ein schweres Problem gestellt. Denn Rußland und Oesterreich unter sich hatten mehr als einen Punkt, wo ihre Interessen scharf gegeneinander stießen, und jedes von ihnen war im Stillen bemüht, Deutschlands Freundschaft nur für sich gegen den andern auszunutzen. Während es Bismarck nun zunächst gelang, im Dreikaiserbündnis beide Mächte zusammenzubringen und die Gemeinschaft der drei Reiche — gewissermaßen eine neue heilige Allianz — als Hort des europäischen Friedens hinzustellen, wie es im Reichstag durch die Thronrede jeder Session ausgesprochen wurde, stellte der Ausbruch einer neuen Balkankrise 1875 das Allianzsystem auf eine schwere Probe, die es schließlich nicht bestand. Und wie schon vorher mancherlei Mißklänge im deutsch-russischen Verhältniß sich gezeigt hatten — so in der spanischen Anerkennungsfrage und in der Krieg-in-Sicht-Krise —, so schlossen die siebziger Jahre da-

mit ab, daß Deutschland und Oesterreich in ein engeres Verhältniß zu einander traten als das war, in dem Deutschland zu Rußland sich befand.

Den Rissen und Sprüngen, die die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gehabt hatten, und der Entwicklung, die die Politik nahm, indem Deutschland auf Oesterreichs Seite trat, entsprach die Haltung der deutschen Parteien. Wie in der Stimmung gegenüber Frankreich weitgehende Uebereinstimmung herrschte, so war noch allgemeiner die Abneigung gegen Rußland und die Sympathie für Oesterreich. Denn wenn auch auf dem rechten Flügel der Liberalen das russische Bündnis gut geheißsen wurde — Freundschaft empfanden die Liberalen doch nur für Oesterreich, und sie trafen sich darin letzten Endes mit dem von vornherein österreichfreundlichen, großdeutschen Zentrum. Die Resolution Frankenberg, die nach dem deutsch-französischen Kriege den Deutschen im Ausland den Dank für ihre Unterstützung aussprach und in erster Linie, wenn auch ohne es auszudrücken, den Deutsch-Oesterreichern galt, wurde einstimmig angenommen.

Die Liberalen betonten dabei ausdrücklich, daß es gerade die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage möglich gemacht habe, daß sich nun das neue Deutschland und das alte Oesterreich nach der Auseinandersetzung wieder gegenseitig verstehen und unterstützen könnten. Dazu gehörte freilich, daß Oesterreich seinerseits jede Absicht auf Fortsetzung seiner alten deutschen Politik aufgebe. Und weil gerade in diesem Punkt dem persönlichen Erzfeinde des neuen Reichs, dem österreichischen Reichskanzler Graf Beust, nicht zu trauen war, darum betonten die Preussischen Jahrbücher, daß, wenn auch Bismarck mit ihm bessere Beziehungen anzuknüpfen schien, doch vor seinem Sturz eine wirklich aufrichtige Freundschaft nicht möglich sei, und deshalb begrüßten sie Andrassy, weil er als Ungar kein Interesse an einer Wiederaufnahme deutscher Herrschaftspläne hatte. Dadurch, daß Oesterreich seine Blicke von Deutschland abwandte, könnte es seinem Staat einen neuen, eigenen Inhalt schaffen. Und die Aufgaben dieses Staates zu lösen seien vor allem die beiden hervorragendsten Völker Oesterreich-Ungarns berufen: die Deutschen und die Magyaren. Aufgabe der Deutschen sei es, ihr Deutschtum in den Dienst des österreich-ungarischen Staates zu stellen und deutsche Kulturmission gegen Südosten zu treiben. So dach-

ten die deutschen Liberalen „österreichischer als viele Oesterreicher selber“ (Pr. Jb. 28, 1871 S. 667). Denn die Deutsch-Liberalen Oesterreichs hatten wenig Liebe zu ihrem Staat. Der Glanz und die Macht des neuen geeinigten Deutschlands mußte Anziehungskraft ausüben auf die, die jetzt verurteilt waren, in einem ständig vom Zerfall bedrohten Staat, in steten Reibungen mit fremden, weniger kultivierten Nationalitäten zu leben, ausgeschlossen zu sein von dem, dessen sich alle andern Deutschen gemeinsam freuen durften. An Anschluß aber war nicht zu denken. Deutschland durfte nicht mit den kolonisatorischen Aufgaben Deutsch-Oesterreichs belastet werden, da es sowieso mit Polen, Dänen und Franzosen genug zu schaffen hatte. Deutschland durfte nicht neue zentrifugale Elemente in sich aufnehmen, die eine Stärkung der reichsfeindlichen Gegenseite im Kulturkampf bedeutet hätte. Oesterreich war katholisch, „doch unser Reich ist nur darum ein paritätischer Staat, weil die Protestanten in ihm überwiegen; wir würden uns versündigen an der Zukunft deutscher Geistesfreiheit, wenn wir darauf ausgingen, noch 14 Millionen Katholiken in das Reich aufzunehmen“ (Pr. Jb. 28, 1871 S. 668 Treitschke: Oesterreich und das Deutsche Reich). Nachdem Königgrätz gerade den alten Dualismus zugunsten Preußens entschieden hatte, durfte er nicht in neuer Form wieder entstehen. Es ging nicht an, eine Rivalität der Hauptstädte Wien und Berlin zu schaffen, Und schließlich hätten die Oesterreicher eine unliebsame Verstärkung der süddeutschen Schutzzöllner bedeutet. Das Letzte und Entscheidende aber war die außenpolitische Frage: was sollte werden, wenn das Deutsche Reich das Signal zur Auflösung der Habsburger Monarchie gäbe? Darauf ließ sich keine Antwort finden. Der österreichisch-ungarische Staat war notwendig um des europäischen Gleichgewichts willen; Deutschland war saturiert, jede weitere Veränderung im europäischen Staatensystem konnte ihm keinen Gewinn bringen, und jedes weitere aggressive Vorgehen von seiten Deutschlands konnte das Maß überschreiten, über das hinaus der Argwohn und die Besorgnis des Auslands sofort zu feindlichen Koalitionen hätte geführt werden können und innerhalb dessen nur ein ruhiger Ausbau des Gewonnenen gewährleistet war. Es war also Vorsicht geboten. Und schließlich hatte Deutschland Oesterreich nötig, um nicht auf die alleinige Freundschaft des sonst erdrückend starken Zarenreichs angewiesen zu sein. Die Notwendigkeit der Existenz Oesterreichs sprach Löwe

bei der Beratung des Reichskriegsschatzes aus (R.V. 23. 10. 71); mit Dank begrüßte er das Geschick, daß es jetzt trotz des Krieges von 1866 möglich geworden sei, daß Deutschland und Oesterreich in Freundschaft von Regierung zu Regierung und von Volk zu Volk leben könnten. Und Treitschke sagte im Reichstag: „Wer an dem Falle Oesterreichs arbeitet aus phantastischer Schwärmerei für unsere Landsleute dort, der handelt — bewußt oder unbewußt — als ein Feind des deutschen Reichs“ (29. 11. 71 Reden S. 52). „Nirgendwo“ so berichtet Treitschke aus derselben Session „sind während der jüngsten Wochen so viele warme und ehrliche Wünsche für Oesterreichs Fortbestand ausgetauscht worden, wie in den Sprechzimmern des deutschen Reichstags“ (Pr. Jb. 28, 1871 S. 668).

Dabei waren es aber trotz der Ablehnung des Anschlusses doch in erster Linie die deutschen Stämme und die deutsche Kultur Oesterreichs, um deretwillen man diesem Lande Freundschaft entgegen trug. Bei der Beratung der Resolution Frankenberg sagte Miquel: „Wir können und wollen nicht in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs uns einmischen; das schließt aber keineswegs aus, daß wir den nationalen Kampf, den die Deutsch-Oesterreicher zur Wahrung ihrer Nationalität, zur Wahrung und Sicherung deutscher Kultur in unserem Nachbarlande führen, an sich mit der größten Sympathie begleiten“ (R. V. 5. 4. 71, Reden II S. 80). Auf der andern Seite wurden die Liberalen mißtrauisch gegen Oesterreich in allen Fällen, wo es das Deutschtum zu benachteiligen schien. Ungarn sah man, daß Oesterreich den Kulturkampf nicht in gleicher Weise mitmachte wie Deutschland, und man argwöhnte, daß Oesterreich leicht wieder umschwenken könnte zu der durch den Sturz des Ministeriums Hohenwart glücklich abgetanen klerikalen Politik mit ihrer föderalistischen Begünstigung der Slavenvölker. Umso verhängnisvoller schien es, daß gerade die Deutsch-Liberalen der Regierung in Vielem Opposition machten statt sich selbst zu ihrer wesentlichsten Stütze zu machen; auch die Ungarn, so sehr sie politisch mit Deutschland zusammengehen konnten, hatten den Fehler, kulturpolitisch die Unterdrücker des Deutschtums der Sachsen und Schwaben in Ungarn und Siebenbürgen zu sein, worauf nachdrücklich hinzuweisen die Preussischen Jahrbücher wiederholt unternahmen. Bedenklich war auch die sichtliche Begünstigung der Polen in Oesterreich, deren Endziel, wenn es die Aufrichtung eines neuen katholischen Staates war,

dem katholischen Habsburgerreich nicht unwillkommen sein konnte. Gründe genug, auch Oesterreich gegenüber auf der Hut zu sein.

Wenn auch die Erwägungen der Preußischen Jahrbücher im allgemeinen von andern geteilt wurden, so doch nicht die Anschauung Teitschkes, dieses eifrigsten Vorkämpfers des Preußentums, daß die Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich nur eine Vernunfthehe sei (Pr. Jb. 40, 1877 S. 675). Aus Rücksicht auf Bismarck hielten zwar die Liberalen zurück mit der Äußerung ihrer Gefühle; aber kaum, daß Oesterreich ernstlich in Gefahr schien, gefährdet durch Rußland, brach der Wunsch nach Unterstützung Oesterreichs durch in einer Weise, die erkennen ließ, wie sehr die Liberalen stets im Herzen auf seiten Oesterreichs gewesen waren.

Nur Vernunftbegründungen, von Bismarck und der politischen Lage ihnen eingegeben, hatten die Liberalen für Rußland übrig. Zunächst, von sich aus, teilten sie mit Zentrum und Demokraten die allgemeine Abneigung gegen Rußland, von der nur die Altkonservativen eine Ausnahme machten. Das Wort von den „russischen Zuständen“ charakterisiert das, was alle an Rußland abstieß. Die „Barbarei“ in den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verhältnissen Rußlands, der politische Despotismus, der dumpfe Druck der kulturlosen griechischen Kirche machten das Land minderwertig gegenüber den Westmächten. Die Korruption, die man im Grenzverkehr bei den Beamten wahrnahm, die Pestgefahr, die aus der russischen Armee nach dem russisch-türkischen Kriege drohte, die fast ständige Einschleppung von Rinderseuchen über die Ostgrenze Preußens — alles das waren Einzelfälle, in denen sich diese „russische Wirtschaft“ unangenehm bemerkbar machte. Und die schlimmste Gefahr, die Europa von dieser „halbwildten Völkermasse“ drohte, war der Panславismus.

Vom freikonservativen Grafen Münster bis zu den Sozialdemokraten waren diese Anschauungen über Rußland fast allgemein. „Alle Kulturvölker werden sich bald gegen diesen rohen Barbarismus vereinigen müssen, sonst machen Rußland und China gemeinschaftlich eine neue Völkerwanderung nach dem Westen“ schrieb Graf Münster 1876 an Bennigsen (Deutsche Revue 32, 3 S. 309), und Motteler nannte, seinen Freund Liebknecht zitierend, „den zweiköpfigen Adler den Feind aller Kultur“ (R.V. 20.

4. 74). Bei den Liberalen wurde diese Abneigung noch verstärkt durch die Erinnerung an den Druck, mit dem Zar Nikolaus in die Frage der deutschen Einigung seiner Zeit hemmend eingegriffen hatte, die Erinnerung an die Unterdrückung des um seine Freiheit kämpfenden Polenvolkes (1863) und auch durch den Gedanken an die Deutschen Rußlands, die vom Panslavismus bedroht waren.

Und schließlich war es Rußlands Zollpolitik und die Schikanen seines Grenzverkehrs, was Unwillen und Aerger erregte. Immer wieder wurde im Reichstage das Verlangen nach einem russischen Handelsvertrage laut, immer wieder äußerte man sich ungehalten, daß Rußland keine Miene machte, seine Freundschaft für Deutschland durch eine günstigere Gestaltung des Grenzverkehrs zu beweisen.¹⁴ Und als 1875 statt dessen durch die russischen Goldzölle noch eine Verschärfung der Situation eintrat,¹⁵ erfolgte ein Angriff auf das russische Bündnis durch Eugen Richter. Die rein dynastischen Beziehungen der beiden Länder — Relikte absolutistischer Politik —, und das Ausbleiben materieller Vorteile waren ihm Fehler dieses Bündnisses. „Wir sind der Meinung, daß die Verkettung materieller Interessen dauernd und sicherer die Interessen der Völker miteinander verbindet als es selbst Familienbande der Dynastien imstande sind. . . . Wenn es falsch ist, . . . Krämerpolitik zu treiben, sie für maßgebend für die auswärtige Politik zu machen, so würde es unzweifelhaft ebenso falsch sein, die Politik rein idealistisch zu führen“ (R.V. 5. 12. 76). Die Interpellation brachte Bismarck in eine in einer Hinsicht unangenehme Lage.¹⁶ Er mußte, um das russische Bündnis gegen die allgemeine Unpopularität zu verteidigen, gewissermaßen selbst den Advokaten einer auswärtigen Regierung machen, von der er in Wahrheit tatsächlich mancherlei Unfreundlichkeiten erfahren hatte. So fielen Bismarcks Antworten in diesem und ähnlichen Fällen ein wenig gereizt und sophistisch aus. Denn über den Wert einer Ausrede ging es nicht hinaus, wenn Bismarck in der Antwort an Richter die grundsätzliche Scheidung von Wirtschaftspolitik und Außenpolitik betonte: wirtschaft-

14. So Schmidt (Stettin) am 9. 6. 1873 und im folgenden Jahre Dickert, der Abgeordnete für Königsberg.

15. Die Verfügung, daß die Zölle fortan in Gold zu erheben seien, bedeutete praktisch eine Zollerhöhung.

16. Mit welchem Nutzen er die Beantwortung der Interpellation daneben außenpolitisch verwertete, davon wird noch die Rede sein.

liche Vorteile seien nur durch wirtschaftliche Maßnahmen zu erkämpfen, nicht durch Leistungen auf politischem Gebiet zu erkaufen. Es bot ihm das den Vorteil, Richter den Vorwurf machen zu können, daß er eben diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen — Kampfzölle hätten es sein müssen — als Freihändler verurteilte und dadurch die Regierung von vornherein entwaffnete. Und ebenfalls Dialektik war die andere Abwehr solcher Angriffe, die Bismarck wiederholt anwandte: daß er jede solche Forderung als einen Angriff auf die Entschlußfreiheit der russischen Regierung bezeichnete (Kohl VI S. 447 — 64). Im Februar 1878 fragte der Abgeordnete Frühauf wieder einmal, aber mit Rücksicht auf den 5. Dezember 1876 sehr behutsam, nach einer Erleichterung der russischen Grenzverhältnisse an, und wieder erhielt er eine ähnliche, den Eindruck der Verlegenheit machende Antwort (Kohl VII S. 131/32). So war es nicht unberechtigt, wenn Richter in einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Debatte über seine Interpellation bemerkt hatte: „Daß ich mir ... den Zorn des Herrn Reichskanzlers wie es scheint zugezogen habe, darüber muß ich mich mit dem gleichen Schicksal aller derer trösten, die, welcher Partei sie auch angehört haben, jemals in einer parlamentarischen Versammlung angefangen haben, über Rußland zu sprechen“ (R.V. 5. 12. 76).

Die russische Zollpolitik veranlaßte selbst Freikonservative, auch wenn sie nicht in gleicher Weise wie Graf Münster gegen Rußland eingenommen waren, zu Vorwürfen gegen die Regierung des Zaren. Kardorff verlangte von Rußland eine günstigere Gestaltung der Zölle im Interesse der schlesischen Industrie, und eine energische Verteidigung der Interessen des deutschen Sprithandels schien ihm geboten. Dadurch, daß russischer Spirit zollfrei per Eisenbahn nach dem Hamburger Freihafen gehen konnte und von dort aus weiter ging, erwuchs eine Schädigung, die nur durch Verbot dieses Transitverkehrs sich beseitigen ließ. „Meine Herren, nun könnte man Bedenken tragen, ob dem russischen Reich gegenüber ein solcher Antrag nicht ein etwas bedenkliches Gesicht habe. Ich teile diese Bedenken nicht. Ich habe eine sehr lebhaftes Sympathie für das russische Volk im Gegensatz zu vielen andern, ich halte es für ein sehr tüchtiges Volk, das durch seine Kolonisation nach Asien hin eine Kulturaufgabe erfüllt, wie sie kein Volk vielleicht in ähnlicher Weise erfüllt hat ... und ich glaube, daß unsere politischen Interessen mit Rußland in hohem

Maße homogen sind, so daß ich hoffe, wir werden immer als friedfertige Nachbarn miteinander leben. Aber, meine Herren; in der Handelspolitik sind wir von Rußland seit Dezennien in der Tat so mißhandelt worden, daß wir wirklich einmal etwas tun könnten, um den Russen zu zeigen, daß wir wenigstens einigermaßen Gleiches mit Gleichem vergelten könnten“ (R.V. 3. 4. 78).

Aehnlich wie Kardorff sprach Bethusy-Huc in der Orientdebatte vom 19. Februar 1878. Im Unterschied von Richter betonten sie jedoch beide auch das Positive in der russischen Freundschaft. Aber noch mehr auf Rußlands Seite standen die eigentlichen Konservativen. Die preußischen verband geographische Nachbarschaft und gemeinsames antipolnisches Interesse mit Rußland, und alte konservative Ueberlieferung war die Ueberzeugung, daß Rußland und Oesterreich die konservativen Mächte Europas seien. Die Kreuzzeitung sah die Historisch-politischen Blätter geradezu als „deutsches Organ der russischen Angelegenheiten“ an (Hp. Bl. 77, 1876 S. 732). Und in der Debatte vom 19. Febr. 1878 war es der Führer der Konservativen, von Helldorff-Bedra, der Rußland Liebknecht gegenüber verteidigte: „Ich möchte glauben, daß eine Vergleichung zwischen der Zivilisationsmission Rußlands für eine Reihe von Völkern und der Zivilisationsmission der Sozialdemokratie möglicherweise sehr zu Ungunsten der letzteren ausfallen möchte“ (R.V. 19. 2. 78).

Es machte sich aber nun auch bei den Liberalen in wachsendem Maße ein Wandel in ihren Ansichten über Rußland bemerkbar. Bennigsen, der seine außenpolitischen Informationen vom Grafen Münster bezog, teilte dessen grundsätzliche Abneigung gegen Rußland nicht (Oncken II S. 350). Wortführer der russenfreundlicheren Richtung war derselbe, der Oesterreich gegenüber am skeptischsten war: Treitschke. Der stärkste Grund für die allmähliche Stimmungsänderung der Liberalen war die Tatsache, daß Bismarck seine Außenpolitik auf dem Dreikaiserbündnis aufbaute. Die Einsicht, daß die außenpolitische Lage ein Zusammengehen mit Rußland fordere, ließ alles andere, was sich dagegen sagen ließ, zunächst verstummen und ließ im besonderen Wert legen auf alle Momente, die das gegenwärtige Rußland auch einem Liberalen zu einem weniger unangenehmen Bundesgenossen machen konnten. So wies Treitschke darauf hin, daß das jetzige Rußland nicht mehr das in der Erinnerung der Liberalen lebende reaktionäre Land des Zaren Nikolaus war; die Aufhebung der

Leibeigenschaft war nicht die einzige Reform, in der sich Alexander II. als der „weise Herrscher“ gezeigt hatte. Von Bedeutung war auch die Polenfrage. Wenn noch 1863 die preußische Hilfe für die Unterdrückung des Polenaufstandes verurteilt wurde — heute, wo die Liberalen selbst im Reichstage die Unannehmlichkeit einer polnischen Minderheit erfuhren, konnten sie wohl dazu kommen, die katholisch-polnische Frage als ein einigendes Moment zwischen Deutschland und Rußland zu empfinden, dem Verhältnis zu Oesterreich fehlte. Daß Rußland Preußen im französischen Kriege unterstützte, wurde auch nicht vergessen, und der Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Alexander am Ende des Krieges hatte großen Eindruck gemacht. „Das deutsche Volk hat es wohl im Gedächtnis, wie bedeutsam dieses Verhalten für seine Geschicke war; es empfindet für den Kaiser Alexander aufrichtige Dankbarkeit und Verehrung. Aus der persönlichen Freundschaft der beiden Monarchen und den Handlungen, die daraus hervorgegangen, ist ein allgemeines Gefühl der Sympathie erwachsen“ (Pr. Jb. 35, 1875 S. 452). So verteidigten denn die Preußischen Jahrbücher in manchen Fällen Rußlands Politik, wo sie von anderer Seite als ein Zeichen der Unzuverlässigkeit der russischen Freundschaft angesehen wurde, und jedenfalls an der persönlichen Freundschaft des russischen Kaisers ließen sie keinen Zweifel aufkommen, selbst nicht in der Krieg-in-Sicht-Krisis. Aber selbst sie sprachen den Zweifel aus, ob dem zunehmenden Verständnis des deutschen Volkes für Rußland dasselbe auf der andern Seite entspreche; „ob die gleiche Zunahme sympathischer Stimmungen auch bei dem Adel, dem Beamtentum und der Armee Rußlands stattgefunden hat, mag dahingestellt bleiben“ (Pr. Jb. 35, 1875 S. 452).

So blieb also letztlich als der einzige wirklich sichere Grund für die Notwendigkeit des russischen Bündnisses die Erwägung, daß auf diese Weise allein Rußland nicht zum Bundesgenossen Frankreichs würde.

Das eben war der schwerste Vorwurf, den das Zentrum der ganzen Bismarckschen Politik machte, daß sie Deutschland in die Zwangslage versetzte, sich mit Rußland gut zu stellen und so Rußland die Möglichkeit gab, seinen Willen zu diktieren. Die besten Träger der abendländischen Kultur habe Deutschland zu Boden geschlagen und liefere Europa der Gewalt des halb asiatischen Cäsaropapismus aus, in dessen Bereich die schismatische

Kirche des Photios Verdummung und Barbarei aufrecht erhalte und das Land von der Kultur des Abendlandes scheide. Das Zentrum bekämpfte Rußland als den Unterdrücker der katholischen Kirche in Polen; Rußland zuliebe, so meinten sie auch, führte Bismarck den Kulturkampf. Darum schrieb Reichensperger, „daß nur die äußerste Demütigung Rußlands vom kirchenpolitischen Gebiete die bösen Wolken verscheuchen, dauernden Frieden zuwege bringen kann“ (Pastor II S. 166). Die Offiziellen und Offiziösen schienen vergessen zu haben, wie beschämend die Freundschaft eines solchen Bundesgenossen war, „dem doch noch von besseren Zeiten des deutschen Geistes her der Geruch der Barbarei“ anhinge (Hp.Bl. 73, 1874 S. 481). Was Treitschke für unbedeutend und gefahrlos erklärt hatte, das sah Jörg in Rußland vor allem: die soziale Fäulnis, die den ganzen morschen Bau ständig mit dem Zusammenbruch bedrohte. Wie bald könne der mit dem Panslavismus verbündete Kommunismus alle Ordnung über den Haufen stürzen und das ganze Abendland bedrohen! Das Stück des Abendlandes, das der Gefahr am nächsten zu liegen schien, war Oesterreich.

Die Sorge für die katholische Habsburgermonarchie war der stärkste Grund, der die deutschen Katholiken gegen Rußland einnahm und sie das Dreikaiserbündnis verurteilen ließ. Von je her hatten die Katholiken auf Oesterreichs Seite gestanden. Sie hatten bis zum letzten Augenblick gegen das Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland gekämpft, und sehr schwer wurde es ihnen, das neue deutsche Reich dann als solches anzuerkennen. Aber da Oesterreich selbst es tat, so blieb nun nichts mehr übrig, als wenigstens die engste Freundschaft des neuen Reiches mit Oesterreich-Ungarn zu wünschen.

Alle, nicht nur der bayrische Ultramontane Jörg, machten Oesterreichs Interessen zu den ihrigen. So freilich, daß sie auch als Partei zu den inneren Fragen Oesterreichs Stellung nahmen. „Dem katholischen und legitimistischen Oesterreich gehörte unsere Liebe“, sagte Jörg (Hp.Bl. 77, 1876 S. 336), und das war der Schmerz der deutschen Katholiken, daß Oesterreich die alten Wege verließ, indem es z. B. das Konkordat aufhob und indem es nach dem Sturz des föderalistischen Ministeriums Hohenwart seine inneren Verhältnisse rein nach den Wünschen der Liberalen Cis- und Transleithaniens, der Deutschen und der Magyaren, einrichtete, statt gegenüber all den Nationalitätsstreitigkei-

ten in der Katholizität ein einigendes Band zu suchen. Nur das könnte das Reich vor dem Verfall retten.

Der größte Fehler aber, den Oesterreich unter Andrassys Leitung beging, war in den Augen des Zentrums die wie es schien so vertrauensselige Anlehnung an die beiden nordischen Kaiserreiche. Denn wenn schon das Zentrum für ein deutsch-österreichisches Bündnis war — so wie die Dinge jetzt lagen, war das Bündnis eine Schmach und eine Gefahr für Oesterreich. Eine Schmach: denn hatte schon nach 1866 Oesterreich durch Anerkennung des deutschen Reichs seine alte Stellung aufgegeben, Andrassy, so glaubte man, ging soweit, seine „gebundene Marschroute“ nach den Befehlen zu richten, die ihm aus Berlin kamen. Schon der Sturz Hohenwarts schien den Historisch-politischen Blättern unter preußischem Einfluß erfolgt zu sein, und ebenso folgsam zeigte sich Andrassy in der Frage der Anerkennung des spanischen Marschalls Serrano. „Oesterreich fühlt sich nicht mehr als Großmacht“, sagte Jörg resigniert (Hp.Bl. 74, 1874 S. 411/12).

Eine Gefahr war das deutsch-österreichische Bündnis, weil Bismarck zugleich mit Rußland im Bunde stand, einem Freunde, dem er im Ernstfall sofort den Vorzug geben würde, geben mußte, weil sonst die russisch-französische Allianz drohte. Es war nicht nur eine schmachvolle, sondern auch eine eitle Hoffnung, wenn Andrassy sich schmeichelte, Deutschland würde schließlich doch Oesterreich gegen Rußland decken. Rußlands Weg nach Konstantinopel mußte es über Wien führen; und dabei würde Bismarck auf der Seite des „alten Freundes“ an der Newa zu sehen sein, denn wenn Rußland an der unteren Donau im Kampf gegen Oesterreich etwas zu gewinnen habe, so Deutschland mit Hilfe napoleonischer Kompensationspolitik an der oberen Donau. Deutschlands nationale Einigung sei unvollendet; die Logik der bisherigen Entwicklung fordere die Angliederung Deutsch-Oesterreichs. Freilich: die ebenfalls deutschen Ostseeprovinzen den Russen zu entreißen, das war nicht so leicht und schien nicht gewagt zu werden. Aber deutete nicht alles darauf hin, daß Bismarck die Erweiterung nach Südosten wollte? Konnte er mit Oesterreichs Todfeind Rußland Freundschaft halten und zugleich ehrlich Oesterreichs Freund sein? Und warum das Liebäugeln zwischen Deutschland und Italien? War nicht Bismarcks ganze Vergangenheit ein Fortschreiten von Eroberung zu Eroberung? Und nichts konnte er auch besseres zur Zertrümmerung Oester-

reichs tun, als wenn er ihm verbot, die einzige heilsame innere Politik zu treiben. Zwar hatte Moltke bei der Beratung des Militäretats alle Eroberungsabsichten geleugnet. Er hatte gesprochen von all den Richtungen, in denen die Welt weitere deutsche Annexionen vermutete und hatte dann gesagt: „Ich wüßte wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück Rußland oder Frankreich machen sollten“ (RV. 6. 2. 74). Aber er hatte nicht gesagt, daß er mit einer eroberten Stück Oesterreichs nichts anzufangen wüßte (Jörg RV. 20. 4. 74). Auch der Kulturkampf schien einen neuen Sinn zu bekommen: er war die Vorbereitung für die Annexion. Denn erst wenn der Katholizismus in Deutschland jede Macht verloren hatte, dürften neue Katholiken aufgenommen werden. Darum also wollten die Liberalen auf einmal nichts mehr von einer Angliederung Deutsch-Oesterreichs wissen! Ihnen gegenüber aber wiesen die Katholiken immer wieder auf die Unvollkommenheit ihres stolzen „deutschen“ Reiches hin, das Polen, Dänen, Franzosen einschließe, acht Millionen Deutsche aber draußen lasse. Und gelegentlich konnte Jörg auch zu dem Gedanken kommen: „Wir von unserem Standpunkt aus könnten auch einer solchen Entwicklung mit aller Seelenruhe zuschauen, und es bestände kein Grund für uns, eine entsprechende Politik des Reichs anzufinden“ (Hp.Bl. 77, 1876 S. 11). Es war aber ein Mißverständnis, wenn Bismarck und Lasker meinten, Jörg habe damit die Annexion befürworten wollen. Nur freilich hatte er nicht viel Zuversicht auf Lebenskraft und Lebenszweck des jetzigen Oesterreichs; denn „das alte Oesterreich, dem unsere historische Liebe gehörte, hat sich eben selbst aufgegeben“ (Hp.Bl. 73, 1874 S. 636).

Die ganze Zwiespältigkeit und innere Unsicherheit des Habsburgischen Staates übertrug sich auf die Haltung seiner Freunde. Denn trotz solcher gelegentlichen Aeüßerungen über Oesterreichs Ende wünschte man es zu retten, indem man es der „doppelten Polizeiaufsicht“ des Dreikaiserbündnisses (Hp.Bl. 70, 1872 S. 390) entzogen zu sehen wünschte und zu dem Zweck die deutsch-russische Freundschaft bei jeder Gelegenheit und mit allen Mitteln angriff und zu stören suchte. Man warnte vor den Gefahren, die der Panslavismus mit seiner Deutschenfeindschaft auch Deutschland bringen würde, man stellte das deutsch-russische Bündnis als ein ungleiches Verhältnis dar. Gleich in den ersten Tagen des deutschen Reichstages tadelte Windthorst bei

der Adreßdebatte die Unterstützung Rußlands auf der Pontus-Konferenz, die so gar nicht zu der Betonung des Nichtinterventionsprinzips in den italienischen Angelegenheiten passte (RV. 30. 3. 71, vgl. S. 53). Und kaum, daß sich nur ein Anzeichen tatsächlicher Brüchigkeit des deutschrussischen Verhältnisses bemerkbar machte, so wurde es auch schon ausgenützt, um das russische Bündnis zu diskreditieren. So, als im Herbst 1874 Bismarck in Spanien die Regierung des Marschalls Serrano anerkannt wissen wollte gegenüber dem Prätendenten Don Carlos und Rußland allein von allen Mächten sich dem deutschen Wunsch versagte. Jörg nannte im Reichstag (4. 12. 74) dies russische Desaveu ein Fiasko und drängte Bismarck dadurch ähnlich wie die Angriffe der Liberalen in die Lage, Rußland verteidigen zu müssen. „Rußland liegt um so und soviel Meilen weiter von Spanien . . ., es ist kein russischer Offizier dort umgebracht worden“ „Wie wir Achtung für unsere Ansichten verlangen, achten wir die Meinungen anderer Regierungen, die in der günstigen Lage sind, der theoretischen Auffassung der Sache zu folgen, weil sie von der praktischen nicht berührt werden. Am allermeisten aber achten wir die Meinung der uns seit einem Jahrhundert und noch heute intimsten unter den uns befreundeten Mächten, der russischen, und wenn der Herr Vorredner geglaubt hat, mit seinen kleinen Pfeilen dahin schießend eine kleine Verstimmung zu machen, so erregt das nur unsere Heiterkeit. Unsere Beziehungen dort stehen Gottseidank turmhoch über der Tragweite von dergleichen kleinen Versuchen“ (Kohl VI S. 215 ff.). Das war eine starke Uebertreibung. Die Preußischen Jahrbücher hatten Unrecht, wenn sie meinten, Jörg hätte den Reichskanzler „an der Stelle angegriffen, wo er am unverwundbarsten ist, in seiner stolzen Vertretung der Ehre der Nation, die ohne Unterschied der Konfession schlechthin der Meinung ist, daß auch ein Deutscher nicht mehr ungestraft im Auslande ermordet werden darf“ (Pr. Jb. 35, 1875 S. 95). Denn Jörgs Angriff galt nicht so sehr der Intervention in Spanien als dem russischen Bündnis, und das war in der Tat eine Stelle, an der Bismarck verwundbar war.¹⁷ Das zeigte sich erneut bei der Krieg-in-Sicht-Krisis und wurde wiederum vom Zentrum erkannt und angekreidet. So tat

17. Selbst die Preußischen Jahrbücher fanden keinen triftigen Grund zur Rechtfertigung des russischen Verhaltens.

es Schröder (Lippstadt) im Reichstage (vgl. S. 80), so Jörg in den Historisch-politischen Blättern: Rußland als Friedensstifter habe eine Ueberwachung des europäischen Störenfriedes Preußen geübt; „wenn freilich der Krieg sich ein anderes Mal auch der Interessenpolitik Rußlands empfehlen sollte, dann wäre es mit der „Friedensgarantie“, die der Welt vom Dreikaiserbündnis verheißen wurde, überhaupt zu Ende“ (Hp.Bl. 75, 1875 S. 960). Und dieser Fall sollte bald eintreten.

Die Balkankrisis.

Der Balkan war die wunde Stelle im Dreikaiserbündnis, denn hier stießen unüberbrückbar russische Eroberungstendenzen mit den Lebensinteressen Oesterreichs zusammen. Und wenn auch Bismarck versuchte, Rußland und Oesterreich vor dem Aufrühren dieser Frage zurückzuhalten, die Balkanvölker selbst rührten daran, und im Juli 1875 rückte der Aufstand in der Herzegowina erneut den krisenhaften Zustand der Halbinsel „in Sicht der europäischen Mächte“.

Die Historisch-politischen Blätter hatten von je her auf die Krisenhaftigkeit der Balkanverhältnisse hingewiesen. Jörgs Interesse an allen Gefahren, die Oesterreich drohen konnten, brachte ihn dazu; schon 1871 schrieben die gelben Hefte: „Der letzte politische Krieg wird erst der sein, welcher über die Zukunft Oesterreichs und der Türkei definitiv entscheidet. Eine „Lokalisierung“ ist bei diesem Krieg von vornherein eine vollendete Unmöglichkeit. Wahrscheinlich wird er nicht einmal auf Europa beschränkt bleiben, sondern auch die Nordamerikanische Union in seinen Strudel hineinziehen“ (Hp.Bl. 67, 1871 S. 396). Nur die definitive Lösung im Orient bedeute definitiven Frieden für Europa. Sie sei die letzte und größte politische Frage des Jahrhunderts, bevor alle Mächte vor die Lösung des sozialen Problems gestellt werden würden. Im Orient, so argwöhnte Jörg, wollte Bismarck offenbar wieder einen Kriegsfall herausdrechseln, der sich im Abendland nicht zu bieten schien, um ihn für seine weiteren Absichten auszunützen. Und als nun 1875 die Krisis zum Ausbruch kam, schien es gewiß, daß Preußen und Rußland vereinigt ihre Interessen gegenüber Oesterreich wahrnehmen würden; Oesterreich würde keinen Widerstand leisten können. Umso falscher sei es, daß Andrassy selbst sich von Rußland vorschieben ließ, um sich dann durch Ablehnung seiner Reform-

vorschläge „bösllich die Finger zu verbrennen“ (Hp.Bl. 77, 1876 S. 730), und umso mehr war es eine Erleichterung, als England durch Ablehnung des Berliner Memorandums die ganze Frage dem engeren Kreise des Dreikaiserbündnisses entzog und wieder zu einer europäischen machte, eine Lage, in der Oesterreich eher auf Hilfe rechnen konnte. Auf Annexionen dürfe Oesterreich nicht ausgehen, einmal, um nicht zum Mitschuldigen an Rußlands Raubabsichten zu werden, dann auch, weil das neue Oesterreich zu irgend welcher Kulturmission den Slaven gegenüber nicht mehr Kraft genug besäße. Integrität des türkischen Länderbestandes mit Einsetzung eines abendländisch-christlichen Fürsten unter Garantie aller europäischen Mächte, das war die Lösung, von der allein Jörg eine heilsame Entwicklung erwartete, gefahrlos für Oesterreich. Die Interessen Oesterreichs waren ihm zugleich Interessen Deutschlands, wenn es sie recht verstand, und wenigstens Interessen Süddeutschlands, gegen das Bismarck zum mindesten eine Ungerechtigkeit beginge, wenn er Deutschland für uninteressiert erklärte. Und selbst wenn Deutschland nicht eigene Interessen hätte — eine wahre Großmacht dürfe nicht sagen, daß eine solche Frage sie nicht berühre.

Das war die Parole, die Bismarck ausgab: Deutschland ist uninteressiert und hat nur den einen Wunsch, Kriege zwischen den europäischen Mächten und besonders Differenzen zwischen seinen Freunden vermieden zu sehen. Dieser Parole folgten die Liberalen. Aber auch an sich nahmen sie wenig Anteil an den Verwicklungen auf dem Balkan. „Wer darf uns schelten, wenn uns die Wirren am Bosphorus herzlich unwillkommen erscheinen? Wir brauchen den gesicherten Weltfrieden wie das liebe Brot, wenn unsere gesunkene Volkswirtschaft sich wieder erholen soll ... und da wir zwar die Türkenherrschaft überreif zur Vernichtung finden, doch die Rajahvölker noch in keiner Weise reif zur Selbständigkeit, so würden wir es als ein Glück begrüßen, wenn diese schwierigste aller europäischen Fragen ... noch durch einige Jahrzehnte ungelöst bliebe“ (Pr. Jb. 37, 1876 S. 671). Im Herbst 1875 glaubten die Preußischen Jahrbücher auch mit Freude feststellen zu können, daß „die Beziehungen der europäischen Staaten zueinander selten ein so friedliches Aussehen gehabt“ hätten, und sie erwarteten, daß, sei es durch Gesandtenkonferenzen, sei es durch Konsularkommissionen die Insurrektion mit Hilfe einiger Reformen bald zu Grabe getragen würde

(Pr. Jb. 36, 1875 S. 455). Als diese Hoffnung sich nicht erfüllte, als später ein Eingreifen Rußlands bevorzustehen schien, da glaubten sie nicht befürchten zu müssen, daß Rußland durch überspannte Absichten Preußens Freundschaft, die ihm so wertvoll sei, würde verscherzen wollen; sie trauten den Versicherungen des Zaren, daß er keine Eroberungen vorhabe, und sahen in Rußland den besten Verteidiger dessen, was seine Regierung selbst zu verteidigen vorgab: der Freiheit und Sicherheit der Christen auf dem Balkan. Die endgültige Lösung freilich, die Treitschke vorschlug, stand, wie er wohl wußte, im Gegensatz zu russischen Zielen: Konstantinopel als Mittelpunkt eines Staates, der — eine echt liberale Idee — von dem Kulturvolk der Griechen getragen würde. Daß Oesterreich nicht slavische Gebiete annectieren dürfe, darin stimmte Treitschke mit Jörg überein: Oesterreich würde einen solchen Bissen zu verdauen zu schwach sein.

Standen die Preußischen Jahrbücher mit ihrer Ueberzeugung von der Zuverlässigkeit der russischen Regierung unter den Liberalen ziemlich allein, so vertraten doch fast alle den Satz von der Uninteressiertheit Deutschlands. Ein Interesse nahm die Fortschrittspartei an den Balkanwirren, indem sie in ihnen entgegen den schutzzöllnerischen Angriffen auf das Freihandels-system eine wesentliche Ursache der Wirtschaftskrisis suchte; sie zu beenden habe Deutschland ein größeres Interesse als sie gar durch Ermunterungen Rußlands noch zu verlängern und zu erweitern, und das Ende müsse so ausfallen, daß das Gleichgewicht erhalten blieb, das hieß, daß Rußland keine Erwerbungen machte.

Der erste, der im Reichstage die orientalische Krisis zur Sprache brachte, war ein Vertreter des Zentrums. Am 9. Febr. 1876 hatte Bismarck über die Krieg-in-Sicht-Krisis des vergangenen Jahres gesprochen und sie unter Ablehnung aller kriegesischen Absichten als durch Zeitungslärm und Mißverständnisse halb eingeweihter Personen hervorgerufen erklärt. Windthorst entgegnete ihm darauf und fuhr dann fort: „Inzwischen liegt das ja glücklich hinter uns und es würde gewiß zur Hebung der Gewerbe noch mehr beitragen, wenn der Herr Reichskanzler diese Gelegenheit benutzt hätte, um uns darüber eine größere Beruhigung zu geben, ob in der Lage der orientalischen Angelegenheit irgendwelche Gefahren für uns enthalten sind.“ Nun hatte am 30. Dez. (1875) Andrassy in einer Zirkularnote an die

Pariser Vertragsmächte eine Reihe von Reformvorschlägen gemacht, die Mächte waren dem beigetreten, und soeben, am 6. Febr., hatte sich die Pforte zur Annahme der Note bereit erklärt. Dadurch schien die Thronrede, die die Reichstagssession am 27. Okt. 1875 eröffnet hatte, recht zu erhalten, daß die europäische Lage „friedlicher sei als je“, und Windthorst's ängstliche Anfrage erregte Heiterkeit. „Meine Herren“, erwiderte er darauf „Sie finden das einigermaßen erheiternd; ich kann Ihnen sagen, daß ich gar nicht so ruhig nach dem Orient hinaussehe, obwohl ich glaube, daß der Herr Reichskanzler seine ganze Kraft daran setzt, die Dinge dort in einem friedlichen Gleise zu erhalten.“ Bismarck wies Windthorst's Anfrage kurz ab: sie zu beantworten, würde eine zu weite Abschweifung von der Sache bedeuten. „Das aber kann ich ihm versichern — indessen er wird es sich aus seiner eignen Kenntnis der Geographie eben auch schon sagen können, — daß das deutsche Reich, daß wir Deutschen die Letzten sind, die bei dieser Gelegenheit in Kriegsgefahr kommen können“ (Kohl VI S. 353/55).

Aus Andrassys Reformvorschlägen wurde indessen nichts, und als die drei leitenden Minister der Kaiserreiche im Berliner Memorandum (13. Mai) neue Vorschläge machten, lehnte es England ab, sich dem anzuschließen, und Frankreich und Italien zogen daraufhin ihre Zustimmung auch wieder zurück. Statt dessen brachen in Bulgarien neue Unruhen aus, und als diese von den Tscherkessen unter fürchterlichen Greueln niedergeschlagen wurden, schien es ein allgemein menschliches und christliches Gebot, die Christen der Balkanhalbinsel für alle weiteren Zeiten vor dergleichen sicher zu stellen. Im Sommer griffen Serbien und Montenegro in den Kampf gegen die Türkei ein; Rußland schien mehr und mehr in einer Sonderaktion den „Schutz der Christen“ in die Hand nehmen zu wollen, und die Niederlage Serbiens machte es erst recht wahrscheinlich, daß Rußland bald seinem Schützling würde zu Hilfe kommen müssen. Die öffentliche Meinung in Rußland drängte danach, und je mehr sie es tat, umso weniger Gewicht hatten die Erklärungen Kaiser Alexanders, daß es ihm nur um Schutz der Christen, nicht um Eroberungen zu tun sei. Die Mobilmachung des russischen Heeres und die hastige Art, mit der Rußland am 30. Okt. in einem Ultimatum einen Waffenstillstand für Serbien verlangte, verstärkten den Eindruck eines einseitigen russischen Vorgehens. An der Zuver-

lässigkeit Rußlands, das man unter dem unmittelbaren Eindruck der bulgarischen Greuel wohl unterstützen zu müssen gemeint hatte, begannen selbst Liberale zu zweifeln. Besonders mißtrauischen Oppositionellen erschien auch die deutsche Politik verdächtig. Die Reise Manteuffels nach Warschau anläßlich der russischen Manöver (Anfang September), die Reise des Botschafters von Schweinitz nach Livadia (Ende Oktober) legten den Argwohn nahe, daß dort eine deutsch-russische Verständigung erfolgt sei.

Die Thronrede, mit der am 30. Okt. 1876 der Reichstag eröffnet wurde, sprach von den der friedlichen Politik Seiner Majestät entsprechenden guten auswärtigen Beziehungen und von dem Bestreben, unter allen Mächten, insbesondere den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden durch freundschaftliche Vermittlung den Frieden, falls er bedroht sein sollte, aufrecht zu erhalten. „Was aber die Zukunft auch bringen möge, — Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird.“ Schon einige Tage darauf, am 3. November, knüpfte Windthorst hier an. „Wir haben in der Thronrede einige Aeüßerungen über die äußere Lage zu hören bekommen. Ich zweifle nicht, daß recht Viele sich dadurch aufgeklärt gefunden haben“ (Heiterkeit). Er, Windthorst, habe aber absolut gar nichts daraus gelernt. „Wann man in den vorliegenden Verhältnissen denkbarer Weise die Ehre Deutschlands engagiert erachten würde, welche Interessen Deutschland nach Ansicht der Regierung dabei hat, davon ist kein Wort in der Thronrede geredet“. Nach des Reichskanzlers früherem Hinweis auf die Geographie „kommt es mir fast so vor, als ob die Interessen, die wir dort haben, ihm sehr ferne liegend zu sein scheinen. Vom Standpunkt der Spree aus ist allerdings unser Interesse in der orientalischen Frage nicht sehr nahe, aber vom Standpunkt der Donau aus liegt es etwas näher“. Deutschland hat ein Interesse daran, daß die Donaumündung nicht in Hände kommt, die stark genug sind, Deutschlands Interessen daselbst zu gefährden, und Deutschland hat ein Interesse, Oesterreich bei seiner Aufgabe, die deutsche Kultur im Orient voranzutragen, zu unterstützen. „Ich will ... nicht unmittelbar direkte Erklärungen provozieren über Engagements, von denen in den Zeitungen gesprochen ist, ohne daß ein offizieller Widerspruch erfolgt wäre ..., aber, meine Herren, es sollte offen und klar ausgespro-

chen werden, und es sollte darüber nirgendwo ein Zweifel gelassen werden, daß in dieser Sache das Interesse Oesterreichs auch ein deutsches Interesse ist“ (RV. 3. 11. 76).

Von seiten der Regierung wurde Windthorst keine Antwort gegeben. Nur der Freikonservative Dr. Lucius lehnte Windthorsts Wünsche ab, indem er die Sache mehr formal behandelte, ein Eingreifen von Reichstagsmitgliedern in die auswärtige Politik für überflüssig erklärte.

Drei Tage später, am 6. November, erfolgte beim Etat des Auswärtigen Amts ein zweiter, größerer Vorstoß durch Jörg, den „berufsmäßigen Vertreter für die auswärtige Politik im Kreise seiner Freunde“ (Lasker RV. 6. 11. 76), der in einer großen Rede alle seine auch in den Historisch-politischen Blättern ausgesprochenen Gedanken über Dreikaiserbündnis und Orientkrise vortrug. Die Krisis sei „die letzte politische Frage, bei der es sich am Ende doch wieder nur um die Verrückung territorialer Grenzsteine handeln könnte“, die politischen Fragen der Zukunft würden sozialpolitisch sein; „es wird vor allem, meine Herren, sich dann fragen, ob die alten Monarchien und die alten Parteien noch imstande sind, für die zivilisierte Welt das zu leisten, was ihr unbedingt nottut, nämlich eine vom christlichen Geiste getragene Gemeinsamkeit, die der Menschheit wieder den Frieden verbürgt, den wir seit langer Zeit vermissen“. Die einzige heilsame Lösung im Orient: Einsetzung eines christlichen Vertragsfürsten unter Aufrechterhaltung des ganzen türkischen Länderbestandes durch alle europäischen Mächte, hat wenig Aussicht erreicht zu werden, denn „von einer solchen Gemeinsamkeit der Nationen besteht jetzt nicht die Spur“; vor allem Rußland denkt nicht daran, die europäische Aufgabe zu erfüllen, sondern will seine eigenen Ziele erreichen. Und wenn ihm das gelingt, selbst wenn es ihm nur gelingt für die Nordprovinzen des türkischen Reichs — wer will dann noch die Existenz Oesterreichs für lange verbürgen? So ist die Balkankrise die Krise Oesterreichs, und diese Krise Oesterreichs wiederum berührt unmittelbar Deutschland. „Wenn das deutsche Reich begierig ist, die acht oder zehn Millionen deutscher Oesterreicher zu uns hereinzuholen, ... um dann die kolossale slavische Weltmacht unmittelbar an seinen Grenzen zu haben dann ist die preußisch- oder deutsch-russische Allianz — dann ist sie der rechte Weg zum Ziel.“ Wenn man aber, wie doch immer versichert wird, Oesterreich er-

halten will, dann ist diese Allianz politisch falsch. Die Brüchigkeit des Dreikaiserbundes hat die Thronrede selbst zugeben, indem sie von der Notwendigkeit der Vermittlung sprach. „Die Thronrede hat aber auf die Frage keine Antwort gegeben, auf welcher Seite denn das deutsche Reich dann stehen würde, wenn eine solche immerhin sehr schwierige Vermittlung endlich einmal nicht mehr zum Ziel führte. Ich möchte fast glauben, meine Herren, die Verfasser der Thronrede haben die Antwort auf diese Frage selbst als ein öffentliches Geheimnis angesehen.“ Denn freilich sei Rußlands Uebergewicht so groß, daß Deutschland ihm folgen müsse; die ganze deutsche Politik hätte anders sein müssen, wenn das vermieden werden sollte. „In diesem Augenblicke fällt mir sehr lebhaft ein, welche tiefe Bedeutung der Gedanke gehabt hat, den Fürst Bismarck zweimal öffentlich ausgesprochen hat, indem er sagte, er für seine Person habe die Annexion von Elsaß-Lothringen für einen politischen Fehler gehalten.“ Wenn jetzt die Donaumündungen an Rußland überliefert würden, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn in Süddeutschland manch alte Reminiszenzen aufwachten beim Anblick der Wellen dieses Stromes, die nun bald dem russischen Machtbereich zufließen würden. Eines Reiches Liebe wird sich Deutschland durch seine Politik erwerben, eines Reiches aber, das selbst von der Gefahr bedroht ist, in seinem Innern vielleicht bald merkwürdige Veränderungen zu erleben. „Denn es will etwas heißen, meine Herren, wenn der russische Zar sich in der Lage sieht, gestehen zu müssen, daß er sich beuge und beugen müsse unter den Willen der slavischen Nationalvereine!“

Auf Jörgs Rede antwortete von seiten des Bundesrats Staatssekretär von Bülow. Er mahnte wie immer, daß man es der Regierung überlassen möge, Zeit und Umfang etwaiger Mitteilungen zu bestimmen. Das Volk dürfe ruhig und vertrauensvoll sein, und ein solcher Angriff des Mißtrauens und der Kriegsbesorgnis sei umso unverständlicher, als doch der eben abgeschlossene Waffenstillstand auf friedliche Entwicklung und die von England ergangene und von den andern angenommene Konfereinladung auf gemeinsame Lösung durch alle Mächte Aussicht gebe.

Lasker, Braun, Beseler und Graf Bethusy-Huc waren einig darin, das Hineinziehen der auswärtigen Politik in den Reichstag als unzweckmäßig und die ganze deutsche Politik gefähr-

dend zu bezeichnen. Lasker besonders, der an erster Stelle nach Bülow sprach, betonte in seiner Entgegnung diese Seite der Sache (vgl. S. 22), was zu einer längeren Auseinandersetzung mit Windthorst führte, und Bethusy-Huc tadelte scharf ein Verfahren, das die deutsche Politik durch Verdächtigungen bei allen andern Mächten anzuschwärzen und mit ihnen zu brouillieren suche. Denn einen andern Zweck und Erfolg könne es doch nicht haben, wenn Jörg Frankreich als ewigen Feind Deutschlands hinstellte in einem Augenblick, wo sich in Wahrheit die Beziehungen eben besserten, wenn er indiskrete Mitteilungen machte, daß Bismarck früher einmal (1871) an Krieg gegen Rußland gedacht habe, und wenn er Oesterreich vor Deutschland warnen zu müssen glaubte. Gerade Oesterreichs Interessen würden besser gewahrt, wenn Deutschland seine Vermittlerstellung beibehielte, und um sie bewahren zu können, sei eine voreilige Parteinahme für einen der beiden das untauglichste Mittel.

Windthorst fand an Bülows Erklärungen bemerkenswert die Mitteilung, daß von einem Heraustreten Rußlands aus dem europäischen Konzert nicht die Rede sein könne. Wenn er der Regierung die freudige Dankbarkeit für diese Mitteilung aussprach, so hatte er daneben wohl auch die Absicht, die deutsche wie die russische Regierung ausdrücklich darauf festzunageln. Weiter über die auswärtige Lage zu sprechen lehnte er ab, weil doch der Mann fehle, der allein Bescheid wisse und Auskunft geben könne.

Die Vermutungen Jörgs widersprachen an sich durchaus nicht der Logik der politischen Situation. Hatte doch tatsächlich im September Rußland den Wunsch ausgesprochen, daß Deutschland ihm seine Unterstützung auch zu einem Vorgehen gegen Oesterreich leihen möge. Aber Bismarck hatte, entrüstet über diese Zumutung die Beantwortung dieser noch dazu auf nicht korrektem Wege erfolgten Anfrage lang hinaus gezögert, und die Antwort, die schließlich der Botschafter von Schweinitz nach Livadia überbrachte, war eine Ablehnung des russischen Wunsches, wurde es jedenfalls, als Gortschakow deutsche Wünsche zu erfüllen keine Neigung zeigte. Bismarck wünschte auf jeden Fall einen russisch-österreichischen Krieg vermieden zu sehen, der Deutschland in die Lage gebracht hätte, für eins der beiden Länder eintreten zu müssen und sich dadurch die Feindschaft des andern zuzuziehen. Rußland sah sich durch Deutschlands Ablehnung gezwungen, eine Verständigung mit Oester-

reich über ein Vorgehen im Balkan zu suchen. Ende November nun hatte Bismarck Sorge, daß diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, und so hielt er es für angebracht, Rußland noch einmal deutlich zu erklären, was es im Falle eines Krieges gegen Oesterreich von Deutschland zu erwarten habe. Gleichzeitig wollte er auch die Angriffe und Mißverständnisse, die seine Politik von den inneren Gegnern erfahren hatte, beantworten.

Er tat das zunächst bei einem parlamentarischen Diner in seinem Hause am 1. Dezember (1876). Er betonte wie immer Deutschlands Interesselosigkeit; man könne Rußland nicht den Krieg verbieten, ohne sich unnötigerweise den gerechten Unwillen der russischen Nation zuzuziehen: dies war eine Antwort auf die ultramontanen Angriffe. Ein russisch-türkischer Krieg sei möglich, da die Konferenzen in Konstantinopel nicht viel Erfolg versprächen, gefährde aber keine deutschen Interessen. Auch einem Krieg zwischen Rußland und England, der als zweites Stadium in Frage käme, könne Deutschland, so bedauerlich er sei, ohne große Sorge zusehen. Wenn aber, was als letzte Möglichkeit in Gefahr stünde, Rußland und Oesterreich in Kampf gerieten, dann könnte es unter Umständen nötig werden, daß Deutschland aus seiner Neutralität heraustrete, wenn nämlich Oesterreich eine lebensgefährliche Verwundung erlitt. „Die Integrität und der Bestand Oesterreich-Ungarns sei eine Notwendigkeit nicht bloß vom Gesichtspunkt des europäischen Gleichgewichts aus, sondern sie entspreche auch den Sympathien und historischen Traditionen der deutschen Nation.“ (Zitiert nach Rachfahl S. 156.) Das galt der russischen Adresse, war aber gleichzeitig ein Zugeständnis an die deutsche öffentliche Meinung und bedeutete auch in dieser Hinsicht ein Vorspiel zum Abschluß des Zweibundes von 1879.

Bismarck hatte den Wunsch geäußert, auch im Reichstag einmal über die politische Lage zu sprechen, und so konnte es ihm nicht ungelegen kommen, als ihm ein Anlaß dazu geboten wurde, diesmal nicht von einem Mitglied des Zentrums, sondern von Eugen Richter, der am 5. Dezember mit unverkennbarer Spitze gegen die vermeintlich russenfreundliche Politik des Kanzlers seine Interpellation über die russischen Goldzölle einbrachte. Griff Richter mit den Hinweisen auf Rußlands handelspolitische Rücksichtslosigkeit das russische Bündnis im allgemeinen an, so im besonderen die russische Balkanpolitik und die ihr wohlwol-

lende Haltung der deutschen Regierung. „Wenn in dieser Weise ein altbefreundeter Nachbarstaat behandelt wird, so ist das nicht geeignet, für die Kulturmission Rußlands in anderen südlichen Nachbarstaaten Begeisterung zu erwecken. Wenn gegen eine solche Handelspolitik nichts zu machen ist, dann müssen die Befürchtungen umso mehr steigen gegen die Eventualität einer Ausdehnung von Grenzen, innerhalb deren eine solche Handelspolitik möglich ist“.

Bismarck überschüttete in seiner Antwort (Kohl VI S. 447 — 464, vgl. S. 111) Richter mit Vorwürfen. Seine Methode sei gerade geeignet, Verstimmungen hervorzurufen und schwebende Verhandlungen zu stören. Dabei habe Richter es an der Angabe positiver Mittel fehlen lassen, mit denen man von Rußland eine Aenderung seiner Politik erreichen könne. Kampfzölle wolle er nicht, Krieg auch nicht. Und irgend eine Politik, für deren Unterstützung Deutschland einen Preis fordern könnte, beabsichtige Rußland gar nicht — ganz abgesehen davon, daß es überhaupt mißlich sei, Politik nach wirtschaftspolitischen Angeboten zu richten. Rußland wolle nicht mehr als das, was Deutschland von sich aus auch wünschen müsse: Schutz der Christen auf der Balkan-Halbinsel und Deutschlands Neutralität, falls ein russisch-türkischer Krieg notwendig würde. Zwischen den großen Mächten würde sich eine Vermittlung ermöglichen lassen, und über den Fall des Mißlingens einer solchen Vermittlung werde man noch keine Erklärungen von ihm erwarten. Diese Rede konnte so erscheinen, als habe sich Bismarck wieder zum Advokaten Rußlands gemacht, und in der Tat war sie auch darauf berechnet, das russische Bündnis festzuhalten. Aber die russische Regierung, an deren Adresse die Rede auch gerichtet war, mußte die beißende Ironie hören, mit der Bismarck ihr Verhalten in den letzten Monaten tadelte, indem er sie vor der Welt als so zuverlässig und unschuldig darstellte, wie sie hätte sein sollen und wie sie es eben nicht gewesen war. „Unser gutes und solides Verhältnis zu Rußland irgendwie zu alterieren und in die erprobte hundertjährige Freundschaft, die zwischen beiden Regierungen besteht, einen Riß zu machen, dazu gehören stärkere Leute wie Sie, dazu gehört die kaiserlich russische Regierung selbst, die allein wäre imstande, und die hat ebenso wenig die Absicht“ (Kohl VI, S. 460). „Nur dann würde uns unsere Aufgabe friedlicher Vermittlung gestört werden können, wenn irgend einer

unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu betätigen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nichts getan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe zu dem einen beweisen durch Haß gegen den andern.... Ich bin aber gar nicht des Glaubens, daß man uns jetzt gleiche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegenteil, unsere allen gegenüber wohlwollende freundschaftliche Stellung ist von jeder einzelnen gewürdigt worden.. Man hat dieselbe natürlich gefunden, uns mit jeder unbilligen Zumutung verschont“ (S. 463).

Die Mahnung und Warnung an Rußland war für dieses deutlich, aber auch ein Zuhörer konnte es wohl heraushören, daß Bismarck wie in der Rede vom 1. Dez. schützend vor Oesterreich trat. Und während Hänel unbefriedigt war und darauf hinwies, daß doch auch Neutralität eine Unterstützung des angreifenden Teils, also Rußlands, bedeute, gab Windthorst der Befriedigung Ausdruck, daß Bismarck das Dreikaiserbündnis als noch bestehend bezeichnet hatte, daß also kein Zweikaiserbund existierte. „Solange wir das Dreikaiserbündnis haben, sehe ich wenig Gefahr, und ich habe die Ueberzeugung, daß dann auch die Interessen Oesterreichs und mit diesem die von Deutschland gewahrt werden“ (RV. 5. 12. 76). Daß die Möglichkeit einer Gefährdung Oesterreichs bestehe und diese Gefährdung Oesterreichs auch eine Gefahr für Deutschland bedeute, darauf aufmerksam zu machen, sei seine und Jörgs Absicht in den früheren Debatten gewesen. Daß das heute anerkannt sei, schien ihm nützlich mit Befriedigung zu konstatieren. Auch mit den Worten des Grafen Bethusy-Huc konnten die Ultramontanen wohl zufrieden sein. Dieser griff zunächst scharf die freihändlerische Doktrin an, deren Unzulänglichkeit sich gerade in der vorliegenden Frage kund getan habe; er und seine Freunde würden bereit sein, gegebenenfalls einen sicher erfolgreichen Zollkrieg gegen Rußland zu eröffnen. Für die Politik aber sei das Dreikaiserbündnis der richtigste Weg zur Wahrung des Friedens. Dabei wußte Bethusy über die russische Allianz fast nichts zu sagen als den Hinweis auf die Gefahren, die eine Isolierung Rußlands für Deutschland bringen könnte, während er für Oesterreich wärmere Worte fand.

Die Reichstagssession — die letzte der Legislaturperiode —,

die in dieser Weise soviel auswärtige Politik in den Reichstag gebracht hatte, schloß mit einer Thronrede, die im Hinblick auf die gerade tagende Konstantinopeler Konferenz die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Verwicklungen aussprach. Aber die Diplomatenkonferenz hatte keinen Erfolg, weil die Pforte ihre Forderungen ablehnte. Während Rußland mit Oesterreich über die Bedingungen verhandelte, unter denen dieses eine russische Sonderaktion gegen die Türkei zuzulassen bereit war, versuchte es gleichzeitig, sich mit England über neue der Pforte zu stellende Forderungen zu einigen, um für den Fall ihrer Ablehnung seine eigene Position zu verbessern. So kam das Londoner Protokoll zustande. Aber auch dieses wurde von der Pforte abgelehnt (10. April. 1877), und am 24. April 1877 erklärte daraufhin der Zar der Türkei den Krieg.

Im Reichstage hatte am 13. April die Besprechung von Bismarcks Urlaubsgesuch stattgefunden. Die Liberalen, auch Hänel, sprachen der von Bismarck geführten Politik ihr vollstes Vertrauen aus. Wenn aber Bennigsen davon sprach, daß es Deutschland gelungen sei, eine Position zu erringen, in der seine Macht die Lokalisation des Krieges und den Frieden für das übrige Europa gewährleiste (Reden I S. 341/42), so hielt es Windthorst für angebracht, „hinter diese letztere Behauptung ein Fragezeichen zu stellen“ (RV. 13. 4. 77).

Zwei Tage nach der russischen Kriegserklärung griff Jörg bei der dritten Beratung des Haushaltsetats dieselbe Frage wieder auf. Nachdem er seine Stellung ähnlich wie früher schon dargelegt hatte, knüpfte er an die Reden Bismarcks vom 1. und 5. Dezember an. Der Reichskanzler habe leider eine Mitteilung vermissen lassen darüber, was geschehen solle, wenn die Lokalisierung mißlänge, und unausgesprochen sei auch, wann er „vitale Interessen“ Oesterreichs für gefährdet ansehen würde. Man müsse doch gleich von vornherein auf der Hut sein — „principiis obsta!“ —, und eine Verletzung Oesterreichs werde nur vermieden, wenn Rußland streng bei seiner ausgesprochenen Politik festgehalten werde, die es nach Bismarcks Versicherungen auch allein im Auge habe. Daran habe Deutschland und insbesondere Bayern ein sehr starkes und lebendiges Interesse (RV. 26. 4. 77).

Wie immer mußte sich Jörg Vorwürfe gefallen lassen, daß er wieder unnötigerweise die auswärtige Politik in die Debatte

getragen; von Maltzahn-Gültz und Lasker waren es, die sie ihm machten. Dabei stellte sich Lasker auf Jörgs Seite mit der Forderung, daß Rußland auf dem Balkan nicht türkische Gebiete, vor allem nicht Konstantinopel sich aneignen dürfe, und als Windthorst Jörg verteidigte, sagte er, daß es von großer Wichtigkeit sei, zu sehen, „daß heute ohne Widerrede im deutschen Reichstag ausgesprochen wird, daß die Russen nicht Konstantinopel und nicht den europäischen Teil der Türkei für sich haben dürfen“ (RV. 26. 4. 77).

Einige Tage später wurde der Reichstag geschlossen, und als er im Februar des kommenden Jahres wieder zusammentrat, stand der russisch-türkische Krieg dicht vor seinem Abschluß. Sein Verlauf schien denen Recht zu geben, die vor Rußlands Plänen warnten. Die zeitweiligen Niederlagen der Russen freilich bewiesen — so meinten die Preußischen Jahrbücher —, daß die phantastische Sorge vor Rußlands erdrückendem Uebergewicht unbegründet sei, während gleichzeitig Jörg die Berliner Reise des italienischen Kammerpräsidenten Crispi dahin deutete, daß offenbar Italien als Ersatz und Verstärkung für das gefährdete Rußland herangezogen werden solle. Die schließliche Uebergabe von Plewna aber entschied den Sieg der Russen; in schnellem Vormarsch gingen sie über den Balkan, besetzten Adrianopel und rückten in gefährliche Nähe der türkischen Hauptstadt. Alle seine früheren Versicherungen schien Rußland nicht mehr innehalten zu wollen. Die Preußischen Jahrbücher erklärten zwar, es sei nicht Rußlands Fehler, daß es die Versicherungen jetzt nicht halte, sondern daß es sie früher geben; die Gegner Rußlands aber forderten energischen Widerstand Oesterreichs und Englands. Noch gefährlicher als das, was von Rußlands Absichten bekannt wurde, war, daß für Europa so wenig bekannt wurde von den Verhandlungen, die Rußland mit der Türkei nicht nur über einen Waffenstillstand, sondern auch schon über den Frieden führte. Andrassy protestierte, als der Zar an Franz Joseph Waffenstillstandsbedingungen mitteilte, die allen früheren Abmachungen zuwiderliefen, und richtete am 3. Februar die offizielle Einladung zu einem Kongreß an die Mächte; in England wurden Rüstungskredite bewilligt; am 13. Febr. lief eine englische Flotte ins Marmameer ein. Ein Krieg schien bevorzustehen.

Am 6. Februar wurde der deutsche Reichstag eröffnet, und am selben Tage wurde von den Führern der Nationalliberalen

Partei beschlossen, eine Interpellation über die Orientfrage einzubringen. Ueber Motive und Entstehung dieser Interpellation ist schon gesprochen worden (vgl. S. 25). Am 19. Februar kam sie zur Beratung im Reichstage; sie war unterzeichnet von Mitgliedern der beiden konservativen und der liberalen Parteien und von Löwe als Vertreter seiner Gruppe. „Im Anschluß an die Thronrede erlauben wir uns an den Herrn Reichskanzler die Frage zu stellen: Wird der Herr Reichskanzler und an welchem Tage dem Reichstage über die politische Lage im Orient und über die hierbei von der Regierung des deutschen Reiches eingenommene und einzunehmende Haltung Mitteilung machen?“ (RV. 3. Leg. Per. 2. Session, Bd. 3, S. 328).

Bennigsen begründete die Interpellation. Es sei „ein natürliches und berechtigtes Verlangen für die Vertretung einer großen Nation“, von der Regierung Mitteilungen über Lage und Politik im Orient zu erhalten, und daß der Reichskanzler bereit sei, die Interpellation heute schon zu beantworten, lasse auf eine Beruhigung der Lage schließen. Deutschland habe direkte Interessen am Schwarzen Meer: Interessen seines Handels; ein indirektes Interesse Deutschlands liege darin, daß es durch Kriege zwischen den europäischen Mächten in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Bisher sei die Aufrechterhaltung des Friedens durch das Dreikaiserbündnis gelungen, und die Mehrheit des Reichstages wünsche, daß dies Bündnis ungestört aus den orientalischen Wirren hervorgehe. „Vor allen Dingen, möchte ich hinzufügen, haben wir in Deutschland daran ein Interesse, und das würde uns am stärksten treffen, daß nicht etwa der Verlauf der Wirren im Orient, die friedliche oder kriegерische Lösung derselben die Interessen Oesterreichs wesentlich alteriere und schädige oder gar zu einer erheblichen Schwächung von Oesterreich führe“. Mit „Hört!“, „Bravo!“ und „Sehr gut!“ wurde diese Aeüßerung aufgenommen. Als anfänglich Rußland Niederlagen erlitt, da sei Gefahr gewesen, daß durch eine Schwächung Rußlands Deutschlands Stellung ungünstig verändert werden könnte. „Die etwaigen Besorgnisse, die in dieser Richtung in Deutschland hervorgetreten waren, sind allerdings seit der Uebergabe von Plewna wesentlich beseitigt . . . und wenn wir jetzt Besorgnisse in Deutschland haben für die Folgen dieses Krieges, . . . für die Bedrohung auch unserer Sicherheit, . . . so liegt diese Sorge jetzt auf ganz entgegengesetztem Gebiet“, (Hört! Hört!

Sehr gut!). Es ist die Sorge, daß Rußland jetzt seine überraschenden Siege, die vollständige Niederwerfung der Türkei, die Schwierigkeiten, mit denen Oesterreich zu kämpfen hat und die Isolierung Englands in einer Weise ausnutzen werde, die die legitimen Interessen anderer Staaten verletzen könnte. Die deutsche Politik hat eine schwierige Stellung, aber ihre bisherige Entwicklung hat den Beweis ihrer Friedlichkeit geliefert. „Wir haben keinen Grund, die Initiative zu Kriegen zu ergreifen; am wenigsten etwa auf Grund von allerlei Kombinationen, wie sie jetzt seit Monaten wieder einmal durch die europäische Presse schwirren, wegen Veränderungen nicht bloß im Orient“. „Wo kann selbst ein neuer siegreicher Krieg ... uns noch einen Machtzuwachs, eine Gebietserweiterung zuführen, welche für uns nicht mehr eine Verlegenheit als ein Gewinn sein würde?!“ Wir sind in einer Lage, wo schon unsere Defensive die Anspannung der ganzen Volkskraft erfordert, und die schweren Lasten werden uns erleichtert nur durch das Bewußtsein, daß wir imstande sind, den Frieden in Europa zu erhalten, den wir selbst bedürfen. „Hoffen wir . . . , daß auch jetzt es der uneigennütigen deutschen Politik und ihrem Einflusse gelingen wird, bei den weiteren Verhandlungen über die Lösung der orientalischen Frage den Frieden aufrecht zu erhalten, ohne unsere Interessen zu gefährden“ (RV. 19. 2. 78, Reden I S. 354/56).

Bismarck besprach in seiner Antwort die von Rußland der Pforte gestellten Friedensbedingungen, wie sie kürzlich durch die Verhandlungen des englischen Parlaments und durch das „Petersburger Journal“ bekannt geworden waren und wie sie die deutsche Regierung aus der Abschrift einer Instruktion für Rußlands Wiener Botschafter Nowikow kannte. Er bemühte sich, in jeder Hinsicht beruhigend zu sprechen und verhüllte manche zwischen den Mächten vorhandene Differenzen. Er übergang dabei alle die Versprechungen, die Rußland im Geheimen an Oesterreich gemacht hatte, und verglich die jetzt vorliegenden Friedensbedingungen nur mit den Bestimmungen der Konstantinopeler Konferenz, von denen sie sich zu wenig unterschieden, um Anlaß zu einem Krieg zu geben. Deutsche Interessen vor allem seien nicht gefährdet. Die Freiheit des deutschen Handels sei auf jeden Fall gesichert, und die Bestimmungen über Autonomie von Serbien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien und über Reformen in Bosnien und der Herzegowina erfüllten auch den anderen Wunsch

Deutschlands nach Schutz und Sicherheit der Christen auf dem Balkan. Ueber die bisher von Deutschland befolgte Politik könne er nichts sagen, da Deutschland amtlich bisher nichts zu unternehmen in der Lage war, „wir sind amtlich erst seit kurzer Zeit, ich kann wohl sagen buchstäblich erst seit diesem Morgen im Besitz der Aktenstücke, auf die ich vorhin Bezug nahm“, alles, was die Regierung vorher wußte, verdankte sie „der Gefälligkeit anderer Regierungen“. Dieser Satz enthielt einen Vorwurf gegen Rußlands Schweigsamkeit, und im Reichstag wurde dies handgreifliche Anzeichen russischer Sonderpolitik mit Hört! Hört! vermerkt. Für die weiteren Verhandlungen warnte Bismarck Rußland davor, Verhältnisse zu schaffen, die zwar wahrscheinlich nicht einen Krieg herbeiführen, doch aber eine Versumpfung der Frage bedeuten könnten, wenn sie englische und österreichische Interessen verletzen. Deutschlands versöhnliche Vermittlerstellung herauszustreichen bezweckte das, was Bismarck über die bevorstehende Konferenz sagte. Der Vorschlag zu der Konferenz, die die Zwistigkeiten begleichen solle, sei von Deutschland zu allererst angenommen worden, und Deutschland könne mit jedem Konferenzort einverstanden sein (vgl. S. 16). Es sei unrichtig, daß Rußland absichtlich die Sache verschleppe, um derweil weiter vorzurücken. „Ich glaube an eine absichtliche Verzögerung von keiner Seite und glaube von allen Seiten an den ehrlichen Willen, die Konferenz bald zu beschicken“. Das war wieder eine Mahnung an Rußland, in der Form ganz ähnlich der vom 5. Dez. 1876. Was von vielen Seiten von Deutschland gewünscht wurde: daß es sich mit Oesterreich und England gegen Rußland verbinde, das lehnte Bismarck dagegen energisch ab. Deutschland könne sich nicht auf einen Standpunkt festlegen, seine Aufgabe sei nicht, den Schiedsrichter oder Schulmeister von Europa zu machen, sondern den ehrlichen Makler, der das Geschäft wirklich zustande bringen will. Auch das Dreikaiserbündnis sei für eine andere Rolle Deutschlands nicht angelegt, es sei kein Verhältnis, auf Grund dessen eine der drei Mächte sich von den andern beiden majorisieren lassen müßte. Auch würde das eine ganz falsche Politik sein. „Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenalter erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern“. Zum Schluß gab Bismarck die Versicherung, daß

Deutschland jedenfalls nur dann in einen Krieg eintreten werde, wenn „die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der Nation uns trägt“ (Kohl II S. 81 — 97).

Nach Bismarcks Rede beantragten Hänel und einer der polnischen Abgeordneten die Aussprache über die Interpellation. Hänel akzentuierte zunächst seine Zustimmung zu dem letzten Teil der Rede, daß Deutschland nicht in Aufnahme napoleonischer Traditionen eine Schiedsrichterrolle spielen werde. Dann nahm er Stellung gegen Rußland. Zwar sei es ein Mißverständnis, zu denken, seine Partei wolle, daß Deutschland Rußland feindlich gegenüberrete. Aber es mache doch einen merkwürdigen Eindruck, wie Rußland so im Geheimen seine Verhandlungen betreibe, eine Politik, die offenbar mit dem Dreikaiserbündnis nicht mehr im Einklang sei und die Rußland für die kommende Konferenz einen gefährlichen Vorsprung zu geben drohe. Rußland habe die Grenzen der Sympathie, die es in Deutschland besitze, überschritten. Das Interesse, das Deutschland an der Gefährdung Oesterreichs nehme, sei zwar ein indirektes, aber ein dringendes Interesse, und die neuen Friedensbedingungen erschienen Hänel nicht ganz unbedenklich für Oesterreich. Eine wirkliche Lösung der Balkanfragen, die keine Halbheit sei, würde nur in wirklicher Herrschaft der Türkei oder in wirklicher Freiheit der Balkanvölker gegeben sein. Sehr vermißte Hänel eine Berücksichtigung des griechischen Elements. Zusammenfassend sagte er dann noch einmal: „So viel ist gewiß, daß das Urteil über die Gestaltung auf der Balkanhalbinsel wesentlich davon abhängt, welche Interessen Oesterreich dort unten glaubt vertreten und als Lebensfragen festhalten zu müssen. Meine Herren, in dem Augenblick, wo vitale Interessen dieses Gesamtösterreichs berührt werden, wo eine panslavistische Tendenz in der europäischen Politik eine Zersetzung dieses Staates anbahnen würde, in diesem Augenblick würde auch das deutsche Reich vor Perspektiven stehen, vor deren Durchdenkung wir uns in diesem Augenblick scheuen; es würden an uns dann wahrscheinlich Pflichten herantreten, die nur unter schweren Erschütterungen des europäischen Friedens und unseres eigenen Friedens würden erfüllt werden können“ (RV. 19. 2. 78).

Nicht so scharf wie Hänel, aber doch deutlich genug traten auch Bethusy-Huc und Löwe für Oesterreich ein. Bethusy bekannte zwar, seine Fraktion teile „die alten Sympathien der neuen

deutschen Dynastie zu dem Kaiser von Rußland und seinen reformatorischen Ideen“, aber andererseits glaubte er seine Pflicht zu verletzen, wenn er nicht auf die zollpolitische Unfreundlichkeit Rußlands hinweise, und erklärte, „daß diejenigen Sympathien, die wir für Rußland haben, im deutschen Volk ganz lebendig und tatkräftig nie werden können, so lange Rußland in Verkenennung seiner eigenen Interessen zum Vorteil bestechender Großhändler und bestochener Beamten in einem Absperrungssystem beharrt, welches den Warenverkehr fast noch unmöglicher macht als den Verkehr mit Gedanken“. Und zum zweiten sei die Freundschaft für Rußland begrenzt durch unsere Sympathien für Oesterreich. Auch Löwe, der zwar nach der inzwischen erfolgten Rede Windthorsts etwas kühler Oesterreich gegenüber bleiben zu müssen meinte, sprach zum Schluß doch in bemerkenswerter Nuancierung von dem Verhältnis Deutschlands zu den beiden Nachbarländern: „In diesem engen freundschaftlichen Verhältnis zu Oesterreich, von dem wir alle wünschen, daß es aufrecht erhalten werde, wie in dem guten Verhältnis zu Rußland, also in dem Dreikaiserbunde ist die Hoffnung begründet, daß es gelingen werde, die neue Gestaltung ... zu bewirken ohne weitere Konflikte“ (RV. 19. 2. 78).

Windthorst, der schon nach Hänel gesprochen, konnte also mit Recht seiner Befriedigung Ausdruck geben, „daß alle Redner des Hauses ... ihr warmes Interesse für Oesterreich ausgesprochen haben, und ich habe die Ueberzeugung, daß der Herr Reichskanzler, gewohnt, auf die Stimme des Reichstags zu hören (Heiterkeit), bei seinen weiteren Verhandlungen aus diesen Aeüßerungen hier im Hause dasjenige Kapitel für sich und seine Verhandlungen entnehmen werde, welches im Sinne derer ist, die hier im Reichstag gesprochen haben“. Noch aber traute er Bismarck zu, in engerer Allianz mit Rußland zu stehen. Die Erhaltung des Friedens sei auch sein und seiner Freunde Wunsch, aber ob auch alles getan werde, um den Frieden wirklich und dauernd zu sichern, das lasse sich nur beurteilen, wenn einmal die Akten selbst vorgelegt würden. Aus Einsicht der Verhandlungen selbst würde sich auch beurteilen lassen, ob nicht vielleicht die Autorität Deutschlands überhaupt den Ausbruch des Krieges hätte verhindern oder doch nach der Uebergabe von Plewna ihm ein Halt hätte gebieten können. Denn nun seien die Russen in der Lage, ein *fait accompli* geschaffen zu haben, sie seien, wie

Bismarck selbst zugegeben, die *beati possidentes*. „Das Ziel“ des russischen Krieges „war angeblich die Realisierung humanistischer Ideen, Schutz der Christen, jetzt aber sehen wir den Eroberer zunächst direkt für sich, und dann für seine Vasallen, also wieder für sich. Ich meine, so etwas sollte nicht geduldet werden, und nach meinem Dafürhalten, so weit ich ohne Einsicht der Akten urteilen darf, hat Rußland Oesterreich auf gründliche Weise dүpiert. Ich will hoffen, daß der Einblick in die Akten nach keiner Richtung hin einen Anhaltspunkt geben kann dafür, daß wir Deutsche mit schuld gewesen seien an dieser Dүpierung Oesterreichs“ (RV. 19. 2. 78).

Windthorsts Rede veranlaßte Bismarck zur sofortigen Widerlegung einer ganzen Reihe von Punkten. Am allernotwendigsten schien es ihm, die Insinuation zurückzuweisen, als habe Deutschland bei einer Dүpierung Oesterreichs mitgewirkt. Und während er Bennigsens Rede gegenüber scheinbar mehr Rußland gerechtfertigt hatte, so betonte er jetzt, daß die deutschen Beziehungen zu Oesterreich auf voller Offenheit und gegenseitigem Vertrauen beruhten, im Gegensatz zu einer Zeit, wo andere Parteien in Oesterreich noch mächtiger waren als jetzt. „Der Graf Andrassy glaubt mir und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können!“ (Kohl VII S. 106).

Noch ein zweites Mal sah sich Bismarck veranlaßt, in die Debatte einzugreifen. Liebknecht, der in einer langen Rede schärfer noch als alle andern gegen die Unterstützung Rußlands und für Oesterreich Partei ergriffen hatte, gab unter anderem dem Gedanken Ausdruck, daß der Grundsatz der Gerechtigkeit und politische Klugheit die Wiederherstellung Polens erfordere. Unabhängig von Rußland könnten die zu schaffenden Balkanstaaten nur sein, wenn man ihnen in einer zweiten slavischen Großmacht einen Rückhalt und eine Stütze gebe. „Stellen Sie Polen her, dann werden Sie Ruhe haben vor Rußland“ (RV. 19. 2. 78). Die Polen riefen dazu Bravo. Vorher schon hatte ein Pole selbst, von Komierowski, in ähnlichem Sinne gesprochen. Angriffe der Polen war Bismarck stets bemüht abzubiegen und ihnen den nationalen Charakter zu bestreiten. Entweder sagte er, die polnische Fraktion vertrete nur den polnischen Adel, das Volk dagegen sei zufrieden und ruhig, oder aber, sie vertrete

klerikale Interessen, habe aber kein Recht, für die Interessen der polnischen Nationalität zu sprechen.

Die Polen waren wie die Sozialdemokraten eine Partei, die grundsätzlich im Gegensatz zum Deutschen Reiche stand. 1871 beantragten sie, daß die polnischen Landesteile Preußens nicht zum Reiche hinzugezogen werden möchten. Aber sie fanden im Reichstag nur wenig Sympathie. Die Liberalen, die 1863 noch die scharfe Unterdrückung des Polenaufstands in Rußland und die Unterstützung, die Bismarck dabei Rußland gewährt, gemäßbilligt hatten, empfanden jetzt für die Polen im eigenen Lande bestenfalls nur Mitleid. „Sie (die Polen) fühlen die geschichtliche Mission, so oft sie als deutsche Untertanen behandelt werden, in irgend einer Form einen Protest einzubringen, daß sie nicht Deutsche sein wollen, und wir hören diesen Protest mit dem Respekt an, den wir jedem nationalen Unglück schulden“ (Lasker, RV. 23. 11. 76). Selbst beim Zentrum, mit dem sie doch die konfessionellen Interessen teilten, fanden die Polen nicht viel mehr, als daß dieses Rußland wegen seiner Unterdrückung der katholischen Kirche befehdete. Das Zentrum nahm sich der Polen an, wo man hart mit ihnen umgehen wollte und verteidigte sie gegen Vorwürfe, aber es war doch von ihnen aus gesehen wenig, wenn Mallinckrodt zu jenem Antrag im April 1871 sagte: „Ich bin nur in der Lage, die Erwartung und die Hoffnung auszusprechen, daß die der polnischen Nationalität traktatmäßig (1815) zugesicherten Rechte auch stets mit peinlichster Gewissenhaftigkeit gewahrt werden mögen“ (RV. 1. 4. 71). Als einmal anläßlich eines Antrages betreffend Minderheitenrechte von Puttkamer (Sorau) das Bündnis zwischen Polen und Zentrum angriff, entgegnete ein Pole selbst: „Wir Polen gehören keiner Partei im Hause an, und ich glaube, keine der Parteien würde uns annehmen, und wir unsererseits würden auch zu keiner gehören wollen. Denn wir verfolgen andere Zwecke als Sie, wir verfolgen vor allem unsere polnischen Interessen ..., während Sie deutsche Interessen vertreten“ (von Niegolewski, RV. 20. 1. 75).

Die außenpolitische Lage der siebziger Jahre war für die Polen ebenfalls ungünstig. Die drei Teilungsmächte, die polnische Gebiete umfaßten, waren im Dreikaiserbündnis zusammengeschlossen, und es war kaum zu erwarten, daß ein Gegensatz zwischen zweien von ihnen den Polen zugute kommen würde.

Zwar war ihre Lage in Oesterreich etwas besser, und sie gaben darum auch wohl einem gewissen Wohlwollen für Oesterreich Ausdruck. Oesterreich fand es nützlich, die einzigen nicht panslavistischen Slaven zu begünstigen und die Waffe ihrer Begünstigung gegen Rußland scharf zu erhalten. Rußland, der Unterdrücker von 1863, war der Feind, gegen den sich der ganze Haß der Polen konzentrierte; in dem deutsch-russischen Bündnis sahen sie ihr größtes Unglück, und es zu stören, waren sie mit allen Mitteln bemüht. Mit Vorliebe streuten polnische Blätter Gerüchte aus, daß Deutschland die Ostseeprovinzen zu erobern beabsichtige; als der Gesandte von Radowitz Anfang 1875 in Petersburg war, hatte ebenfalls die Arbeit polnischer Zeitungen zu den Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Petersburg beigetragen. Die Annexion Elsaß-Lothringens verurteilten die Polen, abgesehen von der dort geschehenen Unterdrückung einer Nationalität, die nicht um ihren Willen gefragt war, wie so viele andere in der Rücksicht auf die dadurch herbeigeführte Uebermacht Rußlands. „Die Staatsmänner haben es unterlassen, den in der allgemeinen Slavenwelt bestehenden Dualismus aufrecht zu erhalten.... Sie haben das europäisch gesittete Polen fallen lassen“ klagte von Tazcanowski (RV. 25. 5. 71). Als im Reichstag Bambergers Antrag betreffend Schutz der Juden in Rumänien vorlag, hob Niegolewski die Inkonsequenz hervor, daß man dort die Juden schützen wolle, aber nichts tue für die Katholiken in Rußland, denen es sehr viel schlimmer ergehe. Und ähnlich behandelten die Polen die Balkanfrage im Reichstag. Wenn Europa soviel von der Befreiung der Rajah der Balkanchristen rede, müsse es folgerichtig auch die Polen aus ihrer Unterdrückung befreien. Das war die Erwartung, die sie in den Berliner Kongreß setzten. „Wollen Sie nun, meine Herren, auf dem bevorstehenden Kongreß oder der Konferenz ... wirklich diesen Zivilisationsaufgaben näher treten, ... dann tritt an ganz Europa, besonders aber an die Teilungsmächte die Notwendigkeit der Wiederherstellung Polens heran“ (von Komierowski RV. 19. 2. 78).

Rußlands Sonderpolitik fand ihren Abschluß im Frieden von San Stefano (3. März 1878). Geraume Zeit schien es, als sollte der Widerspruch der beiden andern Mächte gegen diesen Vertrag, vor allem der Widerspruch Englands zu einem Kriege führen, bis nach langen Verhandlungen, nicht zum wenigsten

durch Vermittlung Bismarcks der Kongreß zustande kam und vom 13. Juni bis zum 13. Juli in Berlin tagte. Sein Ergebnis und das der vorangegangenen Verhandlungen war, daß Rußland in vielen Punkten von dem Vertrage von San Stefano abgehen mußte; sein Großbulgarien konnte es nicht durchsetzen, sondern mußte in die Teilung in ein autonomes nördliches und ein noch der Pforte unterworfenen, aber doch in eine Sonderstellung gesetztes südliches Bulgarien willigen. Serbien und Montenegro erhielten andere als die von Rußland gewünschten Vergrößerungen, doch bekam Montenegro — was Oesterreich ursprünglich nicht gewünscht — einen Hafen an der Adria. In Klein-Asien mußte Rußland ebenfalls einiges wieder aufgeben, konnte aber Batum behalten, das ihm die Engländer nur unwillig ließen. Beßarabien konnte es annektieren, wofür Rumänien die Dobrudscha erhielt. Oesterreich bekam das Recht zur Okkupation von Bosnien und der Herzegowina.

Der Berliner Vertrag fand nirgends freudige Aufnahme; fast einstimmig war das Urteil, daß er nur Halbheiten, nichts Positives, Endgültiges geschaffen. Die Zwiespältigkeit der bulgarischen Lösung, die Nichtberücksichtigung der Griechen, die bedenkliche Erwerbung, die Oesterreich machte — alles das waren Dinge, durch die der Vertrag hierin dem einen, darin dem andern unerfreulich wurde.

Ein besonderes Interesse erweckte der neben den Kongreßverhandlungen zustande gekommene Vertrag, durch den die Türkei Cypern an England abtrat, wofür England der Türkei ihren übrigen asiatischen Besitzstand garantierte (4. Juni, veröffentlicht 8./9. Juli). Wie hier England seit längerer Zeit wieder einmal aktiv geworden war, so konzentrierte sich die Stellung der deutschen Parteien für und wider England in der Aufnahme, die dieser Vertrag bei ihnen fand.

Die Preußischen Jahrbücher beurteilten ihn sehr abfällig. „Noch bedenklicher“ als die Erwerbung Bosniens durch Oesterreich erschien Treitschke „die unnatürliche Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeere, welche durch die Niederlassung der Engländer auf Cypern bewirkt wird“ (Pr. Jb. 43, 1879 S. 330). Der freihändlerische Standpunkt, von dem aus Treitschke Kolonialpolitik verurteilte, richtete sich auch vor allem gegen das kolonialpolitische England. „Weltreiche sind hassenswert“ (Politik I S. 29 zit. nach Westphal in: Deutscher Staat und

deutsche Parteien S. 193). „Englands Machtstellung ist ein offener Anachronismus. Sie ward geschaffen in jener guten alten Zeit, da Weltkriege noch durch Seeschlachten und gemietete Söldnerscharen entschieden wurden und es für staatsklug galt, in aller Herren Ländern, ohne jede Rücksicht auf Natur und Geschichte, wohl gelegene Festungen und Flottenstationen zusammenzurauen“ (Pr. Jb. 37, 1876 S. 674). Es war aber nicht nur Englands Kolonialpolitik, die Treitschkes Haltung bestimmte. Die unfreundliche Stellung, die England in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit den deutschen Wünschen gegenüber eingenommen hatte und nicht zum wenigsten sein „zweideutiges Benehmen“ im deutsch-französischen Kriege (Pr. Jb. 28, 1871 S. 97) hatten die alten liberalen Sympathien für England abgekühlt. „Welcher deutsche Liberale hätte nicht einmal in jungen Tagen den holden Traum geträumt von der natürlichen Bundesgenossenschaft des freien Englands mit dem freien Deutschland! Es bedurfte einer langen Reihe schmerzlicher Enttäuschungen, bis wir endlich lernten, daß die auswärtige Politik der Staaten nicht allein und nicht vorwiegend durch ihre inneren Verfassungsverhältnisse bestimmt wird“ (Pr. Jb. 37 1876 S. 674). „In den landläufigen Urteilen über England hat sich allmählich eine tiefe Wandlung vollzogen, die der Bildungsfähigkeit des deutschen Liberalismus zur Ehre gereicht“ (S. 673). Die Unsicherheit und Verwirrung in der englischen Politik während des Orientkrieges fand ihren schärfsten Kritiker in den Preußischen Jahrbüchern. Treitschke verurteilte die Rückständigkeit der Anglomanen und Russophoben, die noch immer „glauben, durch die bekannten geistreichen Redensarten über das freie England und die Barbarei des Ostens ihren Freisinn zu bekunden“ (Pr. Jb. 37, 1876 S. 708). Englands Egoismus interessiere sich mehr für seinen Handel als für das Wohl und die Freiheit aller Rajahvölker, und der Cypernvertrag bewies das aufs neue. „Mit geblähten Segeln fährt“ die Politik Beaconsfields „daher, und ihrem unglücklichen Schützling beginnt dieser sonderbare Gönner, der sich so unverblümt nach Römerart mit seinem Imperatorenberufe brüstet, bereits sehr unheimlich zu werden“ (Pr. Jb. 44, 1879 S. 566).

Aber die wenigsten Liberalen beurteilten England so wie Treitschke. „Der holde Traum von der natürlichen Bundesgenossenschaft des freien Englands mit dem freien Deutschland“ lebte noch, und die „landläufigen Urteile“ über England waren

im wesentlichen andere als die der Preußischen Jahrbücher. England war mit seiner Kultur, mit seiner Weltstellung, mit seinen inneren politischen Einrichtungen und seinem Wirtschaftsleben das Vorbild für fast alle, dem einen mehr in diesem, dem andern mehr in jenem Punkte. In den Reichstagsdebatten über parlamentarische Außenpolitik kehrte oft der Hinweis auf das englische Parlament wieder, der freilich von ihren Gegnern dann gerade als ein Beweis ihrer Nutzlosigkeit hingestellt wurde.¹⁸ Die Freihändler hatten ihre Ideen von England empfangen und sahen in ihm ihren Vorkämpfer; und wie England in allem frei, so war es auch als einziges Land frei vom Militarismus. Für Eugen Richter war die Vetternschaft Deutschlands und Englands festes Prinzip. Aber nicht nur „Freisinn“ brachte Sympathien für England mit sich. Auch der deutsche Botschafter in London Graf Münster war ein begeisterter Verehrer Englands und Verächter Rußlands, und was Treitschke in dieser Beziehung schrieb, nannte er Unsinn (vgl. S. 34).¹⁹

Doch gab es noch einen Punkt, an dem Deutsche in England einen Gegner sahen. Englands Welt- und Seeherrschaft war nicht nur Vorbild, sondern auch Gegenstand des Wettstreits, und so kündigte sich besonders bei den Hanseaten und andern überseeisch Interessierten die deutsch-englische Rivalität auf diesem Gebiete an.

Die fast allgemeine Bewunderung für England teilte auch das Zentrum. Anziehend wirkte hier, daß dort „der Staat am wenigsten den Anspruch der Allmacht erhebt“ (Hp.Bl. 83, 1879 S. 6), wirkte die wirkliche Freiheit, die in England herrsche, im Gegensatz zu der Freiheit des deutschen Liberalismus, und die Gesundheit des englischen Volkscharakters. Symptom und Auswirkung hiervon war es, daß England frei war vom Militarismus, daß sich die Engländer nicht zum Kulturkampf hinreißen ließen, daß das Inselreich noch unberührt war von der sozialen Krank-

18. Besonders die Gladstonesche Bewegung während des Orientkrieges, die England auf Rußlands Seite führen wollte, schien ein Beweis, wie sehr Volksbewegungen die wahren Interessen des Staates gefährden könnten.

19. Schließlich machte selbst Bismarck bezüglich Englands eine Ausnahme. „Ich habe, was das Ausland anbelangt, in meinem Leben nur für England und seine Bewohner Sympathie gehabt und bin stundenweis noch nicht frei davon.“ (An L. v. Gerlach 11. Mai 1857. Gedanken und Erinnerungen I, S. 194.)

heit, die alle andern Länder ergriffen. „Der Wurm sitzt überall innen, mit einziger Ausnahme Englands. An dem Charakter dieser wunderbaren Nation sind die Versuchungen des modernen Geistes bis jetzt abgeprallt“ (Hp.Bl. 83, 1879 S. 3). Dabei war es auffallend, wie sehr England und das deutsche Zentrum in der Beurteilung der Bismarckschen Politik übereinstimmten, und diese Uebereinstimmung beruhte nicht selten auf tatsächlichem Zusammenhang. Hier wie dort die Sorge, Deutschland wolle auf Oesterreich übergreifen — es war Beust, der in London diese Besorgnis nährte —, hier wie dort die Anschauung, daß Deutschlands neue Stellung Rußlands Macht gehoben, daß Deutschland Rußland auch zum Losschlagen auf dem Balkan ermutigt habe. Auf England setzte das Zentrum die Hoffnung, daß es dem Vorgehen Rußlands in den Weg treten werde. Oesterreich selbst könne sich ja nicht helfen. Nach dem Frieden von San Stefano wünschte Reichensperger, daß es zum Kriege zwischen England und Rußland kommen möchte. Und wirklich schien es England zu sein, das Rußland Halt gebot. Schon, daß England dem Berliner Memorandum nicht beigetreten war, begrüßten die Historisch-politischen Blätter. Und Englands Verdienst war es auch, wenn im Berliner Kongreß wiederum Europa die Entscheidung in die Hand bekam, und das Wertvollste, was der Kongreß zu Tage förderte, war sein Begleitereignis: der Cypernvertrag. Der Kongreß selbst hatte nur Augenblickswerk geschaffen, das keine endgültige Lösung bedeutete. „Unsere Hoffnung, daß die orientalischen Dinge doch noch auf eine andere und glücklichere Bahn gebracht werden könnten, beruht ganz allein auf dem, was außerhalb und neben dem Kongreß geschehen ist, nämlich auf dem Separatvertrag zwischen England und der Türkei“ (Hp.Bl. 82, 1878 S. 333). Englands „männliche Abkehr von der manchesterlichen Krämerpolitik“ (Hp.Bl. 82, 1878 S. 344), ließ die Lage jetzt hoffnungsvoller erscheinen, als sie es am 3. März des Jahres war; und sie bedeutete mehr als Imperialismus: die Garantie, die England für den Besitzstand der Türkei übernommen, sei wahrhaft die Politik eines „wirklichen Weltreichs“ (Hp.Bl. 82, 1878 S. 878).

Der Deutsch-Oesterreichische Zweibund.

Am unzufriedensten mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses war Rußland. Hier sah man nur das, was man gegenüber

San Stefano wieder hatte aufgeben müssen, und die Schuld für die Niederlage der russischen Politik gab man Deutschland, im Grunde weniger deswegen, weil es den Kongreß geleitet und weil es auf dem Kongreß nicht genügend Rußlands Interessen vertreten, sondern im Grunde deswegen, weil es Rußland verhindert hatte, seinen Hauptgegner zu beseitigen, ohne dessen Niederwerfung große Erfolge eben nicht zu erringen waren. Regierung und Volk waren erbittert über Deutschland und überschütteten es mit Vorwürfen über seine Undankbarkeit. Auf deutscher Seite bestritt man Rußland das Recht, von Undankbarkeit zu sprechen; Rußlands Mißerfolge seien seiner Unvorsichtigkeit zuzuschreiben, die es nach San Stefano geführt; Bismarck habe nachher noch für Rußland getan, was er tun konnte. So die Preußischen Jahrbücher. Die Historisch-politischen Blätter waren ihrer ganzen Einstellung entsprechend von vornherein überzeugt, daß Bismarck Rußlands Interessen vertreten hatte, soweit es nur irgend die Rücksicht auf Oesterreichs Zugehörigkeit zum Dreikaiserbündnis zuließ. Aber als nun nach dem Berliner Kongreß die deutsch-russische Spannung immer sichtbarer wurde, da stellte auch Jörg das mit Erstaunen fest. Noch in Bismarcks Rede vom 19. Febr. 1878 hatte nur eine Verteidigung Rußlands gesehen: „Ich zweifle nicht (so hatte Bismarck gesagt), daß Rußland das, was ihm nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eigenen Interesse, nach dem Interesse von 80 Millionen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringt. — Was Oesterreich möglich oder unmöglich sei, unterläßt der Fürst zu erwägen“ (Hp.Bl. 81, 1878 S. 552). Jetzt dagegen war die Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland deutlich. Und die Historisch-politischen Blätter erklärten sie nicht nur aus dem persönlichen Zwist zwischen Bismarck und Gortschakow, sondern die Annäherung an Oesterreich erfolge in der Erkenntnis, daß es mit dem Panslavismus doch eine ernstere, gefährlichere Sache sei und es daher in Preußens eigenem Interesse liege, Oesterreich zu schützen. „Man mußte wählen in Berlin, welcher „Freundschaftsturm“ künftig höher sein solle, der russische oder der österreichische. Fürst Bismarck hat ermessen ... daß der letztere vor einem plötzlichen Einsturz sicherer sei. Und das war klug“ (Hp.Bl. 84, 1879 S. 468).

In liberalen Kreisen wurde nach dem Berliner Kongreß wieder der Gedanke wach, daß Deutschland vielleicht noch einen

dritten Krieg, gegen Rußland, werde führen müssen. Und jedenfalls fühlte man — was die Preußischen Jahrbücher mit Mißbilligung feststellten — kaum ein Bedürfnis, die Richtigkeit eines Times-Artikels zu bestreiten, der in Bismarcks Politik eine ständige Parteinahme für Oesterreich und die Westmächte sah (Pr. Jb. 44, 1879 S. 317). Je mehr aber die Preußischen Jahrbücher darüber anderer Ansicht waren, umso weniger war es ihnen jetzt noch möglich, Rußland zu verteidigen. Von jeher hatten sie von Rußland erwartet, daß es die deutsche Freundschaft nicht mißbrauchen werde zu Zwecken, die die Interessen anderer Freunde Deutschlands verletzen. Das hatte es nun doch getan. „Die deutsche Antwort auf den Frieden von San Stefano ist — das Schutz- und Trutzbündnis mit Oesterreich“ (Pr. Jb. 44, 1879 S. 455).

Wie in dieser Weise alle politischen Richtungen in Deutschland auf Oesterreichs Seite traten, wie sie es im Grunde von jeher getan — denn auch den Konservativen wie zugleich den demokratischen Traditionen entsprach eine Freundschaft mit Oesterreich —, das beachtete Bismarck wohl, als er das Bündnis mit Oesterreich einging. War der Zweck des Zweibundes, Oesterreich von deutscher Seite eine Sicherheit zu geben, damit es nicht gezwungen wurde, sie anderwärts, also bei Frankreich oder auch bei Rußland zu suchen, war dieser Schritt noch besonders begründet dadurch, daß die russische Freundschaft — auch die dynastische — sehr unzuverlässig geworden war und daß die russische Ueberheblichkeit eher durch die ernste Warnung eines deutsch-österreichischen Bundes in die Grenzen zurückgewiesen werden konnte, deren Innehaltung allein ein Zusammengehen möglich machte — so zog Bismarck in zweiter Linie doch auch in Betracht, daß das österreichische Bündnis in Deutschland populär war. In den Aktenstücken kehrt auch dies Moment der Begründung immer wieder, besonders in der Reihe der Denkschriften, die Bismarck für den am alten russischen Bündnis zäh festhaltenden Kaiser verfaßte. „Oesterreich ist sicherer, weil das Volk dafür ist, dabei ungefährlich für uns, bringt England mit und verfällt fremden Einflüssen, wenn es den Halt an uns nicht findet“ (D. A. III, Nr. 453, 1. 9. 1879). Ausführlicher schrieb Bismarck in der dritten Denkschrift: „Schließlich gestatte ich mir mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten deutschen Reiche noch auf die geschichtliche Tat-

sache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß „das deutsche Vaterland“ nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und in Tirol noch wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht. Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen Beziehungen im Parlament und im Volke von wesentlicher Bedeutung“ (Nr. 461, 7. 9. 1879). Die Popularität des österreichischen Bündnisses und völkerrechtliche Traditionen veranlaßten Bismarck auch zu dem Gedanken, es noch enger zu gestalten. Mehrmals tauchte die Idee auf, daß es ein Ersatz des alten Bundes sein könnte, und in derselben Richtung ging Bismarcks Vorschlag, das Bündnis in der Gesetzgebung beider Reiche zu verankern (vgl. S. 17).

Zu Anfang der Reichstagssession des Frühjahrs 1879, die im übrigen mit der Zolltarifvorlage beschäftigt war, hatte Bismarck eine Unterredung mit dem Zentrumsführer Freiherr von und zu Franckenstein. Ein wesentliches Stück der Annäherung, die sich zwischen Bismarck und dem Zentrum vollzog, war es auch, daß Bismarck Franckenstein seine Freundschaft für Oesterreich aussprechen konnte. „Der preußische Minister, der je daran denken werde, durch Oesterreichs Eroberung Deutschland zu vergrößern, würde damit seinen politischen Unverstand dokumentieren. Deutschland und Oesterreich vereinigt wären die beste Friedensbürgschaft für Europa.“ Ja, auch Franckenstein gegenüber sprach Bismarck schon von der Möglichkeit eines Verfassungsverhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich. Nur gemeinsame Zölle erklärte er für unmöglich (Poschinger II S. 316). Die Ansichten der süddeutschen Aristokratie, auch die Windhorsts, über Bismarcks Politik wurden durch das österreichische Bündnis „nicht unwesentlich modifiziert“ (zit. nach Rachfahl Pr. Jb. 135 1909 S. 461); es war ein wesentliches Stück in dem Abbau des Kulturkampfes. Diese Modifizierung der Ansichten über Bismarcks Politik geschah in den Historisch-politischen Blättern unter Triumph und Schadenfreude, aber auch mit Beibehaltung von weiterem Mißtrauen. Hatte schon Freiherr von Ketteler in einem 1871 verfaßten, 1873 veröffentlichten Programm als zweiten Punkt gefordert: festes nationales Bündnis mit Oesterreich, dem deutschen Ostreiche (Bachem S. 139), so hatten auch die gelben Hefte von jeher betont, daß Deutschland der Ergänzung durch Oesterreich bedürfe. Und jetzt „hatte es sich erwahrt: Großdeutsch muß doch sein, so oder so... Fürst

Bismarck selber ist in dieser Weise ein Großdeutscher geworden“ (Hp.Bl. 84, 1879 S. 470). Und wenn auch das Mißtrauen blieb, daß Oesterreich hier wieder der leidende Teil, weil der am meisten von Rußland bedrohte sein werde, und daß auch fernerhin hinter den Beteuerungen, Annexionen verabscheue man, Hintergedanken sich verbürgen — „nichtsdestoweniger ist es schon von sehr großem Werte, daß alle Welt nun bestimmt weiß, der Schöpfer der neuen preußischen oder Reichspolitik anerkenne und vertrete mit allem Gewichte seines Prestiges eine tatsächlich bestehende Interessengemeinschaft mit Oesterreich, und zwar in der unumwunden zugestandenen Richtung gegen Rußland. Ein dauerhaftes Fundament besitzt diese politische Wendung allerdings, und zwar in ihrer unbestreitbaren Popularität. Während der Dreikaiserbund allen Reklamen der Offiziösen zum Trotz den instinktiven Widerwillen des Publikums niemals zu überwinden vermochte, sind die Septembernachrichten aus Wien fast ohne Unterschied der Parteien mit heller Freude begrüßt worden“ (Hp.Bl. 84, 1879 S. 786/87).

Wie immer standen auch die Liberalen hinter Bismarcks Politik, diesmal ohne Reklame und weitläufige Erwägungen. Die Preußischen Jahrbücher hielten dabei an ihrer mehr russenfreundlichen Haltung fest und betonten, daß die deutsch-österreichische Annäherung sofort ein sichtbares Einlenken Rußlands herbeiführte. Sie spotteten aber über den nun endlich widerlegten überklugen Verdacht der Ultramontanen, „der große deutsche Versucher habe den Nachbarstaat absichtlich in die dornigen Pfade der orientalischen Politik gedrängt, um späterhin desto sicherer die deutsch-österreichischen Lande an sich zu reißen.“ Daran sei nie gedacht worden. Und eben jetzt sei das Schutz- und Trutzbündnis mit Oesterreich der beste Beweis für die Richtigkeit der kleindeutschen Politik, denn beide Mächte seien jetzt nach vollzogener Trennung einiger denn je zuvor (Treitschke, Unsere Aussichten Pr. Jb. 44, 1879 S. 569).

Kleindeutsche und Großdeutsche sahen also beide ihre Politik erfüllt. In der Reichstagssession von 1880, am 1. März, bei der Beratung des neuen Septennats kam Bennigsen auf den Abschluß des Zweibundes zu sprechen und sagte: „Hier zum ersten Male hat der Kanzler, der bei der Erfüllung und Durchführung der schwierigen Aufgaben, welche er an Preußen und Deutschland gestellt, fast bei jedem Schritt auf starken Widerstand

großer Kreise, großer Interessen, ganzer politischer und kirchenpolitischer Parteien in Deutschland gestoßen ist, hier zum ersten Male hat er eine politisch-diplomatische Aktion vorgenommen und ein wesentliches Resultat derselben erreicht, wo alle Interessen, alle Parteien, ja ich kann sagen ganz Deutschland ihm freudig zustimmt“ (Reden II, S. 66).

Literatur.

I. Quellen.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstags.

1. Leg. Per. 1. Sess. 1871 bis 4. Leg. Per. 2. Sess. 1879.

Bei Zitaten abgekürzt R. V.; angegeben ist das Datum der betreffenden Reichstagssitzung.

Uebersicht über die Sessionen:

- I 1. 21. 3. 71—15. 6. 71
- 2. 16. 10. 71—1. 12. 71
- 3. 8. 4. 72—19. 6. 72
- 4. 12. 3. 73—25. 6. 73
- II 1. 5. 2. 74—26. 4. 74
- 2. 29. 10. 74—30. 1. 75
- 3. 27. 10. 75—10. 2. 76
- 4. 30. 10. 76—22. 12. 76
- III 1. 22. 2. 77—3. 5. 77
- 2. 6. 2. 78—24. 5. 78
- IV 1. 9. 9. 78—19. 10. 78
- 2. 12. 2. 79—12. 7. 79

Bennigsens Reden sind zitiert nach:

Rud. v. Bennigsens Reden, her. v. W. Schultze u. Fr. Thimme I 1911, II 1922.

Bismarcks Reden sind zitiert nach:

Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, her. v. Horst Kohl Bd. V—VIII, 1893 (bei Zitaten abgek. Kohl . .).

Miquels Reden sind zitiert nach:

Joh. v. Miquels Reden, her. v. W. Schultze u. Fr. Thimme Bd. II, 1912, III 1913.

Treitschkes Reden sind zitiert nach:

Reden von Heinr. v. Treitschke im deutschen Reichstage her. v. Otto Mittelstädt 1896.

Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Bd. I bis III 1922.

bei Zitaten abgek. D. A.

Preußische Jahrbücher her. v. H. von Treitschke u. W. Wehrenpfennig. Bd. 27, 1871 bis Bd. 44, 1879. Benutzt sind vorzugsweise die „Politischen Korrespondenzen“, aber auch andere politische Aufsätze. Abgek. Pr.Jb.

Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, red. v. Edmund Jörg u. Franz Binder. Benutzt sind die „Zeitläufe“, die Neujahrsaufsätze, aber auch andere politische Aufsätze. Abgek. Hp.Bl.

Europäischer Geschichtskalender. her. v. H. Schultheß, 1871 bis 1879, abgek. Schultheß.

Das Staatsarchiv, 28. Bd. 1875.

Felix Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, Heft 2, 1924.

A. Philipps, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883, Berlin 1883.

II. Memoiren, Biographien u. ä.

August Bebel, Aus meinem Leben, 2. Teil, Stuttgart 1911.

L. Berger (Witten), Der alte Harkort 1890.

Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, I/II, Volksausgabe 1905.

Friedrich Böttcher, Eduard Stephani, Leipzig 1887.

Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien. Her. v. Dr. H. v. Arnim u. G. v. Below 1925.

Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, her. v. Fr. Curtius, II, 1907.

Ed. Hüsgen, Ludwig Windthorst, 1911.

W. E. Freiherr von Ketteler, Die Zentrumsfraktion auf dem ersten deutschen Reichstage, Mainz 1872.

Max Lenz, Geschichte Bismarcks, 1902.

Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen, 1920.

Herm. Oncken, Rudolf von Bennigsen, II, 1910.

Aus den Briefen Rudolf von Bennigsens. Mitgeteilt von Herm. Oncken, Deutsche Revue 32, 3, S. 304 ff.

Lud. Parisius, Leopold Freiherr von Hoverbeck, 1897/1900.

Ludwig Pastor, August Reichensperger, II, 1899.

Martin Philippsohn, Max von Forckenbeck, 1898.

H. v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, I, 2. Aufl. 1894, II 1895.

Erinnerungen und Aufzeichnungen des Botschafters Joseph Maria von Radowitz, her. v. Hajo Holborn, I/II 1925.

Eugen Richter, Im alten Reichstag, I 1894, II 1896.

Wilhelm Schüßler, Bismarck, 1925.

Christoph von Tiedemann, Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei, 1909.

Heinr. v. Treitschke, Historische und politische Aufsätze, 5. Aufl., III. Bd., 1886.

Eduard von Wertheimer, Graf Julius Andrassy. I 1910, II, III 1913.

III. Darstellungen.

C. Bachem, Politik und Geschichte der Zentrumspartei, 1918.

Otto Becker, Bismarcks Bündnispolitik I, 1923.

Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien Deutschlands. 1921.

— Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland.

— Die politischen Parteien in Deutschland vor dem Kriege.

Beides in: Handbuch der Politik I 1920, S. 329 ff. bzw. S. 369 ff.

Wilhelm von Blume, Wesen und Aufgaben der Parlamente.

— Die Bedeutung der Parteien.

Beides in: Handbuch der Politik, I 1920, S. 336 ff. bzw. 346 ff.

- Erich *Brandenburg*, Die Reichsgründung, II 1916.
- Richard *Charmatz*, Oesterreichs innere Geschichte von 1848 bis 1895, I, 3. Aufl. 1918, II, 2. Aufl. 1912.
- W. *Feldmann*, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795—1914) 1917
- Geschichte der *Frankfurter Zeitung*, her. vom Verlag der Fr. Z. Volksausgabe 1911.
- Heinrich *Friedjung*, Das Zeitalter des Imperialismus 1884 bis 1914, I 1919.
- Wilhelm *Gerloff*, Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches, 1913.
- Maxim. von *Hagen*, Bismarcks Kolonialpolitik, 1923.
- Heinr. *Herkner*, Sozialdemokratie und Auslandspolitik, Preuß. Jahrb. 161, 1915, S. 385 ff.
- Joh. *Hohlfeld*, Geschichte des Deutschen Reiches 1871 bis 1924, 1924.
- Hajo *Holborn*, Bismarcks europäische Politik zu Beginn der siebziger Jahre und die Mission Radowitz, 1925.
- J. B. *Kißling*, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche, I 1911, II 1913, III 1916.
- A. von *Martin*, Weltanschauliche Motive im altkonservativen Denken. In: Deutscher Staat und deutsche Parteien, Festschrift zu Fr. Meineckes 60. Geb., 1922.
- E. W. *Mayer*, Aus der Geschichte der nationalliberalen Partei in den Jahren 1868 bis 1871, in: Deutscher Staat und deutsche Parteien, S. 134 ff.
- Franz *Mehring*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 10. Aufl. 1921.
- Fr. *Meinecke*, Weltbürgertum und Nationalstaat. 6. Aufl. 1922.
- Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte, 1924.
- Graf Max *Montgelas*, Deutschland und die Ostmächte 1871 bis 1878. Hochland Nov. 1922 (20. Jahrg. 1. Bd., S. 186 ff.).
- Bismarcks Kampf um das Bündnis mit Oesterreich. Hochland Febr. 1923 (20. Jahrg., 1. Bd., S. 466 ff.).
- Ludolf *Parisius*, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, I 1878. (Abgek., Parisius.)
- W. *Platzhoff*, Die Anfänge des Dreikaiserbundes (1867—1911) Preuß. Jahrb. 188, 1922.
- Hans *Plehn*, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung, 1920.
- Felix *Rachfahl*, Eugen Richter und der Linksliberalismus im neuen Reiche. Z. f. P. V., S. 261 ff.
- Windthorst und der Kulturkampf. Preuß. Jahrb. 135, 1909.
- Deutschland und die Weltpolitik, I 1923.
- Gerh. *Ritter*, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—1871, 1913.
- Hans *Rothfels*, Marxismus und auswärtige Politik in: Deutscher Staat und deutsche Parteien, S. 308 ff.
- Bismarcks englische Bündnispolitik, 1924.
- Ad. *Wahl*, Zwischen den Kriegen, 6 Vorträge über die auswärtige Politik der Großmächte von 1871—1914. 1923.
- Hans *Wendt*, Bismarck und die polnische Frage, 1922. (Historische Studien her. v. Rich. Fester, 9. Heft.)

Otto *Westphal*, Der Staatsbegriff Heinrich von Treitschkes, Deutscher Staat und deutsche Parteien, S. 155 ff.

Aug. *Wolfstieg*, Die Anfänge der freikonservativen Partei, in: Delbrück-Festschrift 1908, S. 313 ff.

Joh. *Ziekursch*, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. I. Bd.: Die Reichsgründung, 1925.

Karl *Zuchardt*, Der Kulturkampf und Bismarck, Halle 1912.
